



18. Juni 1990

1287

Berne, le 5 juin 1990

VERTRAULICHRichtlinien für die EWR-Verhandlungen

Aufgrund des Antrags des EDA und des EVD vom 6. Juni 1990 sowie des Zusatzantrages vom 15. Juni 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Verhandlungsrichtlinien werden mit Aenderungen (s. Beilage) gutgeheissen.
2. Die Verhandlungsdelegation erstattet dem Bundesrat regelmässig Bericht über den Verlauf der Verhandlungen.
3. Erweist sich in Anbetracht der Verhandlungssituation eine Anpassung der Richtlinien als notwendig, ersucht die Verhandlungsdelegation um neue Instruktionen.
4. Der Verhandlungsdelegation wird ein jährlicher Kredit von Fr. 600'000.- zugesprochen, beginnend ab 1.7.1990, der im BAWI unter dem Posten Wirtschaftsverhandlungen eingestellt wird.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug (mit Beilage) an:

- Herren Bundesräte 7 z.K.
- BK (Br, FC, AC) 3 z.K.
- Herrn Corbat, GS-EVD 1 z.K.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Berne, le 5 juin 1990

Au Conseil fédéral

1. Comme annoncé ce jour en séance par le Conseiller fédéral J.-P. Delamuraz, nous vous transmettons ci-joint la proposition de mandat de négociation d'un Traité EEE (Espace Economique Européen) à l'intention de la délégation suisse. Nous vous suggérons la procédure suivante:

- discussion sous "Aussprache" à la séance du 11 juin;
- décision à la séance du 18 juin.

2. En complément du présent document, vous recevrez une note politique d'ici la fin de la semaine.

DEPARTEMENT FEDERAL DE
 L'ECONOMIE PUBLIQUE

Annexe ment.

EIDG. DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

2520.1

VERTRAULICH

Bern, den 6. Juni 1990

An den Bundesrat

Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

Einleitung

Der Antrag ist wie folgt aufgebaut:

In einem ersten Kapitel werden die wesentlichen Explorationsergebnisse und damit die Ausgangslage für die Verhandlungen umrissen. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Bundesratsantrag vom 21. März verwiesen, wo im Kapitel 21 Bilanz über die Exploration gezogen wird.

Die wichtigsten Folgen einer Anpassung des schweizerischen Rechts an das EG-Recht (Zusammenfassung der ausführlicheren Darstellung im Anhang) sind Gegenstand des zweiten Kapitels.

Der Vorschlag für Verhandlungsrichtlinien ist im dritten Kapitel enthalten. Es handelt sich hier um die Festlegung einer Linie, die nicht unterschritten werden soll. Das taktische Vorgehen, das heisst insbesondere der Zeitpunkt, zu dem gewisse Zugeständnisse, beispielsweise in der Form eines Verzichtes auf bestimmte Ausnahmebegehren, gemacht werden, wird der Verhandlungsdelegation überlas-

sen. Die Verhandlungsdelegation kann folglich aus taktischen Gründen eine härtere Haltung als die durch die "bottom linie" festgelegte einnehmen.

Im letzten Kapitel wird der notwendige Verhandlungskredit beantragt.

Der Anhang ist wie folgt strukturiert:

Der erste Abschnitt stellt eine geraffte Darstellung der wesentlichsten Folgen dar, die eine Uebernahme des als EWR-relevant erkannten EG-Rechts in einem EWR-Vertrag für die Schweiz hätte. Die Ausführungen gründen auf den Rechtsvergleichen, welche die Bundesämter im Auftrag des Bundesrates durchgeführt haben. Um einen bestimmten Umfang nicht zu überschreiten, wurde folgende Methode gewählt:

- die Folgen einer Anpassung an das EG-Recht, nicht die systematische Gegenüberstellung der beiden Rechtsordnungen, wurde in den Vordergrund gestellt. Davon ausgehend werden Hinweise auf die wichtigsten Unterschiede zwischen den beiden Rechtsordnungen gemacht. Die detaillierten Rechtsvergleiche sind in allen Departementen vorhanden und Einzelfragen können auf Wunsch des Bundesrates in separaten Anträgen vertieft behandelt werden.
- Die Darstellung ist nicht auf Fälle beschränkt, wo Ausnahmen angestrebt werden.
- Konzentration auf Fälle, wo in der Schweiz namhafte Gesetzesänderungen erforderlich werden. Verordnungen werden nur in Ausnahmefällen berücksichtigt.

Die Uebersicht über die notwendigen Anpassungen im kantonalen Recht ist ungenügend. Zusätzliche Abklärungsbemühungen sind unerlässlich.

Der zweite und dritte Abschnitt enthalten die Gebiete, wo aufgrund der interdepartementalen Konsultation und der Konsultation der Sozialpartner im Verlaufe der Exploration zeitlich nicht befristete Ausnahmen und längere Uebergangsfristen beantragt wurden. Die Begründungen für diese Haltung sind im ersten Abschnitt enthalten. Der Bundesrat wird die Kürzungsmöglichkeiten der Ausnahmeliste diskutieren:

Der vierte Abschnitt enthält den Vorschlag für die schweizerische Haltung zum Wunsch der EG, im Rahmen des EWR auch die Grundlage zu einem politischen Dialog zu schaffen.

Der fünfte Abschnitt schildert den Gesprächsstand in den rechtlich-institutionellen Fragen und zeigt aufgrund der von der EG-Kommission und den EFTA-Ländern eingenommenen Stellungnahmen, welches die Ausgangslage für die Verhandlungen ist.

I. Ausgangslage für die Verhandlungen

Die wesentlichen Ergebnisse der zwischen Januar und März durchgeführten Explorationsgespräche sind, auf der Stufe der High Level Steering Group, in einem gemeinsamen, vom 20. März datierten Papier der EFTA-Länder und der EG-Kommission festgehalten. Dieses wurde, zusammen mit einem Bericht, dem Bundesrat am 27. März 1990 unterbreitet.

Aufgrund der exploratorischen Gespräche, die sich auf

- die gemeinsame Identifikation des für einen EWR-Vertrag als gemeinsame Rechtsgrundlage relevanten EG-Rechts (rund 1200 Rechtsakte)
- die Bestimmung von Problemen im Zusammenhang mit der Anpassung des Rechtes der einzelnen EFTA-Länder an das EG-Recht und
- die Vertiefung rechtlich-institutioneller Fragen (Integrationsmethode des EG-Rechtes in einen künftigen EWR-Vertrag und

Lösungsansätze für einen echten gemeinsamen EWR-Entscheidungsmechanismus als zwei Hauptthemen)

konzentrierten, lassen sich die Aussichten auf einen den schweizerischen Interessen entsprechenden EWR-Vertrag als intakt bezeichnen.

Bereits die Exploration, vor allem aber seitherige Stellungnahmen des Präsidenten der EG-Kommission und der Mandatsentwurf der EG-Kommission für die Verhandlungsrichtlinien (im nachfolgenden EGK-Mandatsentwurf genannt) weisen darauf hin, dass die Verhandlungen besonders in drei zentralen Fragen ausserordentlich schwierig sein werden:

1. Ausnahmen

Die EG-Kommission ist der Meinung, dass die zeitlich unbefristeten Ausnahmen, sollen solche überhaupt zugelassen werden, auf einem absoluten Minimum gehalten werden sollen. Im Bereich der sogenannten horizontalen Politiken, vor allem dem Wettbewerbsrecht, scheint sie solche vollends auszuschliessen. Ganz klar ist der diesbezügliche Text im Mandatsentwurf freilich nicht. Die EG-Mitgliedstaaten, die im Rahmen ihres seinerzeitigen EG-Beitritts oft schmerzhaft Anpassungen hinnehmen mussten und keine zeitlich unbefristeten Ausnahmen aushandeln konnten, werden der EG-Kommission ohne jeden Zweifel in diesem Punkte folgen. Sie werden dies umso eher tun, als sie Beitritts- und EWR-Verhandlungen kaum so sorgfältig unterscheiden und die Mitentscheidungsansprüche der EFTA-Länder kennen.

Der Präsident der EG-Kommission, offenbar in Kenntnis der in der Exploration von den EFTA-Ländern verlangten Ausnahmen von der Uebernahme des EG-Rechtes via EWR-Vertrag, hat die Zahl der Ausnahmen als viel zu hoch bezeichnet.

Diese Ausgangslage bedeutet, dass Ausnahmebegehren in der Verhandlung nur eine Chance haben, wenn sie mit vitalen, wirtschaftlichen und staatspolitischen, Interessen begründet werden können. Es ist

zudem in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen, ob die Probleme nicht mit einer angemessenen Uebergangsfrist, einer Schutzklausel oder einer Ueberprüfungsverpflichtung des der Ausnahme zugrundeliegenden Sachverhalts nach einem vereinbarten Zeitraum gelöst werden können.

Die schweizerische Ausnahmeliste wäre in der Exploration kürzer ausgefallen, wenn die EFTA-Länder einen Teil der von der EG-Kommission als relevant bezeichneten EG-Rechtsakte im Bereiche des Gesellschaftsrechts als nicht relevant bezeichnet hätten. Alle EFTA-Länder erachteten diese Rechtsakte jedoch wie die EG-Kommission als relevant, womit die Schweiz für die heikelsten Gebiete im Gesellschaftsrecht vorsorglich eine Ausnahme beantragte. Ein grundsätzliches Bestreiten der Relevanz des Rechtes auf diesem Gebiete und in der Sozialpolitik wäre theoretisch möglich, von der globalen Zielsetzung des EWR-Vertrages her aber schwierig zu begründen. Einzuräumen ist auch, dass die Bestimmung der EWR-Relevanz von EG-Rechtsakten vor allem im Bereich der flankierenden Politiken in beträchtlichem Masse eine Frage des Ermessens ist. Mit einer Relevanzverweigerung hätte sich die Schweiz in dieser Frage völlig isoliert, diese Möglichkeit besteht theoretisch aber nach wie vor in den formellen Verhandlungen. Um den Kreis des relevanten EG-Rechtes eng zu halten, hat die Schweiz - mit diesem Standpunkt ebenfalls allein unter den EFTA-Ländern - gefordert, dass, im Prinzip, nur heute vom EG-Rat verabschiedete rechtsverbindliche Akte berücksichtigt werden. Die Anzahl relevanter EG-Rechtsakte im Gesellschaftsrecht beträgt damit neun Richtlinien und eine Verordnung, in der Sozialpolitik zwölf Richtlinien.

Die Zurückhaltung bei der Anerkennung der Relevanz des EG-Rechtes bedeutet keine restriktive Haltung in der Zusammenarbeitsbereitschaft bei den flankierenden Politiken, denen im Rahmen des EWRV eine grosse Bedeutung zukommt. Diese erweiterte Zusammenarbeit muss aber nicht zwingend die Uebernahme des EG-Rechtes voraussetzen.

2. Gemeinsame EWR-Entscheidungsverfahren

Die Exploration hatte auf der Stufe der HLSG die gegenseitige Klärung der Standpunkte und gewisse Annäherungen gebracht. Zu letzteren:

Der Gedanke eines Beschlussvorbereitungsprozesses, in dessen Verlauf die Anliegen beider Seiten berücksichtigt werden und der das Fassen eines EWR-Beschlusses erleichtern soll, ist im erwähnten Text vom 20. März verankert. "Fait accompli"-Situationen sollen vermieden werden, indem keine Seite endgültige Beschlüsse in EWR-relevanten Fragen trifft, ohne der anderen Seite die Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anliegen gegeben zu haben.

Dieser Text, der nicht einmal von gemeinsamen Beschlussmechanismen spricht, die besonders heikle verfahrensmässige Konkretisierung des Bekenntnisses zur "fait accompli"-Vermeidung und die Zusammensetzung der EWR-Organen offen lässt, ging, Stellungnahmen des EG-Kommissionspräsidenten und gewisser Mitglieder des Europäischen Parlamentes nach zu schliessen, bereits zu weit. Der Kommissionspräsident liess verlauten, mehr als ein Informations- und Konsultationsverfahren zwischen der EG-Kommission und der EFTA komme nicht in Frage. Der EGK-Mandatsentwurf vom 8. Mai 1990 folgt weitgehend dieser Linie und stellt die EG-Entscheidungsautonomie in einer Art in den Vordergrund, die es sehr schwierig macht, sich ein EWR-Verfahren auszudenken, in dem sich die EFTA-Länder nicht oft vor "fait accompli"-Situationen gestellt sehen werden.

Die Minister der EFTA-Länder haben am 3. April ihre Auffassung bestätigt, wonach ein echter gemeinsamer EWR-Beschlussfassungsmechanismus eine Voraussetzung für die politische Akzeptanz des Vertrages darstelle. Was die EFTA-Länder unter einem solchen echten Mechanismus verstehen, ist im fünften Abschnitt des Anhangs festgehalten.

Die EFTA-Länder haben zudem in der Exploration immer wieder auf die Verknüpfung zwischen dem materiellen Deckungsbereich des EWR-Vertrages und dem institutionell-rechtlichen Rahmen hingewiesen. Je

echter der EWR-Entscheidungsmechanismus, je grösser die Bereitschaft, EG-Recht als relevant für einen EWR-Vertrag anzusehen. Das Umgekehrte gilt ebenfalls.

Diese Verknüpfung bedeutet u.a. zweierlei:

1. Mit vielen Ausnahmebegehren schwächen die EFTA-Länder ihre eigenen Mitentscheidungsansprüche.
2. Verweigert die EG einen EWR-Mitentscheidungsmechanismus, der den Namen verdient,
 - ist die Anerkennung der EWR-Relevanz auf gewissen Gebieten, namentlich bei gewissen flankierenden Politiken, zu überprüfen
 - ist der Schwerpunkt auf den möglichst grossen Schutz der innerstaatlichen Institutionen, d.h. der parlamentarischen Befugnisse und der Volksrechte, zu verlagern.

Dieser Gedankengang wird von den nordischen Staaten allerdings nicht mehr geteilt. Sie sind bereit, auch (und vor allem) bei einem unbefriedigenden Mitentscheidungsmechanismus einen breiten Acquis zu akzeptieren, weil sie von ihm die Nicht-Diskriminierung erwarten.

3. Rolle der EFTA

Der EGK-Mandatsentwurf fordert mit Nachdruck eine Stärkung der EFTA-Strukturen und erklärt auch erstmals, was darunter zu verstehen ist:

- Schaffung von Ueberwachungsorganen in der EFTA
- Schaffung einer kollektiven EFTA-Struktur, um Anwendung und Kontrolle des EG-Wettbewerbsrechtes zu garantieren und
- zur EG analoge Organisation der EFTA mit Blick auf EWR-Entscheidungsprozess

Die EGK betrachtet eine echte Stärkung der EFTA-Strukturen als eine allgemeine Voraussetzung für das befriedigende Funktionieren des EWR. In ihren besonders kategorischen Aussagen zum Wettbewerbsrecht macht sie das Zustandekommen des Abkommens von der Schaffung einer EFTA-Wettbewerbsbehörde nahezu abhängig. Sie geht freilich nicht so weit, von der EFTA identische Strukturen wie in der EG, aber gleichwertige zu fordern.

Die Feststellung gehört zu einer Beschreibung der Verhandlungsausgangslage, dass die EFTA-Länder in Sachen Stärkung der EFTA uneins sind, obwohl diese Unterschiede in der bestehenden EFTA-Verhandlungsplattform kaum in Erscheinung treten.

Ohne bis zur Supranationalität gehen zu wollen, befürworten vor allem Island und Norwegen, aber auch, vorsichtiger, Finnland eine eindeutige Stärkung der Assoziation in der Form gewisser Parallelstrukturen und -verfahren zur EG.

Dies betrifft vor allem die Ueberwachung, schlägt sich aber auch in der Auffassung nieder, dass der Entscheidvorbereitungs- und Entscheidprozess im wesentlichen zwischen der EG-Kommission und einem Sprecher der EFTA-Länder stattfinden soll.

Die Schweiz hat in der Exploration stets die Auffassung vertreten, gemeinsames Recht sollte durch gemeinsame, auf EWR-Stufe geschaffene Organe, überwacht, angewendet und ausgelegt werden.

Die Durchsetzung des Rechtes, insbesondere im Wettbewerbsbereich, hätte durch die zuständigen Organe der Vertragsparteien zu erfolgen. Oesterreich teilte den schweizerischen Standpunkt weitgehend, Schweden nimmt die übliche pragmatische Mittelposition ein.

Die EWR-Verhandlungen dürften nicht nur wegen der Haltung der EG schwierig werden, sondern auch wegen der in Kernfragen grundsätzlich unterschiedlichen Verhandlungsposition der Schweiz und der anderen EFTA-Länder (Oesterreich Sonderfall). Der Konflikt bei der Ausarbeitung von gemeinsamen EFTA-Verhandlungspositionen droht unvermeidlich zu werden.

Die Schweiz läuft Gefahr, in wesentlichen Fragen innerhalb der EFTA isoliert zu werden. Die Verwirklichung von einigen wichtigen Verhandlungszielsetzungen wird daher vorerst den Test innerhalb der EFTA bestehen müssen. Die schweizerische Verhandlungsposition könnte dadurch wesentlich beeinträchtigt werden.

II. Folgen einer vollständigen Anpassung des schweizerischen Rechts an das EG-Recht

1. Freier Warenverkehr

Der in den Abkommen der Schweiz, einschliesslich Liechtensteins, mit der EWG/EGKS sowie mit den übrigen EFTA-Ländern in der EFTA-Konvention verwirklichte Liberalisierungsgrad wird nicht verringert. Obzwar in materieller Hinsicht die Uebernahme der EG-Agrarpolitik nicht zur Diskussion steht, wird der als Beitrag zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen EG-internen, regionalen Disparitäten geforderte verbesserte Marktzugang für Agrarprodukte aus südlichen Mitgliedstaaten schweizerische Konzessionen, möglichst im Rahmen der GATT Uruguay-Runde, nötig machen. Ferner dürften sich die gewünschten Vereinfachungen im Abschöpfungs-/Erstattungssystem für die Schweiz mit einem traditionellen Agrarprodukteimportüberschuss budgetmässig negativ auswirken.

Mit der nicht anvisierten Schaffung einer Zollunion wird der freie Warenverkehr unverändert auf EWR-Ursprungswaren beschränkt. Für Nicht-EWR-Ursprungswaren gelten bei der Einfuhr die normalen GATT-Prinzipien. Die physischen Grenzbarrieren zwischen der Schweiz, der EG und den EFTA-Ländern bleiben wegen des Ausschlusses der Landwirtschaft und der Steuerharmonisierung bestehen; dagegen werden die Kontrollen und Formalitäten im grenzüberschreitenden Warenverkehr erleichtert und die EWR-Ursprungsregeln verbessert.

Bei der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse sind sowohl für die EFTA-Staaten wie für die Schweiz der grösste Teil der für einen künftigen EWR-Vertrag als relevant erachteten EG-Richtlinien

akzeptabel. Einzig hinsichtlich der Vorschriften zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt würden bei der Uebernahme des heute bestehenden EG-Acquis gewisse Probleme entstehen. Die Schweiz gedenkt daher, in diesem Bereich am bisher Erreichten festzuhalten bzw. auch weiterhin ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten. Aus heutiger Sicht scheint dazu bloss eine einzige zeitlich unbefristete Ausnahme erforderlich (28-Tonnen Limite für Lastwagen), während sich die übrigen Probleme alle durch qualitative Uebergangsregelungen, d.h. durch die Festlegung zeitlich und inhaltlich fixierter, gemeinsamer Zielvorgaben lösen lassen sollten.

Die anvisierte Liberalisierung des öffentlichen Einkaufs- und Beschaffungswesens, d.h. der Lieferungen und Arbeiten, erfordert eine Aenderung der kantonalen und kommunalen Submissionsverordnungen sowie der Beschwerdeverfahren gegen Verletzungen der Ausschreibe- und Vergabevorschriften. Solche Anpassungen erfordern zeitlich beschränkte Uebergangsmassnahmen. Notwendig sind ferner begleitende qualitative Liberalisierungsmassnahmen hinsichtlich der ausländischen Arbeitskräfte.

Vor dem Hintergrund der EG-Forderungen wird es unvermeidlich sein, Wettbewerbsbestimmungen auszuhandeln, welche eindeutig einschneidender sein werden als jene der Freihandelsabkommen und der EFTA-Konvention. Es ist aber möglichst zu vermeiden, dass daraus ein Zwang zur Revision des Kartellgesetzes erwächst.

Bei den staatlichen Beihilfen mit grenzüberschreitenden wettbewerbsverzerrenden Wirkungen werden Kantone und Gemeinden von zukünftigen Vorschriften nicht ausgenommen. In ihrer Wirtschafts- und Regionalpolitik dürften sie faktisch jedoch nicht eingeeengt werden.

Die Uebernahme des bereits in Kraft getretenen, materiellen EG-Besitzstandes im Immaterialgüterrecht bietet der Schweiz keine grösseren Probleme, die eine ständige Ausnahme oder zeitlich beschränkte Uebergangsmassnahmen erfordern würden. Allerdings gilt es, in den Verhandlungen den Uebergang von der nationalen zur regionalen, EWR-weiten Erschöpfung der Immaterialgüterrechte zu lösen.

Die Uebernahme der EG-Richtlinie über eine verschuldensunabhängige Haftung kann die Schweiz unter der Voraussetzung übernehmen, dass die Haftung des Importeurs zwischen den Staaten des EWR beseitigt wird. Da aber die Verschärfung der Produktehaftpflicht innenpolitisch umstritten ist und die EG-Richtlinie dem nationalen Gesetzgeber in manchen Fragen Gestaltungsfreiheit lässt, ist eine kurze Uebergangsfrist notwendig.

Der von der EG bezeichnete Besitzstand im Bereiche der Energie betrifft im wesentlichen Massnahmen zur Bewältigung marktbedingter Mangellagen und Versorgungsengpässen machtpolitischer Natur. Die Schweiz und die EFTA-Länder bezeichneten die Uebernahme des EG-Acquis als nicht notwendig, zumal der Freihandel für Energieprodukte bereits verwirklicht ist.

2. Libre circulation des services

21 Services financiers

Outre l'adaptation des lois existantes et la création de trois nouvelles lois, la reprise de l'acquis communautaire dans le domaine des services financiers (banques, assurances, bourses et transactions en valeurs mobilières) aura deux conséquences importantes:

- premièrement, certaines dispositions du droit des sociétés devront être modifiées au-delà de la révision actuellement discutée par les Chambres aussi bien pour les banques et les assurances que pour les autres sociétés anonymes, afin de tenir compte des exigences communautaires en matière de transparence et de consolidation des comptes et du bilan (problème des réserves latentes);
- deuxièmement, le principe de l'entraide administrative entre autorités de surveillance devra être introduit. En Suisse, les autorités de surveillance ne disposent pas de compétences légales pour communiquer des informations aux autorités étrangères. Ce problème s'est déjà posé avec l'accord assurances CH/CEE et a été réglé dans ce contexte (art. 30 à 33).

Il n'est pas réaliste de penser pouvoir instaurer le libre établissement et la libre prestation des services financiers sans modifier nos dispositions juridiques dans ces deux domaines. Il faut s'attendre à une certaine opposition des milieux bancaires, en ce qui concerne l'entraide administrative et de l'USAM en ce qui concerne les dispositions du droit des sociétés.

22 Services de communication et d'information

Dans le secteur des services de télécommunication, la reprise de l'acquis communautaire aura pour effet une adaptation du projet de loi sur les télécommunications, actuellement en discussion dans les commissions des Chambres. Cette modification aurait pour but:

- de libéraliser tous les services de télécommunication sauf le téléphone, alors que le projet de loi suisse réserve aux PTT également le monopole du service de base de transmission des données et de l'image;
- de séparer les fonctions d'autorité (émission de lois, octroi de concessions, etc.) et de gestionnaire du réseau, qui en Suisse sont réunis auprès des PTT.

Dans le secteur des services audiovisuels, les pays de l'AELE insistent pour que ce soit la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière du 5.5.1989 qui soit considérée comme l'acquis pertinent, alors que la CE demande que les pays de l'AELE reprennent la directive CE sur la télévision du 3.10.1989. La reprise de cette dernière aboutirait à modifier dans des points sensibles (publicité, système de quotas pour les oeuvres européennes) le projet de loi sur la radio et la télévision actuellement en discussion au Parlement.

23 Transports

La reprise de l'acquis communautaire dans le domaine des transports maritimes et fluviaux et par avion entraînera des adaptations qui ne présentent pas de problèmes majeurs. Par contre, dans le domaine des transports par route, la reprise intégrale de l'acquis communautaire entraînerait notamment:

- la modification des prescriptions suisses sur les poids maximaux des camions;
- l'harmonisation vers le bas des prescriptions sociales pour les conducteurs de poids lourds.

3. Libre circulation des capitaux

La reprise intégrale de l'acquis communautaire demanderait:

- une abolition des restrictions imposées par la Lex Friedrich concernant les investissements dans des biens immobiliers. Une telle abolition mettrait fin à notre système de limitation à l'achat de biens immobiliers par des étrangers;
- une politique concertée, au niveau EEE, à l'égard des mouvements de capitaux en provenance et en direction des pays tiers. Une telle concertation, voire coordination, serait de nature à affecter l'autonomie de notre politique dans ce domaine.

4. Libre circulation des personnes

L'acquis communautaire, qui consacre la libre circulation des personnes, prescrit l'abolition de toutes discriminations fondées sur la nationalité. Seules les personnes exerçant une activité lucrative (salariés et indépendants) bénéficient actuellement de cette liberté. Elle pourrait être cependant étendue aux étudiants, rentiers et retraités. La reprise intégrale de l'acquis communautaire aurait d'importantes répercussions sur notre politique à l'égard des étrangers. La Suisse devrait en particulier supprimer son

système de contingentement, renoncer au principe de la priorité du marché indigène, revoir son régime d'autorisations et abolir les statuts de saisonniers et de frontaliers. Pour ces raisons, la Suisse souhaite négocier avec la CE et ses partenaires de l'AELE un arrangement spécial qui lui permettrait de maintenir la composante quantitative de sa politique actuelle, étant entendu que pour les aspects qualitatifs la Suisse pourra se conformer à l'acquis communautaire. Il reste à décider (voir point 3) comment sera traité le statut de saisonnier dans ce contexte, notamment si les aspects qualitatifs signifient, à terme, la suppression du statut de saisonnier dans sa forme actuelle. S'agissant du libre accès à la propriété immobilière, qui est aussi consacré par le droit communautaire, la Suisse pourra en partie s'adapter à l'acquis communautaire. Mais, les principales restrictions de la Lex Friedrich devraient être maintenues sous le couvert d'une exception permanente.

Une coordination des régimes nationaux de sécurité sociale fait aussi partie de l'acquis communautaire. La Suisse est d'accord pour se joindre à un régime de coordination dans le cadre de l'EEE, étant entendu qu'une période transitoire d'adaptation pourrait s'avérer nécessaire. Les conséquences sur notre régime internes sont encore difficiles à évaluer à ce stade du processus de mise en place de l'EEE.

L'acquis communautaire consacre aussi le principe de non-discrimination, ainsi que d'autres critères, pour l'exercice des professions réglementées (reconnaissance des diplômes et des expériences professionnelles). La reprise de l'acquis aura surtout une incidence sur les droits des cantons qui ont de larges compétences dans ce domaine. Ils devraient adapter leurs lois dans la mesure où elles ne répondent pas aux critères, en particulier à celui de la non-discrimination, de l'acquis. La négociation de périodes transitoires longues va s'avérer nécessaire.

S'agissant de la Confédération, la reprise de l'acquis ne devrait avoir d'effets notables que sur la législation concernant les professions de médecin, pharmacien, vétérinaire, dentiste, géomètre et chimiste en denrées alimentaires.

La simplification des contrôles à la frontière pour les personnes sera également à l'ordre du jour des négociations. Toutefois, comme il n'existe pas d'acquis communautaire dans ce domaine et qu'aucune autre base juridique n'a été discutée durant la phase exploratoire, il n'est pas possible, à ce stade, de se rendre compte du contenu du traité et de ses implications sur le droit suisse.

Dans la négociation à venir, il faudra aussi prendre en compte les intérêts des Suisses de l'étranger qui sont 253'200 (dont 74'420 ayant seulement la nationalité suisse) à vivre dans la CE. Le traité sur l'EEE devrait contribuer à améliorer leur situation par rapport à celle des ressortissants des Etats membres de la CE établis dans un autre Etat membre que celui dont ils ont la nationalité.

5. Flankierende Politiken

Wenn es gelingt, gegenüber den EFTA-Partnern den Umfang des zu übernehmenden EG-Rechts auf das Wesentliche zu konzentrieren (Relevanzfrage), werden sich die Anpassungen insgesamt in Grenzen halten. In den meisten Bereichen stellt die Anpassung an das heute geltende EG-Recht grundsätzlich keine unüberwindbaren Probleme. Es stellt sich jedoch die Frage nach der Weiterentwicklung des EWR-Rechts, das ohne Zweifel eine eigene Dynamik entwickeln wird: Werden wir bei dieser Weiterentwicklung echt mitwirken können? Welches wäre gegebenenfalls der Preis eines partiellen Ausscherens (opting out)?

Am weitreichendsten sind die Anpassungen beim Gesellschaftsrecht und bei der Sozialpolitik, beides Bereiche, die für die EG eng mit den vier Grundfreiheiten zusammenhängen und deshalb übernommen werden sollten. Das noch in Revision befindliche Aktienrecht müsste in einer Anschlussrevision in folgenden Punkten angepasst werden:

- Rechnungslegung und Buchführung: Gliederung, Detaillierungsgrad, Transparenz, Begrenzung der stillen Reserven;
- berufliche Anforderungen an die Rechnungsprüfer (Hochschulniveau);
- Vinkulierungsrecht, soweit nach der Revision noch eine Diskriminierung nach Nationalität vorliegt.

Je nach Abgrenzung des relevanten acquis und Weiterentwicklung könnte sich die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer stellen. Bezüglich öffentlicher Uebernahmeangebote könnte die Anpassung im Rahmen eines neuen Börsengesetzes erfolgen.

Im Bereich der Sozialpolitik wären auf der Basis eines begrenzten acquis, der in etwa den Vorstellungen der EG, keineswegs aber denen der EFTA-Partner entspricht, folgende Anpassungen vorzusehen:

- Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer im Arbeitsgesetz und im Unfallversicherungsgesetz oder die Schaffung eines Mitwirkungsgesetzes.
- Für die Verwirklichung der Gleichbehandlung und Gleichstellung von Mann und Frau einige Aenderungen im Obligationenrecht, in den Bundesgesetzen über die berufliche Vorsorge und über die Krankenversicherung, sowie im Unfallversicherungsgesetz.
- Aenderung des Obligationenrechts zum Schutze der Arbeitnehmer bei Massenentlassungen und Firmenübertragungen.

III. Die Verhandlungsdelegation hält sich an folgende Richtlinien

1. Verhandlungsziele

Die grösstmögliche Verwirklichung des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zwischen der Schweiz, den anderen EFTA-Ländern und der EG und die Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit bei den flankierenden Politiken werden angestrebt. Sich mit einer Anpassung des schweizerischen an das EG-Recht stellende Probleme sollen wo immer möglich durch Uebergangsfristen, Schutz- oder Ueberprüfungsklauseln gelöst werden. Die Schaffung einer Zollunion und einer auf dem EG-Recht beruhenden gemeinsamen Landwirtschaftspolitik sind nicht vorgesehen.

2. Principes généraux

21 Liens entre les aspects matériels et des aspects institutionnels

Il existe un lien indissoluble entre l'objectif matériel de la négociation (reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire identifié conjointement) et la mise en place d'une structure institutionnelle qui doit être conçue de manière à garantir une égalité des droits et obligations des parties contractantes en matière d'élaboration et d'adoption des règles communes et qui doit prévoir des modalités efficaces de contrôle de l'application et de l'interprétation uniforme du droit de l'Espace économique européen.

22 Maintien de l'acquis de libre-échange

L'Espace économique européen doit faire sien et développer l'acquis du libre-échange y compris l'acquis qui a trouvé appui sur la clause évolutive des accords de libre-échange.

Les accords de libre-échange conclus entre la CE et les Etats membres de l'AELE ainsi que les conventions et accords bilatéraux et multilatéraux conclus entre la Communauté et les Etats membres de l'AELE ou certains d'entre eux font partie du droit de l'Espace économique européen, s'ils ne sont pas modifiés de façon expresse ou implicite par le Traité EEE et s'ils ne sont pas incompatibles avec lui. La relation entre le futur traité sur l'EEE et les accords existants doit être réglée dans le traité.

23 Respect du principe de la réciprocité

L'EEE devra être fondé sur le principe de la réciprocité des droits et obligations des parties contractantes. Les parties contractantes devront reconnaître que les avantages consentis dans le Traité EEE par chacune d'elles font partie intégrante de l'établissement de l'EEE et sont, de ce fait, inséparablement

liées à la création d'institutions communes et à l'octroi des mêmes avantages à toutes les parties contractantes.

24 Respect du principe de subsidiarité

Il conviendra de n'attribuer aux institutions de l'EEE que les seules compétences nécessaires pour mener à bien les tâches qui peuvent être réalisées de manière plus efficace au niveau de l'EEE que par les parties contractantes prises isolément ou conjointement par certaines d'entre elles. Le principe devrait être appliqué, dans la mesure du possible, tant en matière législative (principe de la reconnaissance mutuelle de l'équivalence de certains actes normatifs) qu'en matière de surveillance (principe de subsidiarité).

3. Vorbehalte im Bereiche der vier "Freiheiten"

Da zu zahlreiche Forderungen nach zeitlich unbefristeten Ausnahmen das Abkommensziel, ja bereits die Verhandlungen gefährden, werden zeitlich unbefristete Ausnahmebegehren auf wirtschaftlich und politisch sensible Fragen, wo ein vitales Interesse überzeugend begründet werden kann, beschränkt.

Als vitale Interessen in diesem Sinne gelten:

- die Weiterführung der bundesrätlichen Politik zur Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung im Rahmen einer Annäherung des schweizerischen an das EG-Ausländerrecht. Der Bundesrat hat zu entscheiden, ob für das Saisonierstatut eine zeitlich unbefristete Ausnahme gefordert werden soll oder die Anpassung an die EG-Regelung, welche die Familienzusammenführung kennt, nach einer gewissen Uebergangsfrist vorzusehen ist.
- die Fortführung der Bewilligungspflicht für den Erwerb von Immobilien, der nicht direkt mit einer Niederlassung und einer beruflichen Tätigkeit eines Ausländers in der Schweiz verbunden ist

- der Erhalt des erreichten Gesundheits- und Umweltschutzniveaus, namentlich was die Abgas- und Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge angeht
- das Festhalten an der 28 to-Gewichtsbeschränkung und dem Nacht- und Sonntagsfahrverbot für Lastkraftwagen. An den bestehenden Sozialvorschriften für Berufschaffeuere (Lenkzeiten) wird bis zur Aushandlung einer neuen Lösung im Rahmen des AETR-Abkommens festgehalten.

Die Uebernahme der EG-Vorschriften (siehe insbesondere Ziffer 113.3 des Antrages) hätte in mehreren Fällen einen Abbau des Umwelt- und Gesundheitsschutzes in der Schweiz zu Folge. Die Schweiz wird in den Verhandlungen darauf hinwirken, dass die Harmonisierung in diesen Bereichen auf einem hohen Schutzniveau stattfindet, d.h. sich die Vertragspartei mit dem tiefsten Niveau derjenigen mit dem höchsten Niveau annähert. Diese Fälle könnten in einer Gruppe zusammengefasst werden, die es den Vertragsparteien mit einem höheren Schutzniveau erlaubt, an diesem festzuhalten, bis eine entsprechende EWR-Regelung gefunden ist.

Diese Zielsetzung könnte allerdings in gewissen Fällen mit dem sogenannten Cassis-de-Dijon-Prinzip, das zum Rechtssprechungsacquis des EWR zu zählen sein wird, in Konflikt geraten. Das Prinzip besagt, dass in Bereichen, wo auf EG-Ebene keine Rechtsharmonisierung stattfand, Waren, die gemäss den geltenden Bestimmungen eines Mitgliedstaates hergestellt und vormarket werden, in allen übrigen Mitgliedstaaten frei zirkulieren können.

Abweichungen von diesem Grundsatz werden in der EuGH-Rechtssprechung nur akzeptiert, wenn der Schutz zwingender Erfordernisse im Sinne von Artikel 36 und 100 a 4 nachgewiesen werden kann.

In sensiblen Bereichen, wo die Schweiz ein höheres Schutzniveau kennt und die Vorschriften in der EG noch nicht harmonisiert sind, ist zu überlegen, ob nicht Harmonisierungsvorschläge eingebracht werden sollten, um einer gerichtlichen Lösung nach dem "Cassis-de-Dijon-Prinzip" vorzubeugen.

Dans le domaine des services audiovisuels, la délégation suisse adoptera la position selon laquelle c'est la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière du 5.5.1989 qui constitue l'acquis pertinent et non la Directive CE sur la télévision transfrontière du 3.10.1989. Le Conseil fédéral décidera, pour le cas où cette position ne peut pas être maintenue, si une exception non limitée dans le temps ou une autre solution spéciale doit être choisie pour préserver certains aspects essentiels de la politique suisse de l'audiovisuel.

En ce qui concerne l'entraide administrative entre les organes de surveillance notamment dans le domaine des services financiers, la position suisse doit encore faire l'objet de discussions inter-départementales. Le Conseil fédéral en sera, le cas échéant, saisi dès que le résultat de ces discussions sera connu.

Il est en outre entendu qu'une politique commune à l'égard de capitaux en provenance ou en direction de pays tiers (hors de l'EEE) n'entre pas en ligne de compte pour la Suisse.

4. Flankierende Politiken

Die vertragliche Grundlage für eine vertiefte und erweiterte Zusammenarbeit im Bereich der flankierenden Politiken soll im EWR gelegt werden. Aufgrund der Exploration umfassen die flankierenden Politiken namentlich

- die Forschung und Entwicklung,
- den Umweltschutz,
- die Erziehung/Ausbildung,
- die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit,
- den Verbraucherschutz,
- das Gesellschaftsrecht,
- die Förderung der kleinen und mittleren Betriebe,
- die Statistik,
- den Tourismus,
- Bevölkerungsschutz
- Europa der Bürger und
- Wettbewerbsrecht.

Es ist im Falle jeder Politik zu prüfen, wieweit es sich rechtfertigt, im Rahmen des EWRV eine Rechtsharmonisierung auf der Grundlage des einschlägigen EG-Rechtes durchzuführen. Die EG-Kommission hält dies in vier Bereichen - Gesellschaftsrecht, Umweltschutz, Teile der Sozialpolitik und Statistik - für notwendig. Die Rechtsharmonisierung soll nur akzeptiert werden, wenn sie zur Erfüllung der Vertragsziele notwendig ist. EG-Rechtsakte, die rechtlich nicht bindend sind oder sich erst im Vorschlagsstadium befinden, sollten grundsätzlich nicht als relevant angesehen werden. Ein gewisser Spielraum ist freilich für Fälle vorzusehen, wo die Verabschiedung in den nächsten Monaten als sehr wahrscheinlich gilt oder wo alle EFTA-Länder an einer Berücksichtigung ein positives Interesse bekunden.

Die Schweiz akzeptiert die Relevanz der von der EG-Kommission vorgeschlagenen Richtlinien und Verordnungen im Gesellschaftsrecht und der Sozialpolitik, soweit sie in der EG verabschiedet und rechtsverbindlich sind und unter der Voraussetzung, dass ein institutioneller Rahmen geschaffen wird, der echte Mitentscheidung bei der Weiterentwicklung des Rechts und die Möglichkeit der Nichtübernahme von Entscheidungen vorsieht. Die anderen EFTA-Länder sind sowohl im Gesellschaftsrecht wie in der Sozialpolitik an einer umfassenderen Uebernahme des EG-Rechtes in einen EWR-Vertrag interessiert und werfen der Schweiz mit der Beschränkung auf verabschiedetes, verbindliches EG-Recht eine Abweichung vom "broad, comprehensive approach" vor. Ein Einlenken auf die Haltung der anderen EFTA-Länder droht in der Schweiz aber zur Folge zu haben, dass die Arbeitgeberseite immer stärker auf Distanz zum EWR-Projekt geht.

Der Bundesrat hat zu entscheiden, ob die mit Bezug auf die 4., 7., 8. und 11. Richtlinie im Gesellschaftsrecht (siehe Ziffer 241 des Antrages) bestehenden Probleme durch eine unbefristete Ausnahme oder eine angemessene Uebergangsfrist zu lösen sind.

Die EG-Kommission hat sich im Vorschlag für ein Verhandlungsmandat sehr deutlich für die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsvorschriften im EWR ausgesprochen. Sie fordert zudem, dass die EFTA ein Organ schafft, das mit ähnlichen Befugnissen ausgestattet ist wie

die EG-Kommission im EG-System. Sie scheint zudem davon auszugehen, dass das EWR-Wettbewerbsrecht materiell dem EG-Wettbewerbsrecht entspricht. Die Haltung der EG-Kommission in der Frage einer EWR-Wettbewerbsordnung scheint trotzdem noch keineswegs gefestigt.

Die kommenden Verhandlungen verlangen daher Flexibilität. Es wird unvermeidlich sein, Wettbewerbsbestimmungen auszuhandeln, welche eindeutig einschneidender als jene der Freihandelsabkommen und der EFTA-Konvention sein werden. Ein Zwang zur Revision des Kartellgesetzes soll aber nach Möglichkeit vermieden und die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Anwendung und Durchsetzung einer künftigen EWR-Wettbewerbsordnung (Untersuchungen und Sanktionen durch die zuständigen nationalen Behörden) sichergestellt werden.

5. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt

Vorschläge der EG über Massnahmen zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede im EWR sind dem Bundesrat mit einer Beurteilung und möglichen Alternativvorschlägen zu unterbreiten. Eine schweizerische Initiative könnte sich in einem bestimmten Stadium als wichtig erweisen, um einzelne der ins Auge gefassten Ausnahmen durchsetzen zu können. Die Verhandlungsdelegation ist beauftragt, dem Bundesrat bis spätestens Ende August den Vorschlag für eine solche Initiative zu unterbreiten.

6. Politischer Dialog

Die Schaffung einer vertraglichen Grundlage für den politischen Dialog im Rahmen eines EWR-Vertrages, der die Glaubwürdigkeit unserer Neutralitätspolitik nicht in Frage stellt, wird unter der Voraussetzung geprüft, dass es sich um einen Dialog handelt, an dem sich alle EFTA-Länder individuell beteiligen können.

7. Institutionelle und rechtliche Aspekte

71 Nécessité d'un EEE homogène

L'acquis communautaire sera intégré dans un traité international qui sera la base juridique de l'EEE. Ce traité déploiera des effets de droit international public. Notre objectif est d'insérer dans le traité une disposition prévoyant que le droit de l'EEE soit conçu de manière à déployer les mêmes effets dans tout l'EEE, à être interprété de manière uniforme et conçu dans des formes juridiques aussi semblables que possible à celles du droit communautaire (règlements, directives).

Ce sont en effet les individus et opérateurs économiques qui doivent être les principaux acteurs et bénéficiaires des mesures de libéralisation. Ils doivent donc être en mesure d'invoquer dans tout l'EEE, dans des conditions d'égalité, les règles communes devant les autorités nationales, administratives et judiciaires (effet direct).

Il s'agira à cet égard de faire admettre l'idée que la reprise d'un acquis normatif quantitativement très important, doublé d'un acquis jurisprudentiel présumé faire partie de la substance normative, n'aurait pas de sens si l'EEE ne disposait pas, pour l'avenir, des moyens institutionnels propres à assurer que les règles communes soient pleinement respectées dans tout l'EEE.

72 Modalités d'intégration de l'acquis communautaire

La technique juridique d'intégration de l'acquis (méthode de la référence ou méthode de la reproduction) devra être choisie en fonction de son aptitude à remplir les objectifs suivants: garantie de la sécurité et de la clarté juridiques; accessibilité des textes à l'individu et à l'opérateur économique; publication des textes par chacune des parties contractantes selon des critères communs énoncés dans le Traité EEE; valeur authentique

à chacune des 13 langues officielles de l'EEE y compris pour les textes auxquels il est fait référence le cas échéant; possibilité pour l'individu et pour l'opérateur économique d'invoquer directement et dans des conditions d'égalité les textes de l'acquis - y compris les textes auxquels il est fait référence, le cas échéant - devant les juges et autorités des parties contractantes.

Si ces exigences sont remplies, la méthode de la référence pourrait - à la limite - être utilisée non seulement pour les directives, mais également pour les règlements ou pour toutes autres règles de l'acquis identifié conjointement.

73 Structures institutionnelles (exigences générales)

La structure institutionnelle de l'EEE, complément indissociable de la reprise de l'acquis normatif communautaire, devra remplir quatre objectifs complémentaires:

- l'élaboration et l'adoption en commun des règles communes, dans le respect de l'autonomie décisionnelle des parties contractantes et sans mettre les pays de l'AELE devant le fait accompli;
- une légitimation démocratique suffisante des futures règles EEE, qui pourra être assurée par plusieurs moyens complémentaires, tels que:
 - a) l'intervention d'un organe parlementaire EEE lors de la préparation des décisions du Conseil de l'EEE;
 - b) le droit des Etats membres de l'AELE de faire approuver, dans certains cas, les règles EEE par les parlements nationaux des Etats membres de l'AELE (exigence de l'autonomie décisionnelle en cas d'absence de co-décision véritable au niveau de l'EEE);
 - c) la possibilité pour les parlements nationaux de prendre une part active au processus national de préparation des décisions du Conseil de l'EEE.

- une surveillance efficace, de préférence au niveau de l'EEE, par un ou plusieurs organes indépendants afin d'assurer une application uniforme des règles communes dans tout l'EEE. L'exécution devrait se faire par les autorités nationales. La mise en place de ce système de surveillance efficace devra tabler sur le respect du principe de la subsidiarité (point n'est besoin de faire contrôler au niveau de l'AELE ou au niveau de l'EEE ce qui peut l'être efficacement au niveau des parties contractantes ou de certaines d'entre elles);
- une garantie judiciaire de l'interprétation uniforme des règles EEE par une Cour de l'EEE, juridiquement indépendante de la Cour de justice des Communautés européennes mais fonctionnellement intégrée à elle. Les voies de droit devraient comprendre une procédure préjudicielle et une procédure d'infraction (manquement), à la demande des parties contractantes et du ou des organes de surveillance.

Stellt man auf den Vorschlag der EG-Kommission für ein Verhandlungsmandat vom 8. Mai ab, muss es als zweifelhaft erscheinen, dass es im Rahmen eines EWR-Vertrages zu echten gemeinsamen Entscheidungsmechanismen kommen wird.

Etwas überspitzt bietet die EG-Kommission den EFTA-Ländern die Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und unter der Voraussetzung an, dass die EFTA für geeignete Parallelstrukturen im Bereich der Rechtsanwendung sorgt.

Der Zeitpunkt könnte sich sehr rasch nähern, wo die Schweiz zu dieser Art Angebot, das mehreren EFTA-Ländern als attraktiv genug erscheinen könnte, Stellung beziehen muss. Sollte diese Situation eintreten, wird die Verhandlungsdelegation den Bundesrat um neue Instruktionen ersuchen.

Das Einschwenken auf das Konzept der EG-Kommission hätte u.a. zur Folge:

- die Schaffung eines weisungsunabhängigen Ueberwachungsorgans

in der EFTA, an das sich ein Staat oder Individuum wenden kann, wenn er oder es der Meinung ist, dass das entsprechende Land eine EWR-Regel verletzt

- die Unmöglichkeit eines einzelnen EFTA-Landes, im Entscheidungsverfahren am Dialog teilzunehmen, seine eigenen Anliegen selbst vorzubringen.

Der von der EG-Kommission in Aussicht gestellte Informationsaustausch und die Konsultation fände zwischen der EG-Kommission und einer von der EFTA zu bezeichnenden Stelle statt

- die echte Gefahr, dass der sogenannte EWR-Entscheidungsprozess zu einem Nachvollzugsprozess zuvor getroffener EG-Entscheide wird.

Die Uebernahme des Konzeptes der EG-Kommission bedeutete letztlich den Verzicht auf einen echten EWR-Mitentscheidungsmechanismus und die Schaffung gewisser EFTA-Parallelstrukturen zur EG. Eine gewisse Einengung des schweizerischen Freiraumes in der EFTA ohne wirkliche erhöhte Mitgestaltungsmöglichkeiten im für uns sehr viel wichtigeren europäischen EG-Umfeld könnte die Folge sein. Die Konsequenzen eines allfälligen Einschwenkens auf ein solches Konzept müssten logischerweise sein: Reduktion des als für den EWR-Vertrag als relevant anerkannten EG-Rechts und möglichst grosser Schutz der innerstaatlichen Institutionen.

Conséquences de l'EEE sur le droit public suisse

Les effets de la mise en place de l'EEE sur le droit constitutionnel et public suisse ont fait l'objet d'un "Aussprachepapier" du DFJP du 26 avril 1990, dont le Conseil fédéral a pris connaissance le 9 mai 1990. Cette question est particulièrement importante et nous envisageons de soumettre une note au Conseil fédéral à ce sujet lorsque ces conséquences pourront être évoluées avec plus de certitudes.

Ces effets seront fonction de la nature et de l'objet du futur Traité EEE. Il sera, dans chaque cas, indispensable d'assurer une cohérence juridique entre le droit de l'EEE et le droit suisse.

74 Conséquences de l'EEE sur les rapports entre le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale: délégations législatives

Il n'est pas possible, à ce stade, de définir précisément quelle sera l'étendue des délégations que le législateur suisse devra accorder au Conseil fédéral pour la mise en oeuvre de l'EEE.

On veillera à rechercher des formes de délégation législative qui respectent les critères juridiques habituels qui, dans l'ordre juridique suisse, doivent présider à l'octroi de telles délégation (base légale, but, précision de la délégation).

75 Stärkung der EFTA

Die Frage einer möglichen weiteren Stärkung der EFTA wird im Lichte der EWR-Verhandlungsergebnisse geprüft. Erst wenn das rechtlich-institutionelle Profil des Vertrages bekannt ist, lässt sich beurteilen, wie weit eine solche unerlässlich und sinnvoll ist. Im Sinne eines Beispiels: läuft der sogenannte EWR-Entscheidungsmechanismus auf ein blosses Informations- und Konsultationsverfahren hinaus, fehlt die Begründung einer Stärkung der EFTA im Bereich der Beschlussfassung. Allfällige Massnahmen liessen sich dann lediglich in der Ueberwachung der EWR-Regeln rechtfertigen. Anders wäre die Situation eventuell zu beurteilen, wenn ein echter gemeinsamer Entscheidungsmechanismus ausgehandelt würde, wo EG- und EWR-Revisionsverfahren zeitlich streng aufeinander abzustimmen sind.

Würde die EFTA, neben den einzelnen EFTA-Staaten, Vertragspartei des EWR-Vertrages, könnte dies zu Unklarheiten in der Kompetenzabgrenzung zwischen EFTA und EFTA-Ländern führen, bedeutete vor allem aber den Anfang einer Entwicklung, die der Schweiz das selbständige Auftreten gegen aussen, und zwar nicht nur im Verhältnis zur EG, zusehends erschwerte. Sollte die EG darauf bestehen, dass die EFTA Vertragspartei wird,

wird der Bundesrat aufgrund einer Lagebeurteilung um neue Instruktionen ersucht.

Die schweizerische Delegation wird andererseits nichts unterlassen, um ein einheitliches, wirkungsvolles Auftreten der EFTA-Länder in den EWR-Verhandlungen sicherzustellen.

8. Rapports entre l'EEE et l'adhésion

La Suisse n'envisage actuellement aucune démarche concrète en faveur de l'adhésion de la Suisse à la Communauté. Elle n'exclut cependant pas ce choix à plus long terme. En conséquence, et sans préjudice de décisions ultérieures, il convient d'engager la négociation relative à l'EEE de manière à ne rendre en aucun cas plus difficile une éventuelle procédure d'adhésion.

IV. Crédit de négociation

La négociation va entraîner notamment pour le Bureau de l'intégration du DFAE/DFEP, l'OFAEE/DFEP, la DDIP/DFAE, l'OFJ/DFJP et pour d'autres offices de l'administration ainsi que pour la Mission suisse auprès des CE et la Délégation permanente auprès de l'AELE et du GATT des dépenses supplémentaires qui ne pourront pas être couvertes par le budget ordinaire. Ces dépenses seront occasionnées par l'augmentation du nombre des voyages de services, principalement à Genève et à Bruxelles, pour participer aux négociations, mais aussi dans les capitales des pays de l'AELE et de la CE, pour procéder à des consultations informelles. Ce surcroît de dépenses sera également occasionnés par l'organisation de réunions de négociation à l'invitation de la Suisse ainsi que par un accroissement des activités de représentation liées aux négociations.

A l'instar de ce qui a été fait pour les négociations de l'Uruguay Round du GATT, nous proposons l'ouverture d'un crédit de négociation. Au vu de l'ampleur de ces négociations (au minimum 3 réunions ministérielles par semestre, réunions fréquentes de 7 groupes de

- 29 -

négociation pays de l'AELE/CE, d'environ 50 groupes de négociations intra-AELE), l'augmentation des dépenses sera importante. Nous proposons donc un crédit de 600'000.-- francs par an en faveur de l'OFAEE - pour le compte de la délégation de négociation nommée le 11 avril "Négociations économiques" (703.201.01) à compter du 1er juillet.

EIDG. DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

Beilage:
Erläuterungen

Zum Mitbericht an:
alle Departemente

Protokollauszug an:
alle Departemente (EVD: alle Aemter)

Für getreuen Ausdruck:
der Protokollführer:

Anhang
(vertraulich)

Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

Aufgrund des Antrages des EDA und EVD vom

In Anbetracht der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens,

wird beschlossen:

1. Die im Antrag enthaltenen Verhandlungsrichtlinien werden genehmigt.
2. Die Verhandlungsdelegation erstattet dem Bundesrat regelmässig Bericht über den Verlauf der Verhandlungen.
3. Erweist sich in Anbetracht der Verhandlungssituation eine Anpassung der Richtlinien als notwendig, ersucht die Verhandlungsdelegation um neue Instruktionen.
4. Der Verhandlungsdelegation wird ein jährlicher Kredit von Fr. 600'000.- zugesprochen, beginnend ab 1.7.1990, der im BAWI unter dem Posten Wirtschaftsverhandlungen eingestellt wird.

Für getreuen Auszug:

der Protokollführer:

Anhang
(vertraulich)

Erläuterungen zu den Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

- I Folgen einer Anpassung des schweizerischen Rechts an das EG-Recht
- II Warenverkehr
- III Allgemeines

Der im Rahmen unserer Vertragsbeziehungen mit der EWG und der EGKS verwirklichte **bilaterale Besitzstand** wird mit der Schaffung des EWR **nicht verringert**, d.h. es erfolgt kein Rückschritt hinter den bestehenden Liberalisierungsgrad und gefestigte Diskriminierungsverbote. Dies wurde während der Exploration weder von den übrigen EFTA-Ländern noch von der EG je in Frage gestellt. Dies gilt in materieller Hinsicht für den bereits erzielten grenzüberschreitenden industriellen Freihandel. Nicht in den Anwendungsbereich des EWR fallen weiterhin grundsätzlich die Schutzmassnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, einschliesslich alkoholische Getränke, sowie die Beträge, die dem Preisausgleich für die in den Erzeugnissen der Nahrungsmittelindustrie enthaltenen landwirtschaftlichen Ausgangsstoffe dienen (Protokoll Nr. 2). Obzwar die Uebernahme der EG-Agrarpolitik nicht zur Diskussion steht, hat die EG das Begehren nach Verhandlungen über einen **verbesserten Marktzu- gang**, namentlich für **Agrarprodukte** aus den südlichen EG-Staaten, angemeldet und mögliche Konzessionen der EFTA-Länder als Beitrag zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in verschiedenen Regionen der EG erwähnt. Während die andern EFTA-Länder gegebenenfalls zu präferentiellen Zugeständ-

nissen auf der Grundlage des Art. XXIV GATT bereit scheinen, sollten solche Verhandlungen aus schweizerischer Sicht im Rahmen der laufenden **GATT-Uruguay-Runde** stattfinden, wo in der Endphase so oder so ein traditioneller Konzessionsaustausch (Zollabbau, nichttarifarisches Massnahmen) stattfinden wird. Die von der EG ferner als wünschbar erachteten Vereinfachungen beim Erstattungs-/Abschöpfungs-system aufgrund tatsächlicher Marktpreisunterschiede möchte die Schweiz, zusammen mit einer Ausdehnung der Liste landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse, im Rahmen des Protokolls Nr. 2 behandeln; sie wird dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung aussereuropäischer Partner genügend Rechnung tragen. Inwieweit die EG diese Vereinfachungen nicht auch auf einzelne Landwirtschaftsprodukte ausdehnen möchte, ist unbekannt. Aufgrund des schweizerischen Agrarprodukteimportüberschusses und des hohen Inlandpreisniveaus dürften die budgetmässigen Auswirkungen für die Schweiz negativ ausfallen.

Mit der Errichtung des EWR wird nicht ausschliesslich der grenzüberschreitende Verkehr mit Abkommenswaren anvisiert, wie er weitestgehend bereits erreicht ist, sondern die Vermarktung und die freie Zirkulation solcher Waren innerhalb des EWR. Vor diesem Hintergrund kommt der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse und den Liberalisierungsschritten beim öffentlichen Beschaffungswesen - auch hier besteht Parallelität zur GATT-Uruguay-Runde - sowie der gemeinsamen Ueberwachung der Wettbewerbsbedingungen eine erhöhte Bedeutung zu.

112 Abbau der physischen Grenzen

112.1 Zollrecht

In den Explorationsgesprächen stand die Alternative eines freien Warenverkehrs von EWR-Ursprungswaren jener gegenüber, die auch Nicht-EWR-Ursprungswaren einschliessen würde. Die Verwirklichung eines freien Warenverkehrs von Nicht-EWR-Ursprungswaren hätte eine gemeinsame Zolltarifpolitik gegenüber Drittländern und eine

Tarifharmonisierung notwendig gemacht, was die Schaffung einer Zollunion bewirkt, aber wegen des Ausschlusses der Landwirtschaft und der Steuerharmonisierung trotzdem den Wegfall der physischen Grenzbarrieren nicht ermöglicht hätte. Schweizerischerseits hätte die Bildung einer EG/EFTA-Zollunion eine Aenderung der Bundesverfassung, des Zollgesetzes vom 1. Oktober 1925 sowie verschiedener Verordnungen erfordert. Die EG-Kommission übermittelte den EFTA-Ländern das einschlägige EG-Zollrecht nicht, sondern bezeichnete die Verwirklichung einer Zollunion mit den EFTA-Staaten im jetzigen Zeitpunkt als schwierig, ohne dass die EFTA-Länder entsprechenden Einsitz in die Entscheidungsorgane der EG hätten, was nur EG-Mitgliedstaaten vorbehalten bliebe.

Vor diesem Hintergrund schien es ihr realistischer, ein entsprechend **verbessertes Freihandelssystem** anzustreben. Die Mehrheit der EFTA-Länder schloss sich dieser Meinung an, weshalb es in den Verhandlungen darum gehen wird, im Bereich der Zollverfahren die Kontrollen und Formalitäten im grenzüberschreitenden Güterverkehr zu erleichtern. Im vertraglichen Ursprungsbereich sollten **substantielle Verbesserungen** verwirklicht werden. Für die Verwaltung wie für die Wirtschaft werden damit Vorteile erzielt, aber auch neue Verpflichtungen entstehen. Dabei ist unsicher, inwieweit die EG sich auf die EFTA-Vorschläge einlassen wird.

Neben diesen Verhandlungen wird die Eidg. Zollverwaltung während der nächsten Jahre das Zollgesetz sowie die Verordnung zum Zollgesetz unter Berücksichtigung der EG-Zollbestimmungen revidieren und dabei die erforderlichen Anpassungen vornehmen.

113 Beseitigung technischer Handelshemmnisse

113.1 Generelle Prinzipien

Auf dem Gebiet der technischen Vorschriften beruht die Gewährleistung des freien Warenverkehrs in der EG heute auf der Grundlage der drei folgenden Prinzipien:

- der Harmonisierung der Rechtsvorschriften bezüglich der grundlegenden Sicherheitsanforderungen oder sonstiger Anforderungen im öffentlichen Interesse (Gesundheits-, Konsumenten-, Umweltschutz), denen die in Verkehr gebrachten Waren genügen müssen,
- dem Cassis-de-Dijon Prinzip, das besagt, dass im nichtharmonisierten Bereich alle Waren, die gemäss den geltenden Bestimmungen eines Mitgliedstaates auf den Markt gelangten, auch in allen übrigen Mitgliedstaaten frei zirkulieren können sollten, und
- der gegenseitigen Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen.

Die EG und die EFTA-Staaten stimmen grundsätzlich darin überein, dass diese drei Prinzipien auch die Grundlage eines künftigen EWR-Vertrages auf dem Gebiet der technischen Vorschriften bzw. zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse bilden sollen. Auf Seiten einzelner EFTA-Staaten wird zur Zeit allerdings noch geprüft, ob für gewisse sensitive Bereiche, für die auf Seiten der EG keine harmonisierten Vorschriften bestehen, der Erlass einer Harmonisierungsrichtlinie angeregt werden sollte, um dadurch der Anwendung des Cassis-de-Dijon Prinzips auf diese Bereiche vorzubeugen. Bis anhin sind dazu jedoch noch von keinem EFTA-Staat konkrete Vorschläge eingereicht worden. Dies bedeutet demzufolge, dass solche Vorschriften von den EFTA-Staaten künftig im Einzelfall auf eine analog zu Artikel 36 EWGV vorzusehende Bestimmung, die insbesondere im Interesse der öffentlichen Sicherheit sowie zum Schutz von Gesundheit und Umwelt Ausnahmen vom Verbot der mengenmässigen Beschränkungen sowie der Massnahmen gleicher Wirkungen ermöglichte, abzustützen wären.

113.2 Unproblematische Bereiche

Die Liste der für einen künftigen EWR-Vertrag relevanten EG-Harmonisierungsrichtlinien umfasst, ohne die zahlreichen Ergänzungen zu zählen, weit über dreihundert. Hinsichtlich der Rele-

vanz besteht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Einigkeit zwischen der EG und den EFTA-Staaten.

Was den Inhalt dieser Richtlinien anbelangt, sind sowohl für die EFTA-Staaten als gesamt wie auch für die Schweiz **die meisten Richtlinien akzeptabel**. Aus schweizerischer Sicht können namentlich alle gemäss der neuen Konzeption von 1985 erarbeiteten sogenannten new-approach Richtlinien (Maschinen, einfache Druckbehälter, Bauprodukte, elektromagnetische Verträglichkeit, persönliche Schutzausrüstungen, Spielzeuge), sowie die sogenannten old-style Richtlinien in den Bereichen Aufzüge und Hebezeug, Gasgeräte, Haushaltgeräte, Textilien, Messinstrumente, elektrische Apparate, Fernmeldegeräte, medizinische Geräte und Pharmazeutika ohne oder durch bloss **geringfügige Änderungen des schweizerischen Rechts** übernommen werden.

Bei **drei Produktbereichen - Pharmazeutika, medizinische Geräte und Bauprodukte** - liegt die **Kompetenz** zum Erlass von Vorschriften heute allerdings zu einem grossen Teil nicht beim Bund, sondern **bei den Kantonen**. Nach heutiger Einschätzung der Lage ist davon auszugehen, dass die Schweiz aufgrund eines künftigen EWR-Vertrages auch auf diesen Gebieten den Erlass gesamtschweizerisch einheitlicher Vorschriften für das Inverkehrbringen und die Verwendung solcher Erzeugnisse zu gewährleisten haben wird.

113.3 Problematische Bereiche

Namhafte **Probleme** bei der Uebernahme des EG-Rechts würden sich dagegen für die Schweiz in folgenden Produktbereichen ergeben:

- Lebensmittel
- Motorfahrzeuge: Masse und Gewichte
- Motorfahrzeuge (Motorwagen, Motorräder, Traktoren): Abgas- und Lärmvorschriften
- Motorfahrzeuge (Motorwagen, Traktoren): Anerkennung der Typenprüfung ganzer Fahrzeuge

- Kleinflugzeuge: Lärmvorschriften
- Chemikalien, Pestizide, Dünger und Waschmittel.

Neben wenigen Gesetzesänderungen wären dazu stets auch Anpassungen auf Verordnungsstufe erforderlich, liegt doch die Problematik auf dem Gebiet der technischen Vorschriften in der Regel bei der Festlegung von Grenzwerten und Prüfmethode oder beim Aufstellen von Positiv- und Negativlisten erlaubter bzw. verbotener Stoffe und Hilfsstoffe.

Für **Lebensmittel und Kosmetika** werden die EG-Vorschriften bezüglich der Verwendung von Zusatz- und Fremdstoffen, der erlaubten Pestizidrückstände sowie der bakteriologischen Reinheit als veraltet bzw. lückenhaft erachtet. Eine Anpassung ans bestehende EG-Recht wäre mit einem teilweisen Abbau des Gesundheitsschutzes verbunden. Ein Teil der zur Zeit bestehenden Probleme dürfte jedoch entfallen, sobald die gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen EG-Richtlinien in Kraft treten. Im Interesse eines verbesserten Gesundheitsschutzes wäre insbesondere bei den Vorschriften betreffend Fremdstoffe, Pestizidrückstände und bakteriologischer Reinheit eine aktive Mitwirkung der EFTA-Staten bei der Erarbeitung einer künftigen für den ganzen EWR-Raum geltenden, einheitlichen Regelung anzustreben.

Im Bereich des **Giftgesetzes** würde die Uebernahme der bestehenden EG-Richtlinien ebenfalls eine gewisse Verminderung des Gesundheitsschutzes bedeuten. Die auf diesem Gebiet in Vorbereitung befindlichen EG-Richtlinien dürften in dieser Hinsicht nur teilweise eine Verbesserung bringen. Es bleibt daher zu prüfen, welche ergänzenden Massnahmen auf nationaler Ebene allenfalls getroffen werden könnten, um das heutige Schutzniveau aufrechtzuerhalten.

Bei allen übrigen obenerwähnten Problemfällen handelt es sich um Vorschriften, deren Uebernahme eine mehr oder weniger starke Lockerung bestehender oder geplanter künftiger Vorschriften zum Schutz der Umwelt nach sich zögen. Angesichts der in jüngster Zeit zunehmend rascheren Gangart der EG

in der Umweltpolitik sowie in Berücksichtigung der Tatsache, dass in der einheitlichen Europäischen Akte für den Umweltbereich ausdrücklich eine Harmonisierung auf einem hohen Schutzniveau gefordert wird, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die EG den Vorsprung der EFTA-Staaten bzw. der Schweiz bald wettgemacht haben wird. Die meisten Probleme im Umweltbereich sollten sich daher durch **zeitlich befristete Uebergangsregelungen** qualitativer Art lösen lassen, wobei dies jeweils durch die Festlegung zeitlich und inhaltlich fixierter gemeinsamer Zielvorgaben zu erfolgen hätte. Dies dürfte insbesondere in jenen Bereichen Aussicht auf Erfolg haben, wo die EFTA-Staaten zur Zeit einen gemeinsamen Gegenvorschlag zum bestehenden EG-Recht ausarbeiten wie z.B. im Bereich der Abgasvorschriften für Motorwagen. **Schwieriger** dürfte es dagegen dort werden, wo die **Vorbehalte der Schweiz** betreffend Uebernahme des EG-Acquis von der Mehrheit der übrigen EFTA-Staaten nicht geteilt werden, wie z.B. im Bereich der Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge (Motorwagen, Motorräder, Traktoren) und Kleinflugzeuge. Ein weiterer Problembereich betrifft ferner die Anerkennung der Typenprüfung ganzer Fahrzeuge, d.h. von Motorwagen und Traktoren. Solange die Schweiz signifikant strengere Abgas- und Lärmvorschriften kennt, ist die Uebernahme des entsprechenden EG-Acquis jedenfalls nicht möglich. Für gewisse Probleme könnten daher - je nach Verlauf der künftigen Verhandlungen - statt der von uns angestrebten qualitativen Uebergangsregelungen schliesslich doch noch Ausnahmen erforderlich werden, zumindest was die Motorfahrzeuge anbelangt.

Die Uebernahme der EG-Richtlinien betreffend **Masse und Gewichte von Motorfahrzeugen** hätte schliesslich zur Folge, dass u.a. die "Gewichtslimite" für Lastwagen auf 40 t erhöht werden müsste. Da jedoch in erster Linie "verkehrspolitische" Gründe massgebend sind für diese aus schweizerischer Sicht vorläufig einzige Ausnahme im Bereich der technischen Vorschriften, erfolgt die Begründung dafür im Abschnitt 31 "Transports terrestres" im Kapitel "Freier Dienstleistungsverkehr".

114 Marchés publics

La reprise de l'acquis communautaire dans le cadre des marchés publics - qui représentent 15 à 20% du produit intérieur brut dans la CE - concerne actuellement les fournitures, les travaux publics et les moyens de recours permettant d'assurer une application efficace des règles prévues. Les négociations porteront également sur l'ouverture des marchés publics dans les secteurs de l'eau, de l'énergie, des transports et des télécommunications, où une directive communautaire devrait être adoptée d'ici la fin de l'année, et sur les marchés publics des services ainsi que sur les directives sur les moyens de recours s'y rapportant.

La libéralisation envisagée couvre la Confédération, les cantons et les communes. Toutefois, la reprise des règles communautaires exigera des changements substantiels, notamment l'inclusion des travaux publics. La Confédération est déjà soumise au code du GATT sur les marchés publics pour les fournitures. Les cantons et les communes appliquent à différents degrés des régimes préférentiels pour les entreprises établies sur leur territoire. Par conséquent, la reprise de l'acquis communautaire exigera des modifications importantes des règlements et politiques de soumission.

Pour assurer la non-discrimination des soumissionnaires étrangers, la Confédération ainsi que les cantons et les communes devront introduire des procédures afin que les décisions prises par les pouvoirs adjudicateurs puissent faire l'objet de recours efficaces par toute personne ayant ou ayant eu un intérêt à obtenir un marché public de fournitures et de travaux déterminé et ayant été ou risquant d'être lésée par une violation alléguée.

Un problème particulier se pose en raison de la politique suisse de stabilisation de la main-d'oeuvre étrangère. Cette politique a pour effet de restreindre considérablement les possibilités des soumissionnaires étrangers, notamment dans la construction,

de participer aux soumissions en Suisse, du fait qu'ils ne disposent pas de la main-d'oeuvre nécessaire pour l'exécution des contrats. Il en découle qu'une *conditio sine qua non* de la libéralisation des marchés publics de travaux est l'obtention par les entreprises étrangères des unités de travail dont elles auront besoin; un régime s'écartant de cette condition serait discriminatoire et ne serait pas acceptable pour la Communauté.

L'adaptation des régimes juridiques des cantons et des communes exigera une période transitaire d'environ trois ans.

115 Aides publiques

La Suisse ne pourrait que profiter d'une meilleure surveillance de l'octroi des aides publiques assurant le respect du principe selon lequel toute aide susceptible d'affecter les échanges entre les pays de l'EEE est incompatible avec le bon fonctionnement d'un accord sur l'EEE. Il en résulterait des conditions de concurrence égales, dans l'intérêt en particulier de la Suisse qui, par rapport aux autres pays membres de la CE et des pays de l'AELE, connaît des aides publiques minimales.

Si les principes généraux applicables aux aides publiques sont ancrés dans le Traité de Rome (art. 92 à 94), les formes d'aides admises, les critères généraux d'appréciation et les règles de procédure sont quant à eux principalement définis dans une série de communications, lettres aux Etats membres, programmes d'encadrement de la CCE ainsi que dans une série d'arrêts de la Cour de justice. Ces textes n'ont jamais fait l'objet de discussions substantielles avec la CE, de sorte que l'acquis communautaire à considérer comme pertinent n'a pas été défini de manière conjointe avec la CE. Les experts des pays de l'AELE se sont basés sur une première liste indicative que leur avait envoyée la CCE.

Un lien étroit existe entre les dispositions matérielles et les questions institutionnelles (institution d'une procédure de surveillance efficace et d'un organe commun) ainsi qu'entre les dispositions spécifiques aux aides publiques et les politiques communautaires (transports, recherche et développement, etc.); toute réponse définitive à la reprise de l'acquis communautaire en matière d'aides publiques dépendra donc de la solution qui sera trouvée au cours des négociations dans ces deux domaines (institutionnel et politiques communautaires en général).

Si l'acquis communautaire devait être repris tel quel, il y aurait, au stade actuel des discussions entre pays de l'AELE, principalement des implications dans les deux domaines suivants:

Les **règles** seraient applicables dans toute la Suisse, incluant ainsi la **Confédération** et les **Cantons**. Elles ne nécessiteraient vraisemblablement aucune adaptation matérielle des politiques actuelles en Suisse. Pour ce qui est des règles de **politique régionale**, les critères utilisés par la CCE (le chômage structurel et le revenu) pour la délimitation des régions nous poseraient des problèmes, car ils limiteraient l'espace pouvant être mis au bénéfice de la politique régionale en Suisse. C'est pourquoi les pays de l'AELE insisteront dans les négociations afin qu'il leur soit attribué un degré d'autonomie suffisant quant à la délimitation des régions.

116 Wettbewerbsrecht

Die EG verfügt bekanntlich über ein supranationales Wettbewerbsrecht, das direkt an die Unternehmen gerichtetes Verhaltensrecht beinhaltet; es wird nach einheitlichen Kriterien angewandt und durchgesetzt. Demgegenüber sind die Wettbewerbsbestimmungen der EFTA-Konvention und der Freihandelsabkommen zwischen der EG und den EFTA-Staaten von anderer Qualität. Letztere stellen im Grunde weder objektiv verwirklichtbares noch unbedingt durchsetzbares Wettbewerbsrecht dar, sondern umschreiben die Voraussetzungen, unter denen die Vertragsparteien im Hinblick

auf die Beseitigung privat verursachter Handelsbeeinträchtigungen ein Konsultations- und Schutzverfahren einleiten können.

Um im EWR die vier Freiheiten, die sich nicht nur auf die Grenzüberschreitung, sondern auch ihre Ausübung beziehen, im grösstmöglichen Mass verwirklichen zu können und dabei die Chancengleichheit zwischen den EWR-Marktteilnehmern zu gewährleisten, kommt der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für den ganzen EWR-Raum ein grosses Gewicht zu. Der Forderung der EG, für Unternehmen, staatliche Monopole und Dienstleistungen im zwischenstaatlichen Handel griffigere wettbewerbsrechtliche Bestimmungen im EWR als in den Freihandelsabkommen vorzusehen, so dass sie jenen des Römer Vertrages im Ergebnis einigermaßen äquivalent sind, kann die Berechtigung nicht abgesprochen werden, sollen sie doch verhindern, dass abgebaute staatliche Wirtschaftsschranken durch Private wieder errichtet werden.

Die EFTA-Position anerkennt denn auch die Notwendigkeit, einen für den ganzen EWR anwendbaren Wettbewerbskodex zu entwickeln. Dies setzt indessen voraus, dass den EWR-Wettbewerbsregeln, wo sie anwendbar sind, Vorrang vor denjenigen der Vertragsparteien zukommt. Nach den Vorstellungen der EFTA-Staaten wäre anhand vertraglich festgelegter, einheitlicher Kriterien zu entscheiden, ob eine bestimmte Wettbewerbspraktik EWR-konform ist oder nicht, wobei geeignete Organe auf internationaler Ebene über die Einhaltung des Wettbewerbsrechts wachen würden. Die Kompetenzabgrenzung zwischen den internationalen und den nationalen Behörden würde so geregelt, dass die Sachverhaltsermittlungen und die Durchsetzung der Entscheide in der Verantwortung der nationalen Behörden verbleiben würden. Die EGK hat sich bisher zur Frage des Vorrangs nicht äussern wollen. Dem jüngsten Verhandlungsmandat ist immerhin zu entnehmen, dass die EG das Zweisäulenmodell favorisiert. Gerade im Wettbewerbsrecht ist aber das Zweisäulenmodell von der Sache her überaus problematisch, müsste doch beispielsweise die EFTA Massnahmen gegen Verhaltensweisen Privater beschliessen, die sich gar nicht innerhalb der EFTA auswirken. Das zu schaffende materielle Wettbewerbsrecht wird denn auch nicht zuletzt von der Lösung institutioneller Fragen abhängen.

Die kommenden Verhandlungen verlangen daher Flexibilität. Es wird unvermeidlich sein, Wettbewerbsbestimmungen auszuhandeln, welche eindeutig einschneidender sein werden als jene der Freihandelsabkommen und der EFTA-Konvention. Es ist aber möglichst zu vermeiden, dass daraus ein Zwang zur Revision des Kartellgesetzes erwächst; da im EWR wettbewerbsrechtliche Verhaltensweisen zu regeln sein werden, welche sich auf den zwischenstaatlichen Handel auswirken, sollte dies keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Die Verhandlungen haben im engen Einvernehmen mit den interessierten Stellen von Verwaltung und Privatwirtschaft zu erfolgen.

117 Geistiges Eigentum

Die Angleichung des Immaterialgüterrechts stellt eine zentrale Voraussetzung eines EWR mit angeglichenen Wettbewerbsbedingungen dar. Sie bringen den in Europa tätigen Unternehmen die grossen Vorteile einer einheitlichen und damit gesamthaft auch einfacheren Ordnung, verbunden mit einer Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen.

Der eigentliche anerkannte Acquis Communautaire im Immaterialgüterrecht ist von noch recht geringem Bestand: Er beschränkt sich auf das Markenrecht sowie auf den Rechtsschutz von Topographien von Halbleitererzeugnissen. Demgegenüber basiert das Gemeinschaftspatentübereinkommen auf Formen des völkerrechtlichen Vertrages und sieht selbständige Beitrittsmöglichkeiten für EFTA-Staaten vor, die zugleich Vertragspartei des Europäischen Patentübereinkommens sind.

Eine Vielzahl von Instrumenten befindet sich noch im Entwurfsstadium, womit zugleich die Bedeutung der Mitbestimmung in der künftigen Entwicklung hervorgehoben ist. Es handelt sich dabei um Projekte betreffend die Gemeinschaftsmarke sowie den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen und von Computerprogrammen. Noch für dieses Jahr sind zwei Vorschläge betreffend die sogenannte "Patent Term Restoration" für pharmazeutische Produkte und die Vermietungs- und Verleihrechte im Bereich des Urheberrechts vorgesehen.

Die gegenwärtige Revision des Patentgesetzes (Teilrevision), und die Totalrevisionen des Markenrechts wie auch des Urheberrechts erlauben es, weitgehendst auf das bestehende und sich abzeichnende EG-Recht Rücksicht zu nehmen.

Die Uebernahme des bereits in Kraft getretenen, materiellen *Acquis Communautaire* (sekundäres Recht) bietet der Schweiz keine grösseren Probleme, die eine ständige Ausnahme oder zeitlich beschränkte Uebergangsbestimmungen erfordern würden. Allerdings gilt es, zwei eigentliche Probleme, die auf zwei Ebenen bestehen, in den Verhandlungen zu lösen:

- Die Kommission will die Drittlandbeziehungen im Rahmen des Topographischenschutzes in den *Acquis* einbeziehen und ihre Reziprozitätserklärung auch für die EFTA-Staaten Anwendung finden lassen, um Handelsverzerrungen zu vermeiden. Das konfliktiert mit unserer Politik, für Drittlandbeziehungen autonom zu bleiben, weshalb diese EG-Ratsentscheidungen von den Verhandlungen ausgeschlossen werden sollten;
- Die Uebernahme von Art. 30 und 36 EWG-Vertrag und der dazu gehörenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes führt zur regionalen, EWR-weiten Erschöpfung der Immaterialgüterrechte. Daher sollten auslegende Erklärungen zur EG-Praxis von Art. 30 und 36 EWG-Vertrag, insofern weitere Abklärungen ein wirtschaftliches Bedürfnis hierzu aufdecken, ausgehandelt werden.

In den Verhandlungen könnten ferner eigentliche Beitrittsrechte zum Gemeinschaftspatentübereinkommen sowie zur Gemeinschaftsmarke für EFTA-Staaten, die dies wünschen, angestrebt werden. Darüber hinaus wäre die Sicherstellung von Partizipationsrechten bei der Aus- und Weiterbearbeitung gegenwärtiger und künftiger Projekte der EG in allen Bereichen des Immaterialgüterrechts anzustreben.

118 Produktehaftpflicht

Die EG-Richtlinie von 1985 sieht eine verschuldensunabhängige Haftung für den durch den Fehler eines Produkts verursachten Schaden vor. Der Haftung unterstehen der Hersteller sowie der Importeur, der Produkte aus Nicht-EG-Staaten importiert. In Expertengesprächen im Rahmen der Folgearbeiten von "Luxemburg" zwischen der EG-Kommission und den EFTA-Ländern wurde angeregt, die Haftung des Importeurs im Verhältnis zwischen EG- und EFTA-Staaten zu beseitigen, da sie den Handel beeinträchtigen könnte. Die EG-Vertreter zeigten sich dazu bereit, sofern die EFTA-Staaten das Lugano-Uebereinkommen von 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ratifizieren sowie der EG-Richtlinie vergleichbare Produktehaftpflicht-Gesetze erlassen.

Die Uebernahme der EG-Richtlinie im Rahmen des EWR bringt für schweizerische Hersteller und Importeure eine gewisse Verschärfung der Haftung. Nach heutigem Recht (Art. 55 OR) gilt für den Geschäftsherrn eine verschuldensunabhängige Haftung mit Entlastungsmöglichkeit. Doch die Rechtsprechung des Bundesgerichts hat an den Entlastungsbeweis so strenge Anforderungen gestellt, dass die Haftungsverschärfung nicht stark ins Gewicht fällt. Wenn andererseits erreicht werden kann, dass die Haftung des Importeurs im Handel zwischen den Staaten des EWR beseitigt wird, so bringt die Uebernahme der EG-Richtlinie für die schweizerische Exportindustrie Vorteile. Eine Besserstellung ergibt sich auch für die Geschädigten in der Schweiz, für die Konsumenten.

Die Schweiz sollte daher die EG-Richtlinie übernehmen, unter der Voraussetzung, dass die Haftung des Importeurs zwischen den Staaten des EWR beseitigt wird. Da aber die Verschärfung der Produktehaftpflicht innenpolitisch umstritten ist und die EG-Richtlinie dem nationalen Gesetzgeber in manchen Fragen Gestaltungsfreiheit lässt, sollte eine Anpassungsfrist von 4-5 Jahren

vorgesehen werden, damit genügend Zeit für die Konsensfindung bleibt.

119 Energie

Malgré l'absence de dispositions dans le traité de Rome révisé par l'Acte unique transférant de façon claire la totalité des compétences des Etats membres à la Commission en matière de politique de l'énergie, la Commission des CE a communiqué aux pays de l'AELE une liste de **l'acquis communautaire existant** comprenant des dispositions sur l'obligation de stockage de combustibles liquides, la réduction de la consommation de pétrole ainsi que les procédures d'information et de consultation en matière de définition des prix des produits pétroliers notamment. Cet acquis n'a pas été identifié conjointement et, du point de vue de la Suisse, comme de celui des autres pays de l'AELE, **la reprise de cet acquis n'est pas nécessaire**. D'une part, elle nécessiterait une certaine harmonisation des politiques énergétiques nationales, voire même une politique commune de l'énergie qui irait à l'encontre de la volonté suisse de maintenir un haut degré d'autonomie dans le domaine de l'énergie. D'autre part, l'Accord de libre-échange de 1972 créé une zone de libre échange pour ces produits, par laquelle la libre circulation de ces biens est réalisée. Enfin, des conventions et organismes internationaux existants ont déjà pour but de renforcer la coopération dans les domaines de la politique de l'énergie, de la sécurité, de la protection de l'environnement, de la recherche et de l'approvisionnement notamment (Conventions sur le traitement et le transport de déchets dangereux, Agence internationale de l'énergie, organes spécialisés de l'OCDE, UCPTE, UNIPEDE etc.).

Quant aux **propositions de directives et de règlements** que la Commission élabore actuellement afin de réaliser un marché intérieur de l'énergie (transparence des prix, transit par réseaux, informations sur les investissements pour des projets concernant le gaz et l'électricité), elles pourraient avoir des effets sur les relations entre les Etats membres de la CE et les

pays de l'AELE, en particulier pour la Suisse qui se situe au centre du réseau électrique interconnecté. La question de l'intérêt d'une participation de la Suisse à l'élaboration des règles permettant de réaliser un marché intérieur de l'énergie (limité, non plus à la CE mais à l'EEE) ainsi qu'à certains programmes de recherche dans le domaine de l'énergie (THERMIE par exemple) reste ouverte jusqu'à ce que la situation dans la CE soit clarifiée.

12 Libre circulation des services

121 Services financiers

121.1 Deux problèmes d'ordre général se posent dans le domaine de la libre circulation des services financiers (banques, assurances, bourses et transactions en valeurs mobilières):

Premièrement, certaines dispositions du droit des sociétés devront être modifiées d'une manière générale dans le Code des obligations pour toutes les sociétés anonymes, pour tenir compte des exigences de l'acquis communautaire en matière de transparence et de comptes consolidés.

Il s'agit des dispositions concernant:

- la présentation du bilan et des comptes pertes et profits, en particulier de celles qui prévoient la possibilité de constituer des réserves latentes et l'obligation de présenter comptes et bilans consolidés;
- la composition du Conseil d'administration: abolition de l'exigence d'une majorité de citoyens suisses.

La révision du droit des sociétés en cours ne prévoit pas actuellement, sur ces points, des solutions conformes au droit européen. Or, il est clair qu'une telle adaptation sera une condition indispensable à la libre circulation des services finan-

ciers. Il n'est en particulier pas réaliste de penser qu'il soit possible de demander une solution spéciale pour la Suisse en ce qui concerne les règles comptables. En effet, d'une part les intérêts fondamentaux de notre pays et de notre économie ne sont pas en jeu. D'autre part, les filiales et les succursales des banques et assurances suisses établies dans la Communauté ont déjà dû s'adapter aux directives de la CE ou devront le faire.

Enfin, une adaptation aux dispositions communautaires aurait l'avantage de créer une plus grande transparence et donc une meilleure protection des investisseurs, des déposants et des assurés. On doit cependant s'attendre à une certaine opposition de la part des banquiers et, dans une moindre mesure, des assureurs et surtout de la part des PME qui seront appelées à s'adapter aux nouvelles règles lors de l'émission publique de valeurs mobilières.

Deuxièmement, les directives communautaires introduisent le principe de l'entraide administrative entre autorités de surveillance en matière bancaire, boursière, d'assurance et pour les affaires d'initiés. En Suisse, les autorités de surveillance ne disposent pas de compétences légales pour communiquer des informations aux autorités étrangères. Nous connaissons essentiellement le système de l'entraide juridique en matière pénale. Une nouvelle base légale devrait probablement être créée. Il est impensable de pouvoir négocier une exception dans ce domaine.

121.2 Banques

La loi fédérale sur les banques devra être modifiée en ce qui concerne:

- l'abolition, pour les banques de l'EEE, de l'obligation d'obtenir une autorisation pour l'établissement de succursales et la prestation transfrontière de services;
- la procédure d'admission pour des banques de pays tiers;

- la prise de participation dans une banque en mains étrangères (non-discrimination);
- la prise de participation dans des entreprises hors du secteur bancaire;
- l'introduction d'un système de garantie des dépôts;
- l'obligation de publier bilan et compte pertes et profits consolidés;
- l'appréciation et l'annonce des gros risques sur une base consolidée;
- l'autorisation d'accorder l'entraide administrative à d'autres autorités de surveillance.

Ces modifications ne devraient pas causer de problèmes insurmontables. A l'exception de l'entraide administrative, elles peuvent être effectuées en bonne partie par la modification de l'ordonnance sur les banques ou de la pratique de la Commission fédérale des banques.

En outre, les règles de syndication pour les obligations libellées en francs suisses, qui excluent les banques étrangères, devraient être abolies. Cette abolition est envisageable, même si elle comporte le risque que les émissions ne soient plus soumises au droit de timbre.

121.3 Assurances

Une partie de l'adaptation du droit suisse au droit européen est déjà prévue dans le projet de nouvelle loi sur l'assurance autre que vie, dont les travaux sont en cours et qui est destinée à transposer dans le droit suisse l'accord Suisse-CE du 10 octobre 1989 concernant l'assurance directe autre que l'assurance vie.

L'accord Suisse-CE vise le libre établissement des succursales et des agences de compagnies d'assurance non-vie. L'acquis communautaire à reprendre dans un traité sur l'EEE vise également la libre prestation des services transfrontière pour les grands risques. L'introduction de cette dernière exigera les modifications suivantes:

- le projet de loi sur l'assurance autre que vie devra être modifié afin qu'également les étrangers (et pas seulement les Suisses comme cela est actuellement le cas) soient protégés en cas de faillite. Il s'agit là d'une adaptation qui ne présente pas de difficultés;
- la modification de la loi sur la surveillance des assurances (LSA), du 23.6.1978. Le tarif uniforme prévu pour l'assurance responsabilité civile pour les véhicules à moteur sera en effet remis en question, du fait que les assureurs communautaires pourront fournir une couverture d'assurance pour les grands risques sans être soumis à la surveillance tarifaire en Suisse (principe de la surveillance par le pays d'origine). La remise en question du tarif uniforme représente une question politiquement sensible. Les milieux des consommateurs pourraient s'y opposer. Toutefois, elle n'affectera que les tarifs pour les grands risques (entreprises de transport), par opposition aux risques de masse (automobilistes individuels).

L'acquis communautaire à reprendre comprend également le libre établissement et la libre prestation de services dans le domaine de l'assurance vie. Cela exigera:

- soit la création d'une nouvelle loi sur l'assurance vie,
- soit de compléter la nouvelle loi sur l'assurance autre que vie pour y inclure l'assurance-vie.

La reprise de l'acquis communautaire demandera enfin les autres modifications supplémentaires suivantes:

- soumettre les agents et les courtiers à une surveillance qui devra être prévue soit dans une nouvelle loi, soit dans la LSA;
- modification de la loi fédérale sur le contrat d'assurance, du 2.4.1908, afin d'y introduire la possibilité d'une annulation du contrat pendant une courte période après signature (vieille demande des consommateurs);
- modification de la loi sur la prévoyance professionnelle. Un assureur communautaire aura en effet la possibilité de couvrir des risques de prévoyance professionnelle, ce qui soulève la question de sa solvabilité. La loi devrait être modifiée, afin de garantir cette solvabilité dans tous les cas.

Toutes ces modifications ne devraient pas donner lieu à des difficultés majeures.

121.4 Bourses et transactions en valeurs mobilières

La reprise de l'acquis communautaire pertinent nécessaire à la création d'un marché européen de valeurs mobilières exigera notamment:

- l'adaptation des dispositions suisses concernant les conditions d'admission à la bourse, les informations qui doivent être fournies dans le prospectus, périodiquement et lors de l'acquisition et de la cession d'une participation importante pour les titres cotés en bourse, et les informations à fournir lors de l'émission de titres cotés et non cotés en bourse. Les conditions d'admission aux bourses suisses sont contenues dans le règlement de cotation de l'Association des bourses suisses du 1.1.1987, établi sur la base du droit de deux cantons "boursiers", Zurich et Bâle. L'information à fournir dans le prospectus d'émission est également régie par le Code des obligations. Les dispositions suisses en matière d'informations à fournir aux investisseurs sont loin d'atteindre le niveau de transparence des directives communautaires et devront être sensiblement modifiées;

- 21 -

- l'abolition de la discrimination dont font l'objet actuellement les titres étrangers du fait que leur admission à la Bourse est soumise à l'approbation de l'Instance suisse d'admission, alors que cela n'est pas le cas pour les titres suisses.
- l'assujettissement des intermédiaires financiers non bancaires - qui échappent actuellement à toute surveillance, sauf dans les cantons de Zürich et Bâle - à des règles de surveillance analogues à celles des banques.

Pour tenir compte de ces exigences le droit suisse devra être adapté de la manière suivante:

- adoption d'une loi fédérale sur les bourses. Il n'existe en effet pas de droit boursier au niveau fédéral;
- adoption d'une loi fédérale sur les services financiers qui soumettrait à la surveillance les intermédiaires non bancaires;
- une modification des dispositions du CO concernant la présentation des comptes et du bilan des sociétés émettant des titres qu'elles soient cotées ou pas (Cf. chiffre 121.1 ci-dessus);
- une révision de la loi suisse sur les fonds de placement pour l'adapter aux directives communautaires correspondantes.

Les travaux concernant la création d'une loi sur les bourses et d'une loi sur les services financiers ont déjà commencé. Les milieux concernés se sont prononcés en faveur de ces deux nouvelles lois. Les cantons de Zurich et de Bâle s'opposent à une loi fédérale sur les bourses.

Les travaux concernant la révision de la loi suisse sur les fonds de placement sont également en cours et ne devraient pas donner lieu à des difficultés.

Par contre, il faut s'attendre à une opposition aux modifications des dispositions du CO concernant les réserves latentes, les règles de consolidation, l'information sur la répartition des actionnaires, la fréquence de l'information (Cf. chiffre 121.1 ci-dessus).

122 Services de communication et d'information

122.1 Services de télécommunication

Der Entwurf für ein neues Fernmeldegesetz, der sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindet entspricht dem geltenden EG-Recht. Seit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs durch den Bundesrat wurden jedoch neue Rechtsakte der EG im Entwurf bekannt, bei denen neben weitgehender Uebereinstimmung in wenigen Punkten Abweichungen des Schweizerrechts festzustellen sind.

Soweit absehbar, sind zwei gewichtige Abweichungen der schweizerischen Rechtsordnung gegenüber den EG-Entwürfen zu verzeichnen:

- Das Fernmeldegesetz sieht ein Monopol der PTT-Betriebe für den Grunddienst (Uebertragung und Vermittlung von Nachrichten auf einem Fernmeldenetz zugunsten Dritter) zur Sicherung der Grundversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft in allen Landesteilen vor, während ein EG-Richtlinienentwurf die Liberalisierung aller Fernmeldedienste ausser der Telefonie verlangt. Die Uebernahme der EG-Regelung hätte die Einschränkung des Monopols auf die Sprachübermittlung zur Folge, während Bild- und Datentransport zu liberalisieren wären. Das könnte mit Konsequenzen für die Erfüllung des Auftrages der PTT-Betriebe zur Sicherung der Grundversorgung im ganzen Lande verbunden sein. Eine entsprechende Aenderung des Fernmeldegesetzes müsste unter Beachtung der verschiedenen Interessen begleitet von den nötigen Massnahmen, z.B. tariflicher Art, vorgenommen werden.

- Die EG-Richtlinienentwürfe verlangen die Trennung von hoheitlichen und betrieblichen Funktionen, was z.B. bedeutet, dass eine Stelle ausserhalb der PTT-Betriebe für die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen, die Zulassung von Teilnehmeranlagen, die Strafverfolgung im Fernmeldeübertretungsstrafrecht, die Konzessionserteilung für Fernmeldenetze, die Frequenzverwaltung und ähnliches zuständig wäre. Das Fernmeldegesetz berücksichtigt dies erst teilweise und müsste angepasst werden. Eine Stelle im EVED (z.B. ein Bundesamt für Kommunikation) könnte mit diesen Aufgaben betraut werden.

Die erwähnten Änderungen könnten im Rahmen der Behandlung des Fernmeldegesetzes in der vorberatenden Kommission des Ständerats als Zweitrat ab August 1990 diskutiert werden. Eine Uebergangsperiode für die Anpassungen ist ins Auge zu fassen. Allerdings sind für eine definitive Stellungnahme gesicherte Texte der EG abzuwarten, wenn auch die Grundzüge mit den vorliegenden Entwürfen bekannt sind.

122.2 Services audiovisuels

Dans ce domaine, il y a des divergences entre l'AELE et la CE en ce qui concerne ce qui doit être considéré comme l'acquis communautaire. Le fait qu'il existe deux instruments européens dans ce domaine en est la cause: la Directive CE sur la télévision du 3.10.1989 et la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière du 5.5.1989 qui lui est antérieure. Les deux instruments sont semblables quant à leur contenu mais ils diffèrent dans leur philosophie. La directive TV est axée sur l'aspect économique alors que la Convention TV entend garantir la liberté d'expression, le pluralisme de l'information et la diversité culturelle. Les deux approches aboutissent à quelques différences qui ont cependant toute leur importance, en particulier pour les petits pays.

Jusqu'à maintenant, les pays de l'AELE ont soutenu que, pour eux, c'est la Convention TV qui était l'instrument de référence pour l'EEE. Dans ce cas, pour la Suisse, il n'y aurait pas de

problèmes. Par contre si la directive TV des CE devait être reprise dans le traité EEE, nous devrions modifier le projet de loi sur la radio et la télévision actuellement en discussion au Parlement afin de:

- permettre la retransmission de programmes contraires aux dispositions de la législation suisse en matière de publicité. Ceci entraînerait une distorsion de concurrence pour les radiodiffuseurs suisses. La pression pour un alignement du droit des médias suisses sur les législations les plus libérales en Europe serait très forte. Ceci concernerait en particulier des dispositions relatives à la publicité, y compris la publicité pour l'alcool. Le Conseil fédéral n'aurait par ailleurs plus de marge de manoeuvre pour limiter la publicité pour l'alcool dans les programmes étrangers repris dans le câble;
- permettre la retransmission en Suisse d'un programme étranger qui aurait empêché par des contrats d'exclusivités la SSR de diffuser des images d'un événement d'une importance majeure;
- introduire un système de quotas pour les oeuvres audiovisuelles d'origine européenne. Un tel système va à l'encontre de la politique suisse des médias et serait incompatible avec le Code des transactions invisibles de l'OCDE.

123 Transports

123.1 Transports terrestres

La reprise de l'acquis communautaire concernant les poids et les mesures des véhicules pour le transport de marchandises entraînerait notamment la modification des prescriptions suisses sur le poids maximum des camions (28 tonnes), ce qui constitue, comme on le sait, un problème politiquement très sensible. Une telle reprise aurait pour effet une forte augmentation du trafic, qui poserait des problèmes du point de vue de l'environnement et de la sécurité routière. Elle représenterait d'autre

part une perte considérable de crédibilité sur le plan interne et à l'étranger.

La reprise de l'acquis pertinent dans le domaine du transport routier exigera en outre la modification de la Loi sur la circulation routière et de ses ordonnances en ce qui concerne:

- les prescriptions sociales pour les conducteurs de poids lourds (durée du temps de conduite maximale) qui sont contraires aux dispositions légales suisses concernant la sécurité routière, la protection des salariés et des temps de travail. Cette adaptation vers le bas ne sera guère possible;
- la fréquence des examens obligatoires pour certaines catégories de véhicules à moteur. Il faut s'attendre à une résistance des cantons face à l'augmentation exigée de la fréquence de ces examens;
- l'introduction d'un permis de conduire valable pour l'ensemble de l'EEE. Ici aussi il faut s'attendre à une opposition des cantons, car leurs compétences d'accorder des permis de conduire seraient sérieusement limitées voire abolies;
- l'équipement de contrôle pour la sécurité routière;
- l'âge et le niveau de formation requis pour les conducteurs de minibus.

La reprise des dispositions communautaires en matière d'accès à la profession de transporteur routier exerçant des activités nationales et internationales, pour les marchandises et pour les personnes, demandera la création d'une nouvelle loi basée sur l'article 31 bis, para 2 de la Constitution fédérale. Etant donné que cette profession n'a à ce jour pas été réglementée en Suisse, cette nouvelle loi constituerait une certaine limite à la liberté de commerce et d'industrie garantie par l'article 31 de la Constitution. Elle aurait pour but de garantir un niveau professionnel aux agents de la branche, qui serait harmonisé par

rapport au niveau requis dans la CE. En ce qui concerne le transport des personnes, la reprise de l'acquis communautaire pertinent nécessitera une refonte de la législation en matière de régale suisse des Postes. La reprise des règles communautaires sur le cabotage routier exigera une modification des prescriptions suisses qui interdisent pour l'heure le cabotage. Il faut s'attendre à une certaine opposition à cet égard de la part des transporteurs routiers.

Les lois suivantes devront en outre être sensiblement modifiées:

- LF sur les Chemins de fer fédéraux;
- LF sur les Chemins de fer;
- LF sur le service des Postes;
- AF fixant les principes du mandat 1987 des Chemins de fer fédéraux et l'indemnisation de leurs prestations de service public;
- LF sur le transport public.

123.2 Aviation civile

Les règles de concurrence applicables aux transports aériens qui devront être reprises visent à créer un système de concurrence beaucoup plus ouvert que ce n'est le cas actuellement pour nos compagnies aériennes. la Loi sur la navigation aérienne devra être modifiée en conséquence. Malgré les coûts élevés existant en Suisse, qui pourraient créer certaines difficultés à nos compagnies, une telle modification allant dans le sens d'une libéralisation, ne devrait pas susciter d'oppositions. Elle fait d'ailleurs déjà l'objet de discussions entre la Suisse, ses partenaires de l'AELE et la CE.

123.3 Navigation maritime et fluviale

La reprise de l'acquis communautaire pertinent exigera:

- la création d'une nouvelle base légale ou la modification de la loi fédérale sur la navigation intérieure pour régler l'accès à la profession de transporteurs de marchandises par voie fluviale et la reconnaissance mutuelle des diplômes dans ce domaine, ce qui, comme pour la profession de transporteur routier, pourrait constituer une certaine limite à la liberté du commerce et de l'industrie garantie par la Constitution (art. 31);
- une éventuelle modification de la loi suisse sur la navigation maritime. Celle-ci prévoit en effet que seulement des sociétés à 100% suisses peuvent faire enregistrer leurs navires sous pavillon suisse. En outre, au moins 50% du capital investi dans un navire doit être en mains suisses. Ces dispositions sont contraires à une proposition de règlement communautaire qui part de l'idée du libre établissement dans ce domaine. Il est cependant encore incertain si ce règlement, contesté dans la CE, sera adopté dans sa teneur actuelle.

13 Libre circulation des capitaux

La Suisse a un régime libéral d'importation et d'exportation de capitaux à l'exception de la Lex Friedrich. La reprise intégrale de l'acquis communautaire dans ce domaine demanderait une abolition des restrictions imposées par cette loi, notamment en ce qui concerne:

- les investissements dans des biens immobiliers qui ne sont pas directement liés à l'établissement et à une activité professionnelle d'un ressortissant communautaire en Suisse;
- les investissements directs dans les secteurs de l'agriculture, de l'immobilier ("Immobilien-gewerbe") et de la para-hôtellerie (location de camping et de maisons de vacances).

Une abolition de ces dispositions de la Lex Friedrich mettrait fin à notre système de limitation à l'achat de biens immobiliers suisses par des étrangers.

La reprise intégrale de l'acquis communautaire supposerait également une politique concertée, au niveau EEE, à l'égard des mouvements de capitaux en provenance et en direction de pays tiers. Une telle politique affecterait dans une certaine mesure l'autonomie de la politique de la Banque nationale suisse. Dans la mesure où elle aboutirait à une restriction des mouvements de capitaux avec les pays tiers, la Confédération et la Banque nationale suisse ne pourraient pas participer à une telle coordination des politiques.

14 Libre circulation des personnes

141 Dans la CE, la libre circulation des personnes est aujourd'hui limitée aux personnes exerçant une activité lucrative (travailleurs et indépendants). Des propositions d'étendre ce droit aux inactifs (étudiants, rentiers et retraités) sont actuellement à l'examen. Les principales répercussions du traité sur l'EEE vont toucher la Loi sur le séjour et l'établissement des étrangers, son Règlement d'exécution et l'Ordonnance limitant le nombre des étrangers. Les accords avec l'Italie, l'Espagne, et les arrangements administratifs avec le Portugal devraient être également révisés. Il faudrait aussi revoir la compétence territoriale des cantons à statuer sur le séjour des étrangers (art. 69 ter. de la Constitution).

Le droit communautaire (l'acquis) prescrit l'abolition de toute discrimination fondée sur la nationalité. Il en résulte que les travailleurs des Etats membres sont sur pied d'égalité avec les nationaux, en ce qui concerne l'emploi, la rémunération et les autres conditions de travail ainsi que l'accès au logement et à la propriété. Il prévoit aussi le droit de fournir librement des prestations de services, de répondre à des emplois effectivement offerts, de se déplacer librement à cet effet sur le territoire des Etats Membre, de séjourner dans un Etat membre afin d'y

occuper un emploi et de se faire rejoindre par sa famille. Ces règles valent aussi pour l'exercice des activités indépendantes.

La reprise de l'acquis pertinent obligerait donc la Suisse à supprimer son système de contingentement, à renoncer au principe de la priorité du marché indigène, à revoir son régime d'autorisation et à abolir les statuts de saisonnier et de frontalier. Elle devrait en outre renoncer aux restrictions concernant les séjours de courte durée et permettre le regroupement familial de ces personnes. De plus, la pleine mobilité géographique et professionnelle la priverait de la possibilité de poursuivre un recrutement sélectif. La Suisse, enfin, devrait étendre la notion de regroupement familial aux ascendants et descendants à charge et, selon les propositions de révision incluses dans l'acquis communautaire, l'élargir encore à tous les ascendants et descendants non à charge ainsi qu'aux autres membres de la famille à charge ou vivant sous le même toit que les conjoints.

En conséquence, l'objectif de stabilisation de la population étrangère ne pourrait plus être maintenu. Il en résulterait probablement un afflux de main-d'oeuvre étrangère, avec ses conséquences négatives sur la structure du marché de l'emploi et sur les relations sociales entre Suisses et étrangers.

142 En ce qui concerne la sécurité sociale, le droit communautaire (règlements CEE 1408/71 et 574/72) prévoit une coordination - et non une harmonisation - des régimes de sécurité sociale des Etats de la CE.

Toutefois, nous ne pouvons qu'esquisser les conséquences que pourrait avoir, dans ce domaine, la reprise de l'acquis communautaire car la CE n'a pas encore indiqué selon quelles modalités les pays de l'AELE devraient la réaliser. La solution extrême serait que les pays de l'AELE deviennent "membres" des règlements 1408/71 et 574/72 au même titre que les pays de la CE, ce qui paraît au stade actuel une solution difficilement acceptable par la CE car elle impliquerait la suppression des

règlements CEE et leur remplacement par des règlements EEE analogues mais comprenant 19 membres et non plus 12, avec les mêmes droits que ces derniers.

Dans ces circonstances, il est extrêmement difficile à l'heure actuelle d'envisager les répercussions sur nos assurances sociales de la présence de ces 2 règlements dans la liste de l'acquis, car même dans l'hypothèse où la Suisse devrait "adhérer" à ces règlements, elle aurait elle aussi, à l'instar des Etats de la CE, la possibilité de demander l'introduction de dispositions particulières et de réserves pour tenir compte des caractéristiques de ses assurances sociales et ce n'est que dans la mesure où ces dispositions et réserves seraient inacceptables pour les autres membres que nous devrions envisager des modifications notables de notre législation interne.

Faute de contacts exploratoires avec la Commission CE à ce sujet, la nature exacte et l'ampleur des adaptations que la reprise de l'acquis communautaire imposera au droit interne et/ou international de sécurité sociale suisse n'apparaîtront qu'au cours des négociations avec la CE, raison pour laquelle il nous paraît d'ores et déjà nécessaire que nous vous présentions le moment venu, une proposition à ce sujet.

En détail et sous réserve des remarques précédentes, la situation se présente comme suit:

- a) Dans le domaine de l'assurance-pensions (AVS/AI) et de l'assurance-accidents, les règlements 1408/71 et 574/72 s'apparentent aux conventions que la Suisse a conclues avec tous les Etats membres de la CE et de l'AELE, sauf l'Irlande et l'Islande. En outre, nos conventions reposent sur les mêmes principes que le droit communautaire, à savoir, l'égalité de traitement, l'affiliation au lieu de travail, la totalisation des périodes d'assurance (avec, dans certains cas, un calcul des prestations au pro rata des périodes accomplies dans chacun des Etats) et l'exportation des prestations.

Toutefois, pour tenir compte des spécificités de la législation suisse et pour des motifs d'ordre financier, nos conventions ne vont pas aussi loin que le droit communautaire dans la mise en oeuvre de tous les principes mentionnés ci-dessus (par exemple, pas d'égalité de traitement en ce qui concerne l'AVS/AI facultative, ouverte aux seuls ressortissants suisses; pas d'égalité de traitement en ce qui concerne l'octroi des rentes extraordinaires de l'AVS/AI et des prestations complémentaires AVS/AI).

- b) En matière d'assurance-maladie, seul l'accord avec la RFA prévoit une certaine coordination similaire à celle prévue dans les règlements cités.
- c) Nos conventions bilatérales ne contiennent aucune coordination générale ni des régimes cantonaux d'allocations familiales (exception faite du Liechtenstein) ni du régime des prestations complémentaires.
- d) En matière d'assurance-chômage, le droit interne suisse ne reconnaît pas les principes de la totalisation des périodes d'assurance et de l'exportation des prestations prévues par le droit communautaire.

La Suisse a cependant admis le principe de la totalisation par le biais d'accords (bateliers rhénans, frontaliers). N'étant pas étrangère à notre système, la totalisation - que le droit communautaire soumet à la condition de la réalisation en dernier lieu de périodes d'assurance dans l'Etat compétent (Suisse) - pourrait donc être reprise.

L'exportation de prestations - limitée à 3 mois et soumise à des conditions précises par le droit communautaire - est également compatible avec notre système qui aujourd'hui déjà prévoit d'indemniser (durant un mois au maximum) un chômeur cherchant un emploi à l'étranger. Sur le plan politique: les différences de niveaux de vie entre les Etats pourraient

inciter un certain nombre de chômeurs à bénéficier de cette institution sans que le but premier soit la recherche d'un emploi.

La reprise des dispositions communautaires obligerait la Suisse à examiner l'adaptation ou la dénonciation des accords bilatéraux conclus avec les Etats voisins partiellement incompatibles avec l'acquis communautaire.

La totalisation et l'exportation engendreront l'ouverture et la prolongation de l'indemnisation, ce qui entraînerait des charges financières supplémentaires. A l'inverse, la suppression des rétrocessions financières convenues entre Etats frontaliers permettra de faire une économie de plusieurs dizaines de millions de francs par an.

Les conséquences financières d'une reprise complète de l'acquis communautaire pertinent ne peuvent guère être chiffrées. Toutefois une telle reprise impliquerait certainement des charges financières supplémentaires importantes dues notamment à l'obligation d'exporter des prestations qui ne le sont pas actuellement et à la suppression des délais de carence. En outre, l'on toucherait aux compétences des cantons, ce qui rendrait éventuellement nécessaire des modifications législatives.

143 Le droit communautaire dispose que les obligations de libéralisation ne s'appliquent pas aux emplois dans l'administration publique. Toutefois la Cour de justice de la CE a donné une définition restrictive de l'expression "emplois dans l'administration publique". Si cette définition devait être incluse dans l'acquis communautaire à reprendre - aucune décision n'a été prise jusqu'ici - , nous serions alors amenés à devoir modifier notre législation (par exemple la loi sur les chemins de fer) pour ouvrir l'accès de certains emplois de la fonction publique aux ressortissants de la CE et de l'AELE.

144 Dans la négociation à venir avec la CE, il faudra prendre en compte les intérêts des Suisses de l'étranger. A fin

- 33 -

1989, bien plus de la moitié de la 5e Suisse vit dans les pays de la Communauté - en tout 253'200 personnes. Ceux qui ne possèdent que la seule nationalité suisse sont moins nombreux - 74'420 - mais ils représentent néanmoins un tiers de nos compatriotes uniquement suisses dans le monde.

La situation des Suisses de l'étranger, par rapport au marché intérieur européen, touche des aspects qui relèvent de nombreux domaines: séjour et établissement, accès à l'emploi et à la formation, reconnaissance des titres et diplômes professionnels et universitaires, domaine de la sécurité sociale, de la fiscalité, possibilités d'investir et d'accéder à la propriété immobilière, contrôles aux frontières, etc.

De manière générale, il ressort des enquêtes faites en 1989 par le DFAE auprès des Ambassades dans l'Europe des Douze et du Secrétariat des Suisses de l'étranger auprès des représentants de sociétés suisses en Europe, que l'on n'a pour ainsi dire pas pu dénoter, de la part des pays de la CE, de véritables discriminations à l'égard de nos citoyens basées sur leur "nationalité non-communautaire". La lumière est toutefois jetée sur d'autres pratiques, de discriminations "passives" - détérioration progressive du statut des citoyens non-membres comparée à l'amélioration de celle des ressortissants des pays de la CE - et d'effets dérivés de la CE, où les autorités du pays, en l'absence encore d'une directive de la Communauté, n'accordent déjà plus le même traitement privilégié à nos concitoyens.

Des difficultés sont indiquées dans différents secteurs d'activité professionnelle pour obtenir un permis de travail: de surcroît, l'obtention du permis de séjour est fortement liée à l'existence préalable d'un permis de travail. Les démarches et les taxes à payer pour renouveler les permis de séjour dans la plupart des cas relevés montrent que ces autorisations ne sont que de durée limitée et ne sont pas transférables dans un autre pays de la CE, comme aussi c'est le cas pour les prestations des assurances sociales.

Il est constaté enfin que les traités d'établissement et les accords bilatéraux ne sont plus garants d'être véritablement mis en pratique par les autorités administratives.

En conclusion il deviendra de plus en plus difficile pour les Suisses d'émigrer - même temporairement - vers la CE.

145 L'acquis consacre aussi le principe de non discrimination entre ressortissants communautaire pour l'accès à l'exercice des professions réglementées (reconnaissance des diplômes et des expériences professionnelles), qu'elles soient libérales ou autres, qu'elles nécessitent ou non une formation scientifique, que ce soit comme salarié ou indépendant.

Ce domaine étant principalement réglé par les cantons, la reprise de l'acquis va nécessiter une adaptation de leurs lois dans la mesure où elles opèrent une discrimination entre les ressortissants suisses (voir les indigènes) et les étrangers, et où elles posent des exigences différentes de l'acquis. Il n'existe pas d'études d'ensemble qui permettent de se faire une idée précise de l'ampleur de modifications que les cantons devront apporter à leurs législations. Mais, on peut compter qu'elles seront importantes. Pour le savoir plus exactement il faudrait entreprendre une étude systématique de l'ensemble des droits cantonaux concernant l'accès aux professions réglementées.

S'agissant du droit fédéral, la reprise de l'acquis n'aurait d'effets notables que sur la législation concernant les diplômes des professions de médecin, de pharmacien et de vétérinaire, de dentiste, de géomètre et de chimiste en denrées alimentaires. Elle devrait être modifiée pour éliminer les discriminations qui existent entre ressortissants suisses et étrangers, et entre diplômes suisses et étrangers. S'agissant des médecins, leur nombre par rapport à celui de la population a une influence sur les coûts de la santé. Dans ce contexte, du moment que quelques Etats membres de la CE connaissent un régime d'accès aux caisses d'assurance plus restrictif que la Suisse, se pose la question

de savoir si, à côté de la reconnaissance des diplômes, des mesures d'accompagnement ne devraient pas être prises.

Pour les autres professions, réglementées par les droits cantonaux, la question se pose de savoir s'il convient de laisser aux cantons la possibilité d'adapter leur droit ou si la Confédération devrait légiférer (par exemple, au moyen d'une loi-cadre). Elle pourrait le faire, comme elle l'a déjà fait pour les médecins, les pharmaciens etc, en faisant usage de la compétence que lui confèrent les articles 31 bis et 34 ter. de la Constitution, et en appliquant plus systématiquement son article 33, alinéa 2. La Confédération pourrait ainsi légiférer sur la plupart des professions réglementées. Principales exceptions: les professions paramédicales et sociales, et la profession d'instituteur. La Confédération ne dispose pas de compétences constitutionnelles dans ces derniers domaines. A noter qu'elle n'en a pas non plus pour élever le statut des écoles techniques supérieures et autres établissements du même type, qui sont dans une situation désavantageuse par rapport à leurs homologues dans la CE qui elles se voient reconnaître un statut universitaire. De même, font aussi défaut des compétences constitutionnelles qui permettraient de prescrire aux cantons des exigences minimales conformes au droit communautaire pour l'accès aux professions.

146 L'acquis communautaire prescrit, dans le domaine de la libre circulation des personnes, le libre accès à la propriété immobilière pour les personnes physiques d'un Etat membre qui résident dans un autre Etat membre. Or, la Lex Friedrich limite l'accès à la propriété immobilière, non seulement pour les personnes domiciliées à l'étranger, mais aussi pour les étrangers résidant en Suisse, lorsqu'ils ne sont pas titulaires d'un permis d'établissement (permis C). Pour ces personnes-là, le régime est le suivant:

- obligation d'une autorisation pour acquérir une résidence principale ou un immeuble servant à l'exploitation d'un établissement stable (l'autorisation est accordée en règle générale)

- obligation d'une autorisation pour acquérir une résidence secondaire. L'autorisation est accordée dans les 13 cantons qui ont introduit ce motif d'autorisation.
- obligation d'une autorisation pour acquérir une résidence de vacances. L'autorisation est accordée dans le cadre d'un contingent fédéral et sous réserve de restrictions cantonales ou communales plus sévères.
- interdiction d'investir dans l'immobilier, y compris la parahôtellerie, et d'acheter et de vendre des immeubles à titre professionnel
- interdiction d'acquérir des immeubles agricoles

La reprise de l'acquis nécessiterait une modification de la loi pour abolir ces restrictions. Seule la levée des régimes mentionnés aux trois derniers tirets aurait des conséquences importantes. Elle aurait pour effet d'accoître l'emprise étrangère sur le sol, de favoriser la hausse des prix des biens immobiliers et d'entraîner un gonflement des infrastructures.

147 La simplification des contrôles à la frontière pour les personnes sera également à l'ordre du jour des négociations. Toutefois comme il n'existe pas d'acquis communautaire dans ce domaine et qu'aucune autre base juridique n'a été discutée durant la phase exploratoire, il n'est pas possible, à ce stade, de se rendre compte du contenu du traité et de ses implications sur le droit suisse. On peut penser que le traité pourrait contenir une clause donnant le droit ou la possibilité aux pays de l'AELE de participer aux pourparlers en cours dans la CE en cette matière.

15 Flankierende Politiken

Im Mandatsvorschlag der EG-Kommission werden vier Bereiche der Flankierenden Politiken hervorgehoben, die in engem Zusammenhang mit den vier Freiheiten stehen und deshalb als relevanter acquis

übernommen werden sollen: die Sozialpolitik, der Umweltschutz, das Gesellschaftsrecht und die Statistik. Für die übrigen Bereiche fasst die EG-Kommission eine verstärkte Zusammenarbeit lediglich auf einer ad hoc Basis ins Auge, gestützt auf eine gegenseitige allgemeine Bereitschaft, die im EWR-Vertrag festzuschreiben wäre.

Bei den Flankierenden Politiken stellen sich die grössten Schwierigkeiten zunächst gegenüber unseren EFTA-Partnern. Die nordischen EFTA-Länder sowie der Beitrittskandidat Österreich streben eine umfassende Übernahme allen EG-Rechts an, während die Schweiz etwas selektiver vorgehen will. Wenn sich die Perspektiven für echte Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der Weiterentwicklung des EWR-Rechts verdüstern, scheint es angezeigt, den Umfang des relevanten *acquis* einzugrenzen. Die nordischen EFTA-Länder gelangen zum genau umgekehrten Schluss: je weniger Mitentscheidung, desto mehr EG-Recht. Dass die EG einen Teil ihres Angebots vom Januar 1989, die gemeinsamen Entscheidungsorgane im EWR, in der Zwischenzeit zurückgenommen hat, scheinen die nordischen EFTA-Partner zu übersehen.

Die eigentliche Ausmarchung ist deshalb zunächst nicht bei unseren Ausnahmebegehren, sondern bei der Relevanz des *acquis*, d.h. beim Umfang des zu übernehmenden EG-Rechts, zu erwarten. Hier stehen wir in schroffem Gegensatz zu unseren Partnern in der EFTA, die teilweise sogar weiter gehen wollen, als es die EG verlangt, z.B. in der Sozialpolitik.

151 Gesellschaftsrecht

Ist das Gesellschaftsrecht grundsätzlich als relevant für den EWR zu betrachten?

Der Vorort und der Gewerbeverband bestreiten die Relevanz des Gesellschaftsrechts oder Teilen davon. Für sie ist die volle Übernahme des relevanten *acquis* im Gesellschaftsrecht für die Verwirklichung der vier Freiheiten nicht notwendig. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass im EWR lediglich grenzüberschreitende Vorgänge zu regeln sind. Demgegenüber bejahen die Vertre-

ter der Arbeitnehmer, der Wissenschaft und die Verwaltung die Relevanz mit dem Hinweis auf die Schaffung von binnenmarktähnlichen Verhältnissen, welche eine gewisse Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig macht. Damit soll die erforderliche Rechtssicherheit geschaffen und die Abwanderung von Unternehmen in Staaten mit tieferen Anforderungen vermieden werden.

Der interdepartementale Ausschuss für die europäische Integration ist mehrheitlich der Auffassung, dass die verabschiedeten gesellschaftsrechtlichen Richtlinien zum relevanten *acquis* gehören. In Vorbereitung befindliches EG-Gesellschaftsrecht soll dagegen nicht zum relevanten *acquis* gezählt werden. Es handelt sich um folgende Vorschläge:

- Vorschlag für eine 5. Richtlinie: Ihr Gegenstand ist die Struktur der AG (besonderes Aufsichtsorgan) und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. In der EG umstritten.
- Vorschlag für eine 10. Richtlinie: Grenzüberschreitende Fusionen, Zusammenhang mit der 5. Richtlinie (Mitbestimmung). In der EG umstritten.
Für das EFD sind die 5. und 10. Richtlinie wegen der unausweichlichen Mitbestimmungsfrage relevant.
- Vorschlag für eine 13. Richtlinie: Öffentliche Übernahmeangebote. Sie bezweckt die Transparenz im Übernahmewesen. Baldige Verabschiedung wahrscheinlich.
- Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der europäischen Aktiengesellschaft (SE): Schaffung einer einheitlichen Rechtsform, um grenzüberschreitende Neuorganisationen zu erleichtern. Die SE als AG europäischen Rechts ist ein zusätzliches, frei wählbares Instrument, eine Option.
- Vorschlag für eine Richtlinie zur Ergänzung des SE-Statuts. Es werden drei Mitbestimmungsmodelle vorgesehen.
 1. Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichts- bzw. Verwaltungsorgan selber (analog BRD);
 2. Arbeitnehmer bilden besonderes Kontrollorgan;
 3. Gesamtarbeitsvertragliche Lösung, die bestimmte Mindestanforderungen erfüllt.

In der EG konzentriert sich die Mitbestimmungsdiskussion zurzeit auf das Statut der europäischen Gesellschaft. Für uns scheint ein Spielraum wahrscheinlich, da die Mitbestimmung als Strukturelement - stark umstritten in der EG selbst - zumindest vorerst kaum zum harten Kern der EWR-Regeln gehören dürfte. Auch hier stellt sich die Grundsatzfrage, ob und wie unser Land an der Weiterentwicklung des EWR-Rechts mitwirken kann und welches der Preis eines künftigen, partiellen Nichtnachziehens wäre.

Für die öffentlichen Übernahmeangebote kennt die Schweiz noch keine Regelung. Die Vereinigung der Schweizer Börsen hat einen Uebernahmekodex erlassen. Er geht wesentlich weniger weit als der Vorschlag der EGK für die 13. Richtlinie. Die Anpassung könnte im Rahmen eines neuen Börsengesetzes erfolgen.

Die seit langem laufende schweizerische Aktienrechtsrevision (Obligationenrecht) lässt keine Konformität mit dem geltenden EG-Recht (9 Richtlinien, 1 Verordnung) erzielen. Eine Anschlussrevision erscheint daher unumgänglich.

Das strukturelle Hauptproblem bei der Übernahme des EG-Gesellschaftsrechts liegt darin, dass das schweizerische Recht die Rechtsform der AG auch Klein- und Kleinstgesellschaften zur Verfügung stellt. Die EG-Normen sind demgegenüber hauptsächlich auf Grossgesellschaften zugeschnitten. EG-Vorschläge für zusätzliche Erleichterungen zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen könnten dieses strukturelle Problem, auf das vor allem der Gewerbeverband hinweist, entschärfen.

In einer Anschlussrevision müsste das Aktienrecht namentlich in folgenden Punkten angepasst werden:

- Rechnungslegung und Buchführung: Gliederung, Detaillierungsgrad, Transparenz, stille Reserven nur in begrenztem Umfang möglich (1., 4., 7., und 11. Richtlinie);
- berufliche Anforderungen (Hochschulniveau) an die Rechnungsprüfer (8. Richtlinie);

- Vinkulierungsrecht, soweit nach der Revision des Aktienrechts noch eine Diskriminierung nach Nationalität vorliegen wird.

Durch die Übernahme des modernen EG-Gesellschaftsrechts entsteht erhöhte Transparenz mit Vorteilen für Aktionäre, Gläubiger und Arbeitnehmer. Unternehmen können korrekter bewertet werden, was die Gefahr unfreundlicher Übernahmen verringert. Von publizitätsscheuen Unternehmern wird eine erhöhte Transparenz abgelehnt. Für kleine und mittelgrosse Gesellschaften können gewisse zusätzliche Kosten entstehen. International tätige Firmen haben sich bereits weitgehend angepasst.

152 Sozialpolitische Aspekte

Im sozialpolitischen "acquis" fordert die Schweiz - ähnlich wie die EG-Kommission - eine Konzentration auf das Wesentliche. Damit steht sie in scharfem Gegensatz zu ihren EFTA-Partnern, die mit Ausnahme Liechtensteins eine umfassende Übernahme der EG-Akte anstreben (einschliesslich in Vorbereitung befindlicher und rechtlich nicht bindender Instrumente).

Das Wesentliche (12 Richtlinien) besteht für uns aus den Gebieten

- Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
- Gleichstellung von Mann und Frau;
- Arbeitsrecht.

Pendente Vorschläge und rechtlich nicht verbindliche Akte zählen wir nicht zum relevanten acquis.

Nachstehend die wichtigsten Anpassungen, die sich aus der Übernahme des relevanten acquis ergeben:

- Im Gegensatz zum EG-Recht kennt unser Recht hinsichtlich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz noch keine institutionelle Konsultation und Mitwirkung der Arbeitnehmer. Es wäre allenfalls ein Mitwirkungsgesetz ins Auge zu fassen. Andernfalls wären die Mitwirkungsmöglichkeiten im Arbeitsgesetz und

im Unfallversicherungsgesetz zu verstärken. Auch verschiedene Verordnungen im Bereich der Unfallversicherung werden Anpassungen benötigen.

- Der Grundsatz der Gleichbehandlung und Gleichstellung von Mann und Frau ist in der Verfassung festgeschrieben. Einige Anpassungen sind insbesondere im Obligationenrecht, in den Bundesgesetzen über die berufliche Vorsorge und über die Krankenversicherung sowie im Unfallversicherungsgesetz erforderlich. Die derzeit noch im Bereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung bestehenden Ungleichheiten, die nicht EG-konform sind, werden mit Inkrafttreten der 10. Revision beseitigt.
- Im Arbeitsrecht muss das Obligationenrecht angepasst werden, um den Tatbestand der Massentlassungen einzuführen und den Arbeitnehmer-Vertretern gewisse Mitwirkungsrechte zu sichern. Auch die Wahrung der Arbeitnehmerrechte bei Firmenübertragungen bedingt Anpassungen im Obligationenrecht (Art. 333).

Die Arbeitgeber und das Gewerbe lehnen den Einbezug von sozialpolitischen Elementen in den EWR rundweg ab. Umgekehrt will der Gewerkschaftsbund den EWR zugunsten des EG-Beitritts fallenlassen, wenn der EWR sozialpolitisch nichts bringt. Mit der mittleren Lösung eines eingeschränkten *acquis* sollten die heutigen Probleme überwindbar sein.

Erneut stehen wir jedoch vor der Frage, ob und wie unser Land an der Weiterentwicklung des EWR-Rechts mitwirken kann und welches der Preis eines künftigen, partiellen Nichtnachziehens wäre.

153 Umwelt

Im allgemeinen sind die Umweltvorschriften der EFTA-Länder strenger als diejenigen der EG. Die EFTA-Länder sind sich einig, dass eine Harmonisierung nach unten nicht in Frage kommt.

Im Bereich der horizontalen, nicht produktbezogenen Umweltbestimmungen sind keine wesentlichen Anpassungen erforderlich.

Schwierigkeiten bestehen bei den produktbezogenen Umweltbestimmungen. Sie werden im Abschnitt 113 Beseitigung Technischer Handelshemmnisse unter dem Titel "Freier Güterverkehr" dargelegt (S. 3 ff). Unser Ziel ist ein hohes Schutzniveau. Deshalb werden wir Übergangslösungen fordern, die nicht zeitlich, sondern qualitativ definiert sind. Hier könnte allerdings das Problem einer Stillstandsverpflichtung auftreten.

Das Kernproblem ist das potentielle Spannungsverhältnis zwischen freiem Güterverkehr und dem Umweltschutz. In der EG kommt der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg (EuGH) entscheidende Bedeutung zu. Bisherige Entscheide lassen berechnigte Hoffnungen aufkommen, dass der EuGH dem Umweltschutz eine wichtige Stellung einräumt. Es wird zu prüfen sein, ob auch im EWR dieser potentielle Zielkonflikt kasuistisch anzugehen ist.

Ein aktuelles Beispiel dieser Problematik ist der schweizerische Verordnungsentwurf für Getränkeverpackungen.

154 Konsumentenschutz

Die Übernahme des relevanten *acquis* erfordert vorerst keine grösseren Anpassungen in der Schweiz. Ausnahmen bilden die beiden Fragen Produktesicherheit (STEG) und Produktheftung (OR). Bei ersterer könnte man durch eine Verallgemeinerung des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten die notwendige Anpassung herbeiführen. In der EWR-Systematik gehört erstere teilweise und letztere ganz in das Kapitel freier Warenverkehr.

155 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Der relevante *acquis* ist nicht rechtsverbindlicher Natur, sondern besteht hauptsächlich aus Programmen und Empfehlungen. Es ist noch nicht geklärt, wie die künftige Zusammenarbeit im EWR-Vertrag zu regeln ist.

156 Forschung und Entwicklung

Der relevante acquis ist im wesentlichen nicht rechtsverbindlicher Natur. Das Hauptziel der EFTA-Länder ist die volle und gleichberechtigte Teilnahme am mehrjährigen EG-Rahmenprogramm. Sie fordern die Verankerung dieses Ziels und der Modalitäten im EWR-Vertrag.

Die Vollbeteiligung am Rahmenprogramm bedeutet für die Schweiz eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die Forschung.

157 Bildung

Mit Ausnahme der Berufsbildung ist die rechtliche Basis für die EG-Kompetenz umstritten. Dementsprechend besteht der relevante acquis zum grossen Teil aus nicht rechtsverbindlichen Akten und Beschlüssen für Förderungsprogramme. Wie die künftige Zusammenarbeit im EWR festzulegen ist, bedarf der Klärung. Es wird wie in der Forschung eine gleichberechtigte Teilnahme an den Förderungsprogrammen gefordert. Im Bereich des relevanten acquis stellen sich keine nennenswerten rechtlichen Probleme. Indessen ist der Kompetenz der Kantone Rechnung zu tragen.

158 Tourismus

Der relevante acquis ist beschränkt und nicht rechtsverbindlicher Natur. Die verstärkte Zusammenarbeit wird beidseits bejaht. Es stellen sich keine Anpassungsprobleme.

159 Bevölkerungsschutz

Der kleine relevante acquis ist nicht rechtsverbindlich. Die Übernahme stellt keine Probleme.

1510 Europa der Bürgerinnen und Bürger

Hier wurde der relevante acquis noch nicht festgelegt. Probleme sind kaum zu erwarten.

1511 Statistische Zusammenarbeit

Die Statistik in der Schweiz entspricht in wichtigen Bereichen den Anforderungen der EG nicht. Doch ist dies nicht eine Frage fehlender rechtlicher Grundlagen, sondern weitgehend ein Problem von Ressourcen.

Die Übernahme des gesamten relevanten acquis wäre nicht unmöglich, hätte aber beträchtliche finanzielle und personelle Konsequenzen.

Möglicherweise kommt bei den Flankierenden Politiken noch ein Bereich hinzu: die nukleare Sicherheit. Die Liste der relevanten Texte liegt noch nicht vor; es werden voraussichtlich keine Ausnahmen beantragt werden müssen.

2 Zeitlich nicht befristete Ausnahmen

21 Warenverkehr

211 Beseitigung technischer Handelshemmnisse

211.1 Masse und Gewichte gewisser

Motorfahrzeuge 85/3/EWG (inkl. Erg.) L 2/85

22 Libre circulation des services

221 Services audiovisuels

Nous n'avons pas de problèmes si l'acquis à intégrer dans le traité est la Convention européenne sur la télévision transfrontière du Conseil de l'Europe du 5.5.1990, comme le demandent les pays de l'AELE. Par contre, si l'acquis définitivement repris sera la directive sur la télévision du 3.10.1989, ce que veut la CE, la Suisse demande une exception non limitée dans le temps sur les points les plus délicats on cherche une solution spéciale qui permet d'éviter:

- la retransmission de programmes dont la publicité s'adresse spécifiquement à la Suisse et met en péril notre système audiovisuel;
- l'obligation d'avoir un quota de 50% d'oeuvres d'origine européenne dans les programmes de la télévision suisse;
- ou de limiter la retransmission de programmes contenant de la publicité pour l'alcool.

Enfin, une solution qui aboutirait à exclure du traité EEE les services audiovisuels ne poserait pas de problèmes étant donné que la libre circulation des programmes existe déjà en Europe grâce à la Convention TV du Conseil de l'Europe.

222 Transports terrestres

La Suisse demande une exception permanente afin de permettre le maintien pour les camions de la limite maximale de poids à 28 tonnes et de la défense de circuler la nuit et le dimanche.

23 Libre circulation des capitaux

Nous partons de l'idée que la Suisse pourra maintenir son autonomie dans sa politique à l'égard des mouvements de capitaux en provenance et en direction des pays tiers.

Le maintien des dispositions essentielles de la Lex Friedrich demande une exception à la directive sur la libéralisation des mouvements de capitaux (88/361/CEE) en ce qui concerne:

- a) les investissements dans des biens immobiliers qui ne sont pas directement liés à l'établissement ou à une activité professionnelle d'un étranger en Suisse;
- b) les investissements directs dans les secteurs de l'agriculture, de l'immobilier (Immobilien-gewerbe) et de la para-hôtellerie (terrains de camping; location de maisons de vacances).

24 Libre circulation des personnes

La Suisse a demandé deux exceptions permanentes:

- l'une, pour pouvoir maintenir son système de limitation du nombre des étrangers, c'est-à-dire l'aspect quantitatif de sa politique à l'égard des étrangers. Cette exception est justifiée par le nombre élevé de ressortissants étrangers, et particulièrement communautaires, travaillant et/ou résidant en Suisse. Pour pouvoir assurer une telle limitation, il sera nécessaire de maintenir des réserves quant au travail saisonnier tel qu'il est prévu dans le droit communautaire et également quant à la durée des prestations de services. Pour ces deux catégories, il s'agit de pouvoir maintenir un régime d'autorisation et de limitation de la durée du séjour. Il reste, en ce qui concerne le statut de saisonnier, à décider entre une exception non limitée dans le temps ou, à terme, une harmonisation avec le droit communautaire qui permet notamment le groupement familial.
- l'autre, pour pouvoir maintenir les restrictions de la Lex Friedrich envers les étrangers non titulaires d'un permis d'établissement (permis C) en ce qui concerne l'acquisition d'une résidence de vacances, les investissements dans l'immobilier, y compris la para-hôtellerie, la vente et l'achat d'immeubles à titre professionnel et l'acquisition d'immeubles agricoles.

25 Flankierende Politiken

251 Gesellschaftsrecht

Es ist ein Entscheid zwischen zeitlich unbefristeten Ausnahmen bei der 4., 7., 8., und 11. Richtlinie (stille Reserven/Ausbildung der Rechnungsprüfer) oder einer angemessenen Uebergangslösung zu fällen.

252 Sozialpolitische Aspekte

Bei einer Beschränkung auf das Wesentliche braucht es keine ständigen Ausnahmen.

253 Umweltschutz

keine ständigen Ausnahmen, vorbehaltlich derjenigen im freien Güterverkehr.

254 Konsumentenschutz

keine

255 Kleine und mittlere Unternehmen

keine

256 Forschung und Entwicklung

keine

257 Bildung

keine

258 Tourismus

keine

259 Bevölkerungsschutz

keine

2510 Europa der Bürgerinnen und Bürger

keine

2511 Statistik

Es sind einige dauernde Ausnahmen vorgesehen. Es darf damit gerechnet werden, dass diese von Seiten der EG akzeptiert werden.

3 Begehren für längere Uebergangsfristen

31 Warenverkehr

311 Beseitigung technischer Handelshemmnisse

Vorbemerkung: Bei den unter dieser Ziffer aufgeführten Begehren handelt es sich nicht um eigentliche Übergangsfristen, sondern um Übergangslösungen qualitativer Natur, wobei jeweils zeitlich und inhaltlich fixierte Zielvorgaben festgelegt werden, die künftige für den ganzen EWR-Raum geltende Regelungen erfüllen sollen.

311.1 Lebensmittel

a) Farbstoffe	65/469/EWG (inkl. Erg.)	P 178/65
b) Konservierungsmittel	64/54/EWG (inkl. Erg.)	12/64
c) Antioxidants	70/357/EWG (inkl. Erg.)	L 157/70
d) Emulgatoren, Stabilisatoren	74/329/EWG (inkl. Erg.)	L 189/74
e) Zusatzstoffe	89/107/EWG	L 40/89
f) Pestizidrückstände in Früchten und Gemüsen	76/895/EWG (inkl. Erg.)	L 340/76
g) Pestizidrückstände in Cerealien	86/362/EWG (inkl. Erg.)	L 221/86
h) Keramikgeschirr (Schwermetallgehalt)	84/500/EWG	L 277/84

311.2 Typenprüfung (Betriebserlaubnis) für

- | | | |
|---------------|-------------------------|---------|
| a) Motorwagen | 70/156/EWG (inkl. Erg.) | L 42/70 |
| b) Traktoren | 74/150/EWG (inkl. Erg.) | L 84/74 |

311.3 Abgasvorschriften für

- | | | |
|------------------------------------|--|---------------------|
| a) Motorwagen mit
Benzinmotoren | 70/220/EWG (inkl. Erg.) | L 76/70 |
| b) Motorwagen mit
Dieselmotoren | 88/77/EWG und
72/306/EWG (inkl. Erg.) | L 36/88
L 190/72 |
| e) Traktoren
(Rauchemissionen) | 77/537/EWG (inkl. Erg.) | L 220/77 |

311.4 Lärmvorschriften für

- | | | |
|---------------|--------------------------|----------|
| a) Motorwagen | 70/157/EWG (inkl. Erg.) | L 42/70 |
| b) Traktoren | 74/151/EWG (inkl. Erg.) | L 84/74 |
| c) Motorräder | 78/1015/EWG (inkl. Erg.) | L 349/78 |

311.5 Lärmvorschriften für

- | | | |
|----------------|------------------------|---------|
| Kleinflugzeuge | 80/51/EWG (inkl. Erg.) | L 18/80 |
|----------------|------------------------|---------|

- | | | |
|---|-------------------------|---------|
| 311.6 Handelsdünger
(Schwermetallgehalt) | 76/116/EWG (inkl. Erg.) | L 24/76 |
|---|-------------------------|---------|

311.7 Chemikalien

- | | | |
|---|-------------------------|----------|
| a) Gefährliche
Substanzen | 67/548/EWG (inkl. Erg.) | L 196/67 |
| b) Gefährliche
Zubereitungen | 88/379/EWG (inkl. Erg.) | L 187/88 |
| c) Einschränkung betr.
Inverkehrbringen und
Gebrauch gewisser
Chemikalien, nament-
lich f. PCB, PCT,
Pentachlorphenal,
Benzol, Asbest und
Cadmium. | 76/769/EWG (inkl. Erg.) | L 262/76 |

311.8 Waschmittel

(CH-Phosphatverbot) 73/404/EWG (inkl. Erg.) L 347/73

311.9 Pestizide

78/631/EWG (inkl. Erg.) L 206/78

312 Oeffentliches Beschaffungswesen

Die Anpassung der Rechtsvorschriften in den Kantonen und Gemeinden erfordert eine Frist von drei Jahren.

313 Produktehaftpflicht

Die Einführung eines neuen Haftungsgesetzes erfordert eine Anpassungsfrist von vier bis fünf Jahren.

32 Libre circulation des services**321 Services financiers**

De longues périodes transitoires (5 ans ou plus) devront être demandées pour:

- la modification des dispositions du Code des obligations sur la présentation des comptes et sur les règles de consolidation;
- d'éventuelles adaptations de notre réglementation sur certains aspects de l'entraide administrative;

En outre, dans les différents secteurs, de longues périodes transitoires seront nécessaires pour:

- la modification de la loi fédérale sur les banques;
- la modification de la loi fédérale sur les fonds de placement;
- la mise en oeuvre d'une nouvelle législation dans le domaine de l'assurance vie;

- 51 -

- la modification de la loi sur la prévoyance professionnelle;
- l'adoption d'une nouvelle législation sur les bourses et d'une nouvelle législation sur les marchés financiers.

322 Services de communication et d'information

Une période transitoire de cinq ans doit être demandée pour transposer dans le droit suisse (loi sur les télécommunications) les modifications nécessaires dans le domaine des télécommunications.

Dans le domaine des services audiovisuels, au cas où la directive TV du 3.10.1989 serait incluse dans le traité sur l'EEE, une période transitoire serait nécessaire pour l'application de l'art. 7 sur les quotas réservés aux producteurs indépendants.

323 Transports

La Suisse demandera une période transitoire afin de pouvoir maintenir les dispositions concernant les prescriptions sociales pour les conducteurs de poids lourds, jusqu'au moment où un nouvel accord AETR aura été négocié dans le cadre de la Commission Economique pour l'Europe. Il est en effet possible que les règles communautaires doivent être modifiées en fonction des résultats de cette négociation et qu'elles se rapprochent ainsi des dispositions suisses qui sont plus "sociales".

De longues périodes transitoires seront nécessaires pour:

- la modification de la loi sur la circulation routière et de ses ordonnances;
- la création d'une nouvelle législation réglant l'accès à la profession de transporteur routier;
- la modification de la régle suisse des Postes;

- 52 -

- la levée de l'interdiction du cabotage routier;
- la modification de la loi fédérale sur les chemins de fer fédéraux et de la loi fédérale sur les chemins de fer;
- la modification de la loi sur le service des Postes;
- la modification de la loi fédérale sur le transport public;
- la modification de la loi sur la navigation aérienne;
- la création d'une nouvelle base légale pour régler l'accès à la profession de transporteurs de marchandises par voie maritime et fluviale et la reconnaissance mutuelle des diplômes dans ces domaines;
- la modification de la loi sur la navigation maritime.

33 Libre circulation des capitaux

Aucune longue période transitoire nécessaire.

34 Libre circulation des personnes

La Suisse a demandé de pouvoir disposer de longues périodes transitoires (au minimum 5 ans) dans deux cas:

- pour pouvoir, le cas échéant, adapter son régime de sécurité sociale, cela en raison de la complexité des problèmes législatifs à résoudre.
- concernant l'exercice des professions réglementées par le droit cantonal, en raison de la longueur des procédures législatives de la plupart des cantons. Dans ce domaine, l'acquis communautaire comprend environ 80 textes communautaires.

Une longue période transitoire est à prévoir pour adapter le statut de saisonnier suisse à celui de la CE.

35 Flankierende Politiken**351 Gesellschaftsrecht**

Bei der Übernahme ist generell eine längere Übergangsfrist vorzusehen.

352 Sozialpolitik

Längere Übergangsfristen sind für die Anpassung des Unfallversicherungsgesetzes, des OR, des Krankenversicherungsgesetzes und des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge nötig. Zudem ist ein Mitwirkungsgesetz ins Auge zu fassen.

353 Umweltschutz

Längere Übergangsfristen sind nicht notwendig.

354 Konsumentenschutz

Übergangsfristen bei folgenden Punkten:

- Produkthaftung; Vertragsrecht (OR)
- Produktesicherheit; Verallgemeinerung des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG).

355 Kleine und mittlere Unternehmen

keine

356 Forschung und Entwicklung

keine

357 Bildung

keine

358 Tourismus

keine

359 Bevölkerungsschutz

keine

3510 Europa der Bürger

keine

3511 Statistische Zusammenarbeit

Generelle Übergangsfrist bis 1995

4 Dialogue politique

41 Lors de leur réunion du 19 décembre à Bruxelles les Ministres des pays membres de l'AELE et de la CE ainsi que la Commission des CE se sont déclarés d'accord pour envisager un EEE comprenant une formule de dialogue politique, y compris au niveau ministériel (ch. 9 de la déclaration commune). L'initiative venait de la Commission qui, depuis lors, a réitéré son intérêt pour inclure un tel dialogue. Bien que cette question n'ait jamais été vraiment discutée durant la phase d'exploration, il faut s'attendre à ce qu'elle soit abordée lors des négociations.

42 Dans cette perspective, il faut donc nous fixer une position de négociation. Elle devrait être déterminée en prenant en compte les considérations suivantes:

- notre intérêt à ce que l'EEE comporte un volet politique. Il contribuerait à rehausser le profil de l'EEE et à montrer sa capacité d'évoluer, à développer sa vitalité et à le rendre

attractif aux pays d'Europe centrale et orientale. Un dialogue dont la perspective serait un élargissement de l'EEE à ces pays ajouterait à la crédibilité et à la raison d'être de l'EEE;

- les exigences liées au maintien d'une politique de neutralité crédible;
- l'existence d'autres forums européens de dialogue politique tels que la CSCE et le Conseil de l'Europe.

43 Pour répondre à ces exigences, le dialogue politique devrait avoir un contenu limité:

- le dialogue pourrait comprendre les questions de politique étrangère actuellement traitées dans le cadre de la Coopération politique européenne (CPE);
- il pourrait englober des échanges de vues dans la perspective de réunions qui ont lieu dans d'autres enceintes internationales;
- il pourrait comprendre également les questions liées à l'orientation de l'EEE à moyen terme et aux relations avec les pays tiers;
- les questions de politique de sécurité prises au sens étroit devraient être exclues du dialogue.

44 Pour répondre à ces exigences, le dialogue politique devrait en outre se cantonner à des modalités précises:

- pour les questions de politique étrangère (CPE) le dialogue pourrait aller au-delà de la pratique actuelle (échange de vues bilatéral du Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères avec son homologue du pays à la présidence de la CE), et inclure également un échange de vues bilatéral au niveau des ministres des affaires étrangères;

- pour les questions liées à l'orientation de l'EEE à moyen terme et les relations avec les pays tiers, une coopération multilatérale peut entrer en ligne de compte, mais à condition, s'agissant des relations avec les pays tiers, que la coopération n'aille pas jusqu'à mettre en cause l'autonomie des pays de l'AELE;
- pour toutes ces questions où une coopération multilatérale peut entrer en ligne de compte, chaque pays de l'AELE doit pouvoir s'exprimer individuellement avec la CE. Les pays de l'AELE n'auraient pas à s'exprimer d'une seule voix.

5 Questions juridiques et institutionnelles essentielles

51 Liens entre les aspects matériels et les aspects institutionnels

Il existe un lien indissoluble entre l'objectif matériel de la négociation (reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire identifié conjointement) et la mise en place d'une structure institutionnelle qui doit être conçue de manière à garantir une égalité des droits et obligations des parties contractantes en matière d'élaboration et d'adoption des règles communes et qui doit prévoir des modalités efficaces de contrôle de l'application et de l'interprétation uniforme du droit de l'Espace économique européen.

52 Procédures d'élaboration et d'adoption des futures règles EEE

521 Mécanisme de décision commun

Pour les pays de l'AELE, l'exigence d'un véritable mécanisme de prise de décision commun statuant par consensus constitue - aujourd'hui encore - un préalable fondamental pour que le Traité instituant l'EEE (ci-après: TEEE) puisse être accepté politiquement. Un tel mécanisme est indispensable si l'on veut établir un

droit de l'EEE (droit international public) indépendant du droit communautaire: le droit communautaire continuerait de s'appliquer aux relations juridiques à l'intérieur de la CE alors que les règles EEE s'appliqueraient aux relations entre la CE et les Etats membres de l'AELE ainsi qu'entre ces derniers.

Pour la Suisse, la distinction entre règles de l'EEE (droit international public) et droit communautaire est essentielle. L'idée d'une extension de l'application de ce droit (en tant que droit communautaire) sur notre territoire est inacceptable aussi bien juridiquement que politiquement. D'autre part, le développement ultérieur des règles de l'EEE ne pourra résulter que de décisions communes de toutes les parties contractantes de l'EEE. Il s'agit là d'exigences minimales absolues pour notre pays.

Dans les conclusions communes du HLSG du 20 mars 1990, il a été convenu que le mécanisme de décision EEE devrait assurer que les points de vue respectifs des parties contractantes soient pris en compte par les autres parties contractantes avant que celles-ci prennent une décision finale concernant des règles pertinentes pour l'EEE. Il s'agit en particulier d'éviter que les pays de l'AELE soient placés par la CE dans une situation de fait accompli.

La Commission des CE, dans sa proposition de directives de négociations, estime que: "La structure de prise de décision au niveau l'Espace Economique Européen devrait permettre à la Communauté de préserver la pleine autonomie de tous les aspects de son processus de décision interne. Dans cet esprit, l'accord devra prévoir dans les domaines couverts par l'accord des dispositions appropriées pour faciliter, par une information et consultation réciproques, la formation, tout à la fin du processus, d'un accord entre les Parties Contractantes, étant entendu que ce processus ne devra pas retarder la prise de décision de la Communauté. Du côté communautaire, il appartiendra à la Commission d'organiser ce processus; un mécanisme analogue devrait être mis en place par l'AELE." Sur cette base, les chances d'obtenir un véritable mécanisme de prise de décision commun

sont relativement faibles. En effet, si la CE entend préserver sa pleine autonomie de décision, quel type de procédure de décision commune pourra-t-elle accepter?

Le niveau des exigences des pays de l'AELE dans ce domaine dépendra de la qualité des procédures d'information et de consultation réciproques qui précéderont les décisions communes. C'est seulement à la condition que la CE garantisse la prise en compte des intérêts des pays de l'AELE, que ces derniers pourront éventuellement accepter un mécanisme de décision qui ne respecte pas tout-à-fait l'égalité des parties contractantes (par exemple: procédure selon laquelle la CE prendrait systématiquement des décisions affectant l'EEE avant que l'organe décisionnel EEE ait statué dans le domaine en question).

522 Elaboration des futures règles EEE

Lors de l'élaboration des règles de l'EEE, les pays de l'AELE et de la CE devraient être placés sur pied d'égalité, de sorte que ces règles ne soient pas prédéterminées par la CE. Cela implique que des experts et représentants des pays de l'AELE puissent participer le plus rapidement possible à l'élaboration de toutes les futures règles EEE. Lorsque la CE préparera des règles communautaires ayant une incidence sur l'EEE, elle devra être prête à négocier avec les pays de l'AELE l'adoption des règles EEE correspondantes. Si un accord ne peut être réalisé pendant le délai convenu les parties contractantes recouvrent leur pleine autonomie de décision.

Après l'entrée en vigueur du TEEE, des adaptations des règles de l'EEE devraient certainement intervenir fréquemment. Là aussi, les pays de l'AELE devraient être placés sur pied d'égalité avec la CE pour éviter que cette dernière impose (de facto mais non de jure, bien sûr) de telles adaptations unilatéralement. En conséquence, les pays de l'AELE devront obtenir une pleine participation dans les comités chargés de l'application, de la gestion et de la révision des règles EEE. Dans ce domaine dit de la "comitologie", la Commission refuse la constitution de comi-

tés EEE, elle envisage une concertation entre présidents des comités institués par la CE et des comités que les pays de l'AELE devraient constituer pour faire le pendant aux premiers. Cette solution est inacceptable à moins qu'elle soit complémentaire à l'institution de véritables comités EEE. Un comité d'experts ou représentants des pays de l'AELE n'a de sens que s'il vise à définir la position commune de ces pays dans le cadre des discussions au niveau EEE. En effet, il ne saurait être question de règles AELE parallèles aux règles communautaires, il s'agit d'élaborer, adopter puis adapter des règles EEE.

523 Délégation de compétence

Pour la CE, le fonctionnement de l'EEE ne devra en aucun cas ralentir le processus d'achèvement de son marché intérieur. Cela signifie que le mécanisme de décision EEE doit être rapide de manière à ce que l'adoption des règles EEE soit antérieure ou simultanée à l'adoption des règles communautaires pour éviter toute situation de fait accompli (sous réserve de la position de repli décrite à la fin du ch. 521). Une large délégation de compétence devrait être donnée aux gouvernements des parties contractantes ou à l'organe décisionnel EEE pour assurer le fonctionnement de l'EEE en exécution des engagements souscrits dans le TEEE. Une telle délégation de compétence pourrait être octroyée d'autant plus facilement si les mécanismes de décision au niveau EEE étaient véritablement communs et équilibrés et si les mécanismes d'élaboration des règles EEE réservaient une place importante à la consultation des législatifs des parties contractantes. Si ces conditions n'étaient pas réunies, les droits des pouvoirs législatifs suisses devraient être réservés, empêchant ainsi toute délégation de compétence significative.

53 Théorie des deux piliers (CE-AELE)

La Commission exclut toute procédure et tout organe qui pourrait compromettre la pleine autonomie de décision de la CE. Par conséquent, elle envisage une structure basée sur deux piliers (les pays de l'AELE devant constituer un pilier équivalent au pilier

CE) qui pratiqueraient une certaine osmose (information et consultation réciproques) lors de l'élaboration de leurs règles respectives.

L'exigence d'un pilier AELE - formulée avec constance par la Commission depuis le 17 janvier 1989 - est parfaitement acceptable pour la Norvège et l'Islande de même que pour la Finlande mais avec moins d'enthousiasme. Pour l'Autriche et la Suisse (le Liechtenstein ne prend pas position), la constitution d'un pilier AELE en tant que pendant du pilier communautaire n'est pas nécessaire pour assurer le fonctionnement de l'EEE. Il est bien clair cependant que les pays de l'AELE continueront - dans toute la mesure du possible - de parler d'une seule voix lorsque la CE fera de même par la voix de la Commission ou de la Présidence. Le pilier AELE - dans le sens précité - aurait alors seulement pour but de faciliter le fonctionnement des organes EEE. Il ne s'agit pas d'adopter des règles AELE parallèles aux règles communautaires parce qu'un EEE homogène ne peut être réalisé que par l'adoption de règles communes.

54 Surveillance de la mise en oeuvre et de la bonne application des règles EEE

Compte tenu de la nature particulière de l'EEE qui doit d'une part atteindre un haut niveau d'"homogénéité" et d'autre part permettre dans une large mesure aux individus et aux opérateurs économiques d'invoquer les droits que leur confère le TEEE, la nécessité d'instituer des organes de surveillance indépendants est reconnue par tous.

La Commission propose aux pays de l'AELE d'instaurer un organe AELE qui serait doté de compétences équivalentes aux siennes en matière de surveillance (système des deux piliers que la Norvège et l'Islande seraient prêts à accepter). Quant aux autres pays de l'AELE, ils préféreraient un seul organe de surveillance EEE qui collaborerait avec les autorités nationales des Parties contractantes. Seules les autorités nationales seraient compétentes pour procéder à des enquêtes ou à des mesures de contrainte à l'encontre de leurs assujettis.

55 Organe judiciaire de l'EEE

L'EEE ne pourrait pas être homogène à défaut d'un organe assurant l'interprétation uniforme des règles de l'EEE. Seul un organe judiciaire permettrait d'atteindre efficacement ce but ainsi que d'assurer le règlement des différends.

La Commission a proposé de constituer la juridiction de l'EEE (CJEEE) sur la base de la Cour de justice des CE (CJCE) et à laquelle un nombre approprié de juges des pays de l'AELE serait adjoint.

56 Techniques juridiques d'intégration de l'acquis pertinent dans le TEEE

Les pays de l'AELE ont proposé les méthodes suivantes qui sont susceptibles d'être combinées: intégration textuelle dans le TEEE (y compris annexes et protocoles); intégration par référence à des règles communautaires publiées au Journal officiel des CE; limitation de l'acquis par l'établissement de listes des législations reconnues équivalentes (méthode de la reconnaissance mutuelle). La position de la Commission est encore très floue sauf en ce qui concerne la méthode de la reconnaissance mutuelle qui est jugée très difficilement acceptable du point de vue politique.

La technique juridique d'intégration de l'acquis devra être choisie en fonction de son aptitude à remplir les objectifs suivants:

- garantie de la sécurité et de la clarté juridiques, accessibilité des textes pour l'individu et l'opérateur économique; publication des textes par chacune des parties contractantes selon des critères communs énoncés dans le Traité EEE; octroi de la valeur authentique à chacune des 13 langues officielles de l'EEE (y compris les textes auxquels il est fait référence, le cas échéant); possibilité pour l'individu et l'opérateur économique d'invoquer les textes de l'acquis devant les

juges et autorités des parties contractantes. (y compris les textes auxquels il est fait référence, le cas échéant).

Si ces critères sont observés, la méthode de la référence pourra être utilisée non seulement pour des directives, mais également pour les règlements et toutes autres règles de l'acquis identifié conjointement.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Berne, le 6 juin 1990

Négociation d'un Traité EEE: conditions politiques

CONFIDENTIEL'

In vue de la discussion au Conseil fédéral Au Conseil fédéral des directives
 détaillées de négociation à l'intention de la délégation suisse, le présent
 papier a pour objet de rappeler le contexte de cette négociation, en
 particulier:

- les objectifs fondamentaux de la négociation
- les conditions politiques d'un résultat acceptable
- les difficultés principales de la négociation
- les résultats possibles de la négociation.

Veillez trouver en annexe la note politique concernant la négociation
 d'un Traité EEE annoncée dans notre note du 5 juin dernier.

Dans le contexte européen de la fin du XXe siècle, la Suisse est placée
 devant un choix fondamental:

1.1. Soit cultiver ses particularismes et se replier sur soi, au risque:

- de l'isolement politique

DEPARTEMENT FEDERAL DE
 L'ECONOMIE PUBLIQUE

- d'un développement des forces centrifuges

- de devoir éventuellement se "raccrocher au train" de l'Europe plus
 tard, mais en position de faiblesse et de demandeur.

1.2. Soit participer à la construction de l'Europe du XXIe siècle. Nécessité
Annexe ment. de plus politique qu'économique dans l'immédiat et dont les
 modalités doivent rester flexibles afin de pouvoir être adaptées au
 développement futur sur notre continent.

Dans ce contexte, nous pensons que notre pays doit s'engager résolument dans
 la négociation d'un Traité EEE: depuis la conclusion de la Déclaration de
 Luxembourg en 1984, cette négociation représente la première - et sans doute

le 5 juin 1990

Négociation d'un Traité EEE: conditions politiques

En vue de la discussion au Conseil fédéral et en complément des directives détaillées de négociation à l'intention de la délégation suisse, le présent papier a pour objet de rappeler le contexte de cette négociation, en particulier:

- les objectifs fondamentaux de la négociation
- les conditions politiques d'un résultat acceptable
- les difficultés principales de la négociation
- les résultats possibles de la négociation.

1. Objectifs politiques

Dans le contexte européen de la fin du XXe siècle, la Suisse est placée devant un choix fondamental.

1.1. Soit cultiver ses particularismes et le repli sur soi, au risque:

- de l'isolement politique

- d'un développement des forces centrifuges

- de devoir éventuellement se "raccrocher au train" de l'Europe plus tard, mais en position de faiblesse et de demandeur.

1.2. Soit participer à la construction de l'Europe du XXIe siècle. Nécessité sans doute plus politique qu'économique dans l'immédiat et dont les modalités doivent rester flexibles afin de pouvoir être adaptées au développement futur sur notre continent.

Dans ce contexte, nous pensons que notre pays doit s'engager résolument dans la négociation d'un Traité EEE: depuis la conclusion de la Déclaration de Luxembourg en 1984, cette négociation représente la première - et sans doute

la dernière - tentative réelle d'ouvrir dans nos relations avec la Communauté Européenne une "troisième voie", située à mi-chemin entre l'accession pure et simple à la Communauté et le maintien de notre situation actuelle de coopération ponctuelle, de cas en cas.

2. Conditions d'un résultat acceptable

2.1. Si le second choix décrit ci-dessus est le bon - il est évident qu'il continuera à y avoir des divergences sur la voie à suivre au sein de l'opinion - alors, le Traité devra permettre une solution qui maintienne l'harmonie entre les spécificités suisses et la participation à l'Europe - faute de quoi un tel Traité n'a aucune chance d'être accepté en votation populaire. Ce corollaire conditionne notre participation à la négociation.

2.2. Autre condition essentielle à la négociation: un intérêt politique de l'ensemble des Etats membres de la CE à l'élaboration d'un Traité. Même si les événements des douze derniers mois en Europe ont quelque peu détourné l'attention des capitales des Douze de la mise en place de l'EEE, nous devons partir du principe que l'investissement politique consenti de la part des Douze est suffisant pour motiver un succès.

3. Première conclusion: l'intérêt politique de la "formule EEE" est donc:

- d'apporter une solution à court terme tout en nous laissant une marge de manoeuvre suffisante pour l'avenir. Il faut rappeler ici que la "formule" est dynamique et n'aboutira pas à un état final et définitif
- de nous permettre de bénéficier d'un accès non-discriminé au marché intérieur dans tous ses aspects (par exemple: éducation) tout en ménageant des solutions spéciales - durablement ou transitoirement - en fonction de nos intérêts vitaux (le terme "exception" devrait être abandonné).

4. Les difficultés principales de la négociation

La première constatation qui s'impose est que la négociation sera plus difficile qu'on ne pouvait le penser au début 1989, lors de l'offre du Président Delors d'établir une "forme d'association plus structurée avec des organes communs de décision et de gestion". Les principales difficultés sont de deux ordres:

4.1. La CE a considérablement durci sa position au cours des derniers mois, à la fois pour des raisons internes et externes. D'une part, la CE a aujourd'hui tendance à être plus exigeante sur l'ampleur de l'acquis communautaire à reprendre comme base du futur Traité et, par conséquent, elle semble de moins en moins disposée à accepter des dérogations de la part des pays de l'AELE; d'autre part, la Communauté a considérablement réduit son offre institutionnelle, puisque non seulement il n'est plus question de "mécanismes communs de décision" au niveau de l'EEE, mais qu'en matière consultative aussi (le "décision shaping"), la marge de manoeuvre sera vraisemblablement plus mesurée que prévu, en raison de la nécessité de ne pas octroyer des "pouvoirs consultatifs" plus développés à l'AELE qu'au Parlement européen.

Le durcissement de la position communautaire obéit pour une part à des considérations tactiques externes, normales avant toute négociation et internes (mécontentement du Parlement européen), mais il serait faux de n'y voir que la tactique. Cependant, seule la négociation permettra de faire la part du tactique et du fondamental.

4.2. Les autres difficultés tiennent aux divergences au sein de l'AELE, divergences aggravées par la nécessité de s'exprimer d'une seule voix (ce qui revient à confier à d'autres la défense de ses intérêts). Si les pays de l'AELE ont réussi à demeurer unis tant bien que mal dans les phases préliminaires de la négociation, cette cohésion paraît s'effriter au fur et à mesure où la CE précise ses exigences et où l'on s'approche de la négociation proprement dite. La Suisse - soucieuse de maintenir une saine relation entre la substance et l'équilibre institutionnel de l'accord - a énormément de peine à faire partager ses préoccupations par les quatre pays nordiques.

Deuxième conclusion: les directives de négociation s'appliquent en fait à une négociation en deux étapes:

- premièrement, à l'intérieur de l'AELE (nécessité de parler d'une seule voix)
- deuxièmement, envers la CE.

5. Les résultats possibles de la négociation

Quatre scénarios sont schématiquement imaginables:

- 5.1. Un accord qui comporterait une substance acceptable (reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire, dérogations - durables ou transitoires - pour la Suisse, extension de la coopération en matière de politique d'accompagnement) assortie de dispositions institutionnelles garantissant une égalité des droits et obligations des partenaires.
- 5.2. Un accord qui prévoirait la reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire mais ne comprendrait pas de mécanisme institutionnel équilibré, c'est-à-dire qui ne permettrait pas à notre pays de participer pleinement à l'élaboration et à l'adoption des règles du futur Espace Economique Européen qui s'imposeraient à lui. Une alternative serait toutefois de compenser l'absence de mécanisme institutionnel, par un "opting-out" des pays AELE, soit la faculté de ne pas accepter les règles futures qui ne nous conviendraient pas.
- 5.3. Une solution intermédiaire qui se situerait en quelque sorte à mi-chemin des deux hypothèses précédentes. Il s'agirait par exemple d'un résultat qui limiterait à la fois la reprise de l'acquis communautaire existant et les obligations quant à la future législation de l'Espace Economique Européen, d'une certaine manière "en contrepartie" d'une structure institutionnelle insuffisante. Un tel résultat pourrait créer une situation qui ne serait pas très différente de celle qui prévaut aujourd'hui et constituerait la première étape d'un processus plus long.

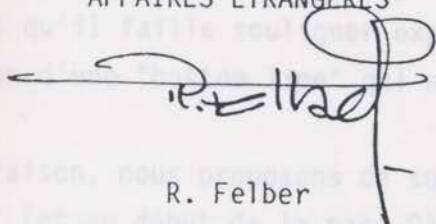
5.4. Un échec de la négociation ne doit pas être totalement exclu

- soit pour l'ensemble de l'AELE
- soit pour la Suisse, si le Conseil fédéral est confronté à une situation où il estime impossible d'accepter le Traité, alors que le reste de l'AELE s'en contenterait.

S'il devait s'avérer - en cours de négociation ou à son terme - qu'une solution équilibrée n'est pas possible (ce pourrait être soit pour des raisons de substance, soit pour des raisons institutionnelles, soit une combinaison des deux facteurs), ce serait au Conseil fédéral d'exercer alors son jugement en fonction de l'ensemble des composantes de la négociation ainsi que des facteurs politiques (intérieurs et extérieurs).

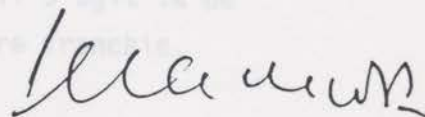
En conclusion générale, si toutes les options présentées ci-dessus sont encore théoriquement possibles, il est néanmoins de moins en moins vraisemblable que nous obtiendrons une solution tout à fait conforme à nos espoirs décrits au point 5.1.

DEPARTEMENT FEDERAL DES
 AFFAIRES ETRANGERES



R. Felber

DEPARTEMENT FEDERAL DE
 L'ECONOMIE PUBLIQUE



J.-P. Delamuraz



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Für die R.R.-Sitzung
 vom 18. JUNI 1990

Berne, le 15. Juni 1990

Au Conseil fédéral

Co-rapport

à la proposition du DFAE et du DFEP du 6 juin 1990 relative aux
 directives pour les négociations EEE

Nous sommes **d'accord** avec la proposition, sous réserve des
 observations et des compléments suivants:

1. Conception de la proposition

La proposition, et notamment son chapitre III (page 16 - 28)
 contiennent les directives de négociation, envisagées comme tactique.
 Les paramètres ainsi fixés à la délégation suisse sont suffisamment
 clairs, sans qu'il faille souligner expressément qu'il s'agit là de
 la définition d'une "bottom line" qui ne doit pas être franchie.

Pour cette raison, nous proposons de supprimer, au dernier paragraphe
 de la page 1 (et au début de la page 2), tout ce qui vient après la
 première phrase (suppression à partir des mots: "Es handelt sich hier
 um ..." jusqu'aux mots "festgelegte einnehmen").

2. Droit de la propriété intellectuelle

Au dernier paragraphe de la page 10, ajouter les mots: "zum sekundären Gemeinschaftsrecht" après les mots: "zeitliche beschränkte Uebergangsmassnahmen".

En outre, compléter le même paragraphe par les mots: "zu lösen, und dabei einen Beitrag zu einer differenzierteren Auslegung der Art. 30 und 36 des EWG-Vertrags anzustreben".

Motifs

L'adjonction clarifierait le texte et permettrait de tenir compte, en particulier, de la problématique des niveaux de prix différents pour certains produits (produits pharmaceutiques tout particulièrement).

3. Buts de la négociation

En page 16, dernier paragraphe, ajouter, après les mots: "bei den flankierenden Politiken", les mots: "insbesondere zur Vermeidung von Diskriminierungen werden angestrebt. Ziel dieser Zusammenarbeit muss es vor allem sein, dass die tatsächliche Verwirklichung der vier Freiheiten nicht durch diskriminatorische Tatbestände im Bereich der flankierenden Massnahmen gefährdet wird".

Motifs

Les politiques d'accompagnement pourraient être à l'origine de discriminations préjudiciables aux opérateurs économiques suisses dans la mise en oeuvre de 3 des 4 libertés (personnes, services et capitaux). Il est essentiel que soit intégralement garantie, en matière de libre circulation des personnes, des services et des capitaux, la règle du traitement national. Cette garantie n'est complète jusqu'ici que pour les marchandises, en vertu du GATT.

DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES
 DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE

4. Droit de la concurrence

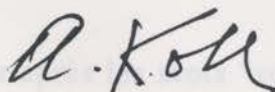
A la page 22, deuxième alinéa, ajouter, à la fin de la deuxième phrase, les mots: "... sein werden, damit kompatible Wirkungen im gesamten EWR-Raum erzielt werden können".

Au même paragraphe, compléter la phrase suivante par les mots: "Ein Zwang zur Revision der materiellen Bestimmungen des Kartellgesetzes soll dabei nach Möglichkeit vermieden ... werden".

Motifs

Il est important de souligner que ce qui est visé, c'est une équivalence des effets matériels du droit de la concurrence dans l'EEE. Il est en revanche d'ores et déjà prévisible que certaines dispositions de procédure de la loi sur les cartels devront être modifiées. Les adjonctions proposées permettraient de nommer un élément substantiel de plus sur l'attitude de la délégation suisse à l'égard de ce problème fondamental.

DEPARTEMENT FEDERAL DE JUSTICE ET POLICE



A. Koller

DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES
 DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE

Confidentiel

Berne, le 15 juin 1990

252o.1

Au Conseil fédéral

Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

Proposition complémentaire à celle du 6 juin 1990

A l'issue de la procédure de co-rapport, nous avons l'avantage de proposer les modifications suivantes:

1. Richtlinien, dernier alinéa page 1 et sommet page 2, supprimer le texte à partir des mots "Es handelt sich hier um..." jusqu'aux mots "festgelegte einnehmen"

(proposition du DFJP)

D'accord.

2. Richtlinien, dernier alinéa page 10, ajouter après les mots "zeitliche beschränkte Uebergangsmassnahmen" les mots suivants:

(proposition du DFJP)

"zum sekundären Gemeinschaftsrecht"

En outre compléter le même paragraphe par les mots:

"zu lösen, und dabei einen Beitrag zu einer differenzierteren Auslegung der Art. 30 und 36 des EWG-Vertrags anzustreben."

(proposition du DFJP)

D'accord.

3. Richtlinien, page 15, avant-dernier alinéa, ajouter la phrase suivante:

(proposition du DFTCE)

"In Anschlussrevisionen müssten das Aktienrecht und Erlasse anderer Rechtsgebiete mit gleichem Regelungsgegenstand (wie z.B. das Eisenbahngesetz) namentlich in folgenden Punkten angepasst werden."

D'accord.

4. Richtlinien, page 16, dernier alinéa, ajouter après les mots "beiden flankierenden Politiken":

(proposition du DFJP)

"insbesondere zur Vermeidung von Diskriminierung werden angestrebt. Ziel dieser Zusammenarbeit muss es vor allem sein, dass die tatsächliche Verwirklichung der vier Freiheiten nicht durch diskriminatorische Tatbestände im Bereich der flankierenden Massnahmen gefährdet wird."

D'accord.

5. Richtlinien, page 19, fin du 3e alinéa, ajouter le texte suivant:

5.1. (proposition du DMF)

"Umgekehrt kann die schweizerische Verhandlungsdelegation auch eine Verpflichtung zu einem "Standstill" der Schweizer Gesetzgebung in Aussicht stellen, um eine beidseitige Anpassung der Normen zu erleichtern."

5.2. (proposition du DFI) suppression du texte du DMF

Notre préférence: DMF

6. Richtlinien, page 22, 2e alinéa

(proposition du DFJP)

6.1. Ajouter à la fin de la deuxième phrase les mots:

"... sein werden, damit kompatible Wirkungen im gesamten EWR-Raum erzielt werden können."

6.2. Compléter la phrase suivante du même paragraphe par les mots:

"Ein Zwang zur Revision der materiellen Bestimmungen des Kartellgesetzes soll dabei nach Möglichkeit vermieden... werden."

D'accord.

7. Richtlinien, page 27, ajouter avant le dernier alinéa la phrase suivante:
(proposition du DMF)
"Selbstverständlich ist die Frage einer Stärkung der EFTA auch im Blick auf eine mögliche Präjudizierung von Alternativlösungen, namentlich der Möglichkeit eines späteren EG-Beitritts, zu prüfen. Grundsätzlich ist dabei wohl davon auszugehen, dass durch ein Eingehen auf die Vorstellungen der EG-Kommission zur Stärkung der EFTA eine spätere Neuregelung des Verhältnisses zur EG eher erschwert werden dürfte. Schliesslich ist auch die Tatsache im Auge zu behalten, dass je nach Ausgestaltung der Stärkung der EFTA die Gefahr einer doppelten Marginalisierung der Schweiz steigt."
D'accord.
8. Annexe, page 25, ajouter après la première phrase le texte suivant:
(proposition du DFTCE)
"Aus diesen Gründen kommt eine Uebernahme des acquis communautaire nicht in Frage. Als Ersatz dafür unternimmt die Schweiz Anstrengungen im Huckepack- und im Kombinierten Verkehr. Gleichzeitig sind intensive Bestrebungen im Gang, zusätzliche Eisenbahnverbindungen durch die Alpen zu erstellen (NEAT)."
D'accord.
9. Annexe, page 44, 2e alinéa
- 9.1. (proposition du DFI) ajouter le titre suivant:
"1512 Nukleare Sicherheit"
D'accord.
- 9.2. (proposition du DFTCE) biffer l'alinéa relatif à la sécurité nucléaire.
Pas d'accord.
10. Annexe, page 47, chiffre 253:
(proposition du DFI)
"253 Umweltschutz - Keine Ständigen Ausnahmen, vorbehältlich derjenigen im freien Güterverkehr" (voir chiffres 211.1 et 222)
D'accord.

11. Annexe, page 49, chiffre 311.5 bis:

(proposition du DFI) ajouter:

"a) Baumaschinen 86/662/EWG
 86/537/EWG
 84/533/EWG

b) Rasenmäher 84/538/EWG"

D'accord. Nous proposons de formuler ce passage ainsi:

"311.10 Lärmvorschriften für

- a) Baumaschinen 86/662/EWG (inkl. Erg.) L 384/86
 86/537/EWG (inkl. Erg.) L 300/84
 84/533/EWG L 300/84
- b) Rasenmäher 84/538/EWG (inkl. Erg.) L 300/84

Für die unter Ziffer 311.10 aufgeführten EG-Richtlinien bestehen zur Zeit noch keine schweizerischen Vorschriften. Ein praktisch verabschiedungsreifer Verordnungsentwurf des EDI sieht jedoch die Einführung diesbezüglicher Mindestanforderungen in zwei Etappen für 1991 und 1996 vor, wobei insbesondere die zweite Etappe über die heutige EG-Regelung hinausginge. Da während den Verhandlungen grundsätzlich keine neuen Divergenzen geschaffen werden sollten, ist vorzusehen, dass die Schweiz in einem ersten Schritt einstweilen die heute geltenden EG-Richtlinien übernehme und die für Mitte der neunziger Jahre geplante Verschärfung vorerst im Rahmen der Verhandlungen als künftige gemeinsame EWG-Regelung durchzusetzen versucht."

12. Annexe, page 50, chiffre 312:

(proposition du DFI)

"Die Anpassung der Rechtsvorschriften auf Bundesebene erfordert (mindestens) eine Frist von 1 1/2 Jahren."

D'accord. Un effort devrait néanmoins être entrepris pour adapter la législation fédérale au 1er janvier 1993, donc à deux ans et demi d'ici.

13. Richtlinien, page 19, 3e alinéaAnnexe, page 48, chiffre 311Richtlinien, page 25, avant-dernier alinéa

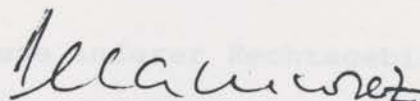
(proposition du DFI)

D'accord avec les commentaires du point 5 du co-rapport.

DEPARTEMENT FEDERAL
DES AFFAIRES ETRANGERES

DEPARTEMENT FEDERAL
DE L'ECONOMIE PUBLIQUE

Le Conseiller fédéral Felber,
absent de Berne, a donné son
accord par téléphone au sous-
signé de droite pour procéder
ainsi.



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 8. Juni 1990

VERTRAULICH

An den Bundesrat

Bericht zum Antrag an den Bundesrat betreffend
 Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

M i t b e r i c h t

zum Antrag EDA/EVD vom 6. Juni 1990

Wir sind mit dem Bericht grundsätzlich einverstanden. Wir möchten
 einzig drei Modifikationen im Text beantragen.

1. S. 15, zweitletzter Absatz, letzter Satz

Der Satz "Das noch in Revision ... angepasst werden"
 ist durch folgende Wendung zu ersetzen:

"In Anschlussrevisionen müssten das Aktienrecht und
 Erlasse anderer Rechtsgebiete mit gleichem Regelungs-
 gegenstand (wie z.B. das Eisenbahngesetz) namentlich
 in folgenden Punkten angepasst werden."

Begründung:

Wichtiger Verweis auf Erlasse anderer Rechtsgebiete mit glei-
 chem Regelungsgegenstand.

2. Anhang

S. 25, 1. Satz

In Anschluss an: "sur le plan interne et à l'étranger"
wie folgt weiterfahren:

"Aus diesen Gründen kommt eine Uebernahme des acquis communautaire nicht in Frage. Als Ersatz dafür unternimmt die Schweiz Anstrengungen im Huckepack- und im Kombinierten Verkehr. Gleichzeitig sind intensive Bestrebungen im Gang, zusätzliche Eisenbahnverbindungen durch die Alpen zu erstellen (NEAT)."

Begründung:

Mit diesen seitens der Schweiz eingegangenen Verpflichtungen soll darauf eingewirkt werden, dass die EG ihr Verhandlungsmandat abändert und endgültig auf ihre Forderung nach einem 40-Tonnen-Korridor verzichtet.

3. Anhang

S. 44, 2. Absatz

Streichen

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Begründung:

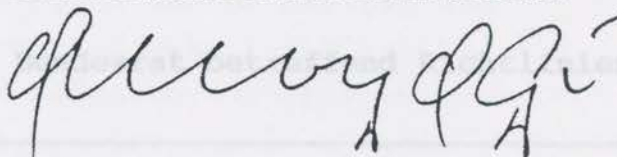
3003 Bern, 15. Juni 1990

Abgesehen davon, dass diese Materie nicht unter "Statistische Zusammenarbeit" fällt, ist ein nachträglicher Einbezug der "nuklearen Sicherheit" auch unter den flankierenden Politiken nicht erwünscht.

An den Bundesrat

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
 ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Bericht zum Antrag an den
 für die EWV-Verhandlungen



Adolf Ogi

NIEDERSICHT

zum Antrag des EDA/EVD vom 8. Juni 1990

Sie sind mit dem Antrag grundsätzlich einverstanden,
 möchten jedoch drei Modifikationen am Text anbringen.

1. Anhang B.47, Ziffer 253:

Der Klarheit halber sollte explizit auf die entsprechen-
 den Ziffern - 211.1 und 222 - verwiesen werden.

2. Anhang B.49:

-Ziff. 311.5 bis (neu) Lärmschranken für

a) Baumaschinen

85/662/EWG

84/537/EWG

84/533/EWG

b) Rasensäher

84/536/EWG



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

3003 Bern, 15. Juni 1990

Für die BR.-Sitzung
 vom 18. JUNI 1990

An den Bundesrat

Bericht zum Antrag an den Bundesrat betreffend Richtlinien
 für die EWR-Verhandlungen

M i t b e r i c h t

zum Antrag des EDA/EVD vom 6. Juni 1990

Wir sind mit dem Antrag grundsätzlich einverstanden,
 möchten jedoch drei Modifikationen am Text anbringen.

1. Anhang S.47, Ziffer 253:

Der Klarheit halber sollte explizit auf die entsprechen-
 den Ziffern - 211.1 und 222 - verwiesen werden.

2. Anhang S.49:

"Ziff.311.5 bis (neu) Lärmvorschriften für

- | | |
|-----------------|------------|
| a) Baumaschinen | 86/662/EWG |
| | 84/537/EWG |
| | 84/533/EWG |
| b) Rasenmäher | 84/538/EWG |

Begründung:

Die einschlägigen schweizerischen Vorschriften sind in Vorbereitung (Vernehmlassungsverfahren vor ca. 1/2 Jahr abgeschlossen). Auch wenn diese Vorschriften noch nicht in Kraft stehen und damit nicht zum "schweizerischen acquis" gezählt werden können, drängen sich diese Ausnahmen aus sachlichen Gründen auf. Im übrigen ist auch die Schweiz in Ausnahmefällen bereit, Rechtsakte der EG, die noch nicht in Kraft stehen, als acquis zu akzeptieren (vgl. S.20 des Antrages, zweitunterster Abschnitt, letzter Satz). Wenn die Schweiz dazu bereit ist, sollte sie Gegenrecht verlangen. Ein Verzicht auf die Aufnahme dieser Lärmschutzvorschriften in die Liste der Begehren für längere Uebergangsfristen würde faktisch die vorbehaltlose Uebernahme der EG-Regelung und einen Verzicht auf strengere Grenzwerte Mitte der 90er Jahre bedeuten.

3. Anhang S.50, Ziffer 312:

"Die Anpassung der Rechtsvorschriften auf Bundesebene erfordert (mindestens) eine Frist von 1 1/2 Jahren."

Begründung:

Auch wenn bis zum allfälligen definitiven Inkrafttreten des EWR-Vertrages ohnehin etwa 1 1/2 Jahre verstreichen dürften, empfiehlt es sich aus Sicherheitsgründen eine Uebergangsfrist zu verlangen.

4. Zum Mitbericht des EMD, Antrag 1:

Wir beantragen am alten Text festzuhalten, d.h. den vom EMD gestellten Antrag zu verwerfen.

Begründung:

Obschon wir die Notwendigkeit einer gewissen Flexibilität im Hinblick auf die Verhandlungsführung anerkennen, können wir dem Antrag des EMD nicht zustimmen, weil von einem so in Aussicht gestellten "Standstill" der Schweizer Gesetzgebung vor allem der Umweltschutzbereich betroffen würde, und ein solches "Sonderopfer" der Umwelt der erklärten Position der EFTA-Umweltminister, wie sie namentlich an deren Treffen in Genf vom 5./6. April 1990 zum Ausdruck gebracht worden ist, zuwiderliefe. Als "bottom-line" ist eine Aufweichung der Schweizer Verhandlungsposition, wie sie das EMD in seinem Mitbericht beantragt, mithin nicht zu akzeptieren.

5. Nicht als Aenderungsantrag, sondern als Betonung der besonderen Bedeutung möchten wir die folgenden Feststellungen verstanden wissen:

- S.19, 3. Abschnitt:

Wir verstehen die Aeusserungen so, dass die Schweiz im Umwelt- und Gesundheitsschutz keine Abschwächung hinnehmen wird, sondern an ihrem hohen Schutzniveau festhält.

- S.48, Anhang, Ziff. 311:

Die Definition der Uebergangsfristen als Uebergangslösungen qualitativer Natur und nicht als blosse Zeitvorgaben sind für uns eine unabdingbare Voraussetzung für ein Einverständnis mit der Liste der zeitlich nicht befristeten Ausnahmen (Anhang, S.44 ff.)

- S.25, zweitunterster Abschnitt:

Das Einholen von neuen Instruktionen seitens der Verhandlungsdelegation beim Bundesrat, falls sich ein Abweichen von den Verhandlungsrichtlinien aufdrängt, ist staatspolitisch von grösster Bedeutung.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
DES INNERN

Flavio Cotti

EIDG. DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

VERTRAULICH

Bern, den

An den Bundesrat

Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

Einleitung

Der Antrag ist wie folgt aufgebaut:

In einem ersten Kapitel werden die wesentlichen Explorationsergebnisse und damit die Ausgangslage für die Verhandlungen umrissen. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Bundesratsantrag vom 21. März verwiesen, wo im Kapitel 21 Bilanz über die Exploration gezogen wird.

Die wichtigsten Folgen einer Anpassung des schweizerischen Rechts an das EG-Recht (Zusammenfassung der ausführlicheren Darstellung im Anhang) sind Gegenstand des zweiten Kapitels.

Der Vorschlag für Verhandlungsrichtlinien ist im dritten Kapitel enthalten.

Im letzten Kapitel wird der notwendige Verhandlungskredit beantragt.

Der Anhang ist wie folgt strukturiert:

Der erste Abschnitt stellt eine geraffte Darstellung der wesentlichsten Folgen dar, die eine Uebernahme des als EWR-relevant erkannten EG-Rechts in einem EWR-Vertrag für die Schweiz hätte. Die Ausführungen gründen auf den Rechtsvergleichen, welche die Bundesämter im Auftrag des Bundesrates durchgeführt haben. Um einen bestimmten Umfang nicht zu überschreiten, wurde folgende Methode gewählt:

- die Folgen einer Anpassung an das EG-Recht, nicht die systematische Gegenüberstellung der beiden Rechtsordnungen, wurde in den Vordergrund gestellt. Davon ausgehend werden Hinweise auf die wichtigsten Unterschiede zwischen den beiden Rechtsordnungen gemacht. Die detaillierten Rechtsvergleiche sind in allen Departementen vorhanden und Einzelfragen können auf Wunsch des Bundesrates in separaten Anträgen vertieft behandelt werden.
- Die Darstellung ist nicht auf Fälle beschränkt, wo Ausnahmen angestrebt werden.
- Konzentration auf Fälle, wo in der Schweiz namhafte Gesetzesänderungen erforderlich werden. Verordnungen werden nur in Ausnahmefällen berücksichtigt.

Die Uebersicht über die notwendigen Anpassungen im kantonalen Recht ist ungenügend. Zusätzliche Abklärungsbemühungen sind unerlässlich.

Der zweite und dritte Abschnitt enthalten die Gebiete, wo aufgrund der interdepartementalen Konsultation und der Konsultation der Sozialpartner im Verlaufe der Exploration zeitlich nicht befristete Ausnahmen und längere Uebergangsfristen beantragt wurden. Die Begründungen für diese Haltung sind im ersten Abschnitt enthalten. Der Bundesrat wird die Kürzungsmöglichkeiten der Ausnahmeliste diskutieren:

Der vierte Abschnitt enthält den Vorschlag für die schweizerische Haltung zum Wunsch der EG, im Rahmen des EWR auch die Grundlage zu einem politischen Dialog zu schaffen.

Der fünfte Abschnitt schildert den Gesprächsstand in den rechtlich-institutionellen Fragen und zeigt aufgrund der von der EG-Kommission und den EFTA-Ländern eingenommenen Stellungnahmen, welches die Ausgangslage für die Verhandlungen ist.

I. Ausgangslage für die Verhandlungen

Die wesentlichen Ergebnisse der zwischen Januar und März durchgeführten Explorationsgespräche sind, auf der Stufe der High Level Steering Group, in einem gemeinsamen, vom 20. März datierten Papier der EFTA-Länder und der EG-Kommission festgehalten. Dieses wurde, zusammen mit einem Bericht, dem Bundesrat am 27. März 1990 unterbreitet.

Aufgrund der exploratorischen Gespräche, die sich auf

- die gemeinsame Identifikation des für einen EWR-Vertrag als gemeinsame Rechtsgrundlage relevanten EG-Rechts (rund 1200 Rechtsakte)
- die Bestimmung von Problemen im Zusammenhang mit der Anpassung des Rechtes der einzelnen EFTA-Länder an das EG-Recht und
- die Vertiefung rechtlich-institutioneller Fragen (Integrationsmethode des EG-Rechtes in einen künftigen EWR-Vertrag und Lösungsansätze für einen echten gemeinsamen EWR-Entscheidungsmechanismus als zwei Hauptthemen)

konzentrierten, lassen sich die Aussichten auf einen den schweizerischen Interessen entsprechenden EWR-Vertrag als intakt bezeichnen.

Bereits die Exploration, vor allem aber seitherige Stellungnahmen des Präsidenten der EG-Kommission und der Mandatsentwurf der EG-Kommission für die Verhandlungsrichtlinien (im nachfolgenden EGK-Mandatsentwurf genannt) weisen darauf hin, dass die Verhandlungen besonders in drei zentralen Fragen ausserordentlich schwierig sein werden:

1. Ausnahmen

Die EG-Kommission ist der Meinung, dass die zeitlich unbefristeten Ausnahmen, sollen solche überhaupt zugelassen werden, auf einem absoluten Minimum gehalten werden sollen. Im Bereich der sogenannten horizontalen Politiken, vor allem dem Wettbewerbsrecht, scheint sie solche vollends auszuschliessen. Ganz klar ist der diesbezügliche Text im Mandatsentwurf freilich nicht. Die EG-Mitgliedstaaten, die im Rahmen ihres seinerzeitigen EG-Beitritts oft schmerzhaft Anpassungen hinnehmen mussten und keine zeitlich unbefristeten Ausnahmen aushandeln konnten, werden der EG-Kommission ohne jeden Zweifel in diesem Punkte folgen. Sie werden dies umso eher tun, als sie Beitritts- und EWR-Verhandlungen kaum so sorgfältig unterscheiden und die Mitentscheidungsansprüche der EFTA-Länder kennen.

Der Präsident der EG-Kommission, offenbar in Kenntnis der in der Exploration von den EFTA-Ländern verlangten Ausnahmen von der Uebernahme des EG-Rechtes via EWR-Vertrag, hat die Zahl der Ausnahmen als viel zu hoch bezeichnet.

Diese Ausgangslage bedeutet, dass Ausnahmebegehren in der Verhandlung nur eine Chance haben, wenn sie mit vitalen, wirtschaftlichen und staatspolitischen, Interessen begründet werden können. Es ist zudem in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen, ob die Probleme nicht mit einer angemessenen Uebergangsfrist, einer Schutzklausel oder einer Ueberprüfungsverpflichtung des der Ausnahme zugrundeliegenden Sachverhalts nach einem vereinbarten Zeitraum gelöst werden können.

Die schweizerische Ausnahmeliste wäre in der Exploration kürzer ausgefallen, wenn die EFTA-Länder einen Teil der von der EG-Kommission als relevant bezeichneten EG-Rechtsakte im Bereiche des Gesellschaftsrechts als nicht relevant bezeichnet hätten. Alle EFTA-Länder erachteten diese Rechtsakte jedoch wie die EG-Kommission als relevant, womit die Schweiz für die heikelsten Gebiete im Gesellschaftsrecht vorsorglich eine Ausnahme beantragte. Ein grundsätzliches Bestreiten der Relevanz des Rechtes auf diesem Gebiete und in der Sozialpolitik wäre theoretisch möglich, von der globalen Zielsetzung des EWR-Vertrages her aber schwierig zu begründen. Einzuräumen ist auch, dass die Bestimmung der EWR-Relevanz von EG-Rechtsakten vor allem im Bereich der flankierenden Politiken in beträchtlichem Masse eine Frage des Ermessens ist. Mit einer Relevanzverweigerung hätte sich die Schweiz in dieser Frage völlig isoliert, diese Möglichkeit besteht theoretisch aber nach wie vor in den formellen Verhandlungen. Um den Kreis des relevanten EG-Rechtes eng zu halten, hat die Schweiz - mit diesem Standpunkt ebenfalls allein unter den EFTA-Ländern - gefordert, dass, im Prinzip, nur heute vom EG-Rat verabschiedete rechtsverbindliche Akte berücksichtigt werden. Die Anzahl relevanter EG-Rechtsakte im Gesellschaftsrecht beträgt damit neun Richtlinien und eine Verordnung, in der Sozialpolitik zwölf Richtlinien.

Die Zurückhaltung bei der Anerkennung der Relevanz des EG-Rechtes bedeutet keine restriktive Haltung in der Zusammenarbeitsbereitschaft bei den flankierenden Politiken, denen im Rahmen des EWRV eine grosse Bedeutung zukommt. Diese erweiterte Zusammenarbeit muss aber nicht zwingend die Uebernahme des EG-Rechtes voraussetzen.

2. Gemeinsame EWR-Entscheidungsverfahren

Die Exploration hatte auf der Stufe der HLSG die gegenseitige Klärung der Standpunkte und gewisse Annäherungen gebracht. Zu letzteren:

Der Gedanke eines Beschlussvorbereitungsprozesses, in dessen Verlauf die Anliegen beider Seiten berücksichtigt werden und der das Fassen eines EWR-Beschlusses erleichtern soll, ist im erwähnten

Text vom 20. März verankert. "Fait accompli"-Situationen sollen vermieden werden, indem keine Seite endgültige Beschlüsse in EWR-relevanten Fragen trifft, ohne der anderen Seite die Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anliegen gegeben zu haben.

Dieser Text, der nicht einmal von gemeinsamen Beschlussmechanismen spricht, die besonders heikle verfahrensmässige Konkretisierung des Bekenntnisses zur "fait accompli"-Vermeidung und die Zusammensetzung der EWR-Organe offen lässt, ging, Stellungnahmen des EG-Kommissionspräsidenten und gewisser Mitglieder des Europäischen Parlamentes nach zu schliessen, bereits zu weit. Der Kommissionspräsident liess verlauten, mehr als ein Informations- und Konsultationsverfahren zwischen der EG-Kommission und der EFTA komme nicht in Frage. Der EGK-Mandatsentwurf vom 8. Mai 1990 folgt weitgehend dieser Linie und stellt die EG-Entscheidungsautonomie in einer Art in den Vordergrund, die es sehr schwierig macht, sich ein EWR-Verfahren auszudenken, in dem sich die EFTA-Länder nicht oft vor "fait accompli"-Situationen gestellt sehen werden.

Die Minister der EFTA-Länder haben am 3. April ihre Auffassung bestätigt, wonach ein echter gemeinsamer EWR-Beschlussfassungsmechanismus eine Voraussetzung für die politische Akzeptanz des Vertrages darstelle. Was die EFTA-Länder unter einem solchen echten Mechanismus verstehen, ist im fünften Abschnitt des Anhangs festgehalten.

Die EFTA-Länder haben zudem in der Exploration immer wieder auf die Verknüpfung zwischen dem materiellen Deckungsbereich des EWR-Vertrages und dem institutionell-rechtlichen Rahmen hingewiesen. Je echter der EWR-Entscheidungsmechanismus, je grösser die Bereitschaft, EG-Recht als relevant für einen EWR-Vertrag anzusehen. Das Umgekehrte gilt ebenfalls.

Diese Verknüpfung bedeutet u.a. zweierlei:

1. Mit vielen Ausnahmebegehren schwächen die EFTA-Länder ihre eigenen Mitentscheidungsansprüche.

2. Verweigert die EG einen EWR-Mitentscheidungsmechanismus, der den Namen verdient,

- ist die Anerkennung der EWR-Relevanz auf gewissen Gebieten, namentlich bei gewissen flankierenden Politiken, zu überprüfen
- ist der Schwerpunkt auf den möglichst grossen Schutz der innerstaatlichen Institutionen, d.h. der parlamentarischen Befugnisse und der Volksrechte, zu verlagern.

Dieser Gedankengang wird von den nordischen Staaten allerdings nicht mehr geteilt. Sie sind bereit, auch (und vor allem) bei einem unbefriedigenden Mitentscheidungsmechanismus einen breiten Acquis zu akzeptieren, weil sie von ihm die Nicht-Diskriminierung erwarten.

3. Rolle der EFTA

Der EGK-Mandatsentwurf fordert mit Nachdruck eine Stärkung der EFTA-Strukturen und erklärt auch erstmals, was darunter zu verstehen ist:

- Schaffung von Ueberwachungsorganen in der EFTA
- Schaffung einer kollektiven EFTA-Struktur, um Anwendung und Kontrolle des EG-Wettbewerbsrechtes zu garantieren und
- zur EG analoge Organisation der EFTA mit Blick auf EWR-Entscheidungsprozess

Die EGK betrachtet eine echte Stärkung der EFTA-Strukturen als eine allgemeine Voraussetzung für das befriedigende Funktionieren des EWR. In ihren besonders kategorischen Aussagen zum Wettbewerbsrecht macht sie das Zustandekommen des Abkommens von der Schaffung einer EFTA-Wettbewerbsbehörde nahezu abhängig. Sie geht freilich nicht so weit, von der EFTA identische Strukturen wie in der EG, aber gleichwertige zu fordern.

Die Feststellung gehört zu einer Beschreibung der Verhandlungsausgangslage, dass die EFTA-Länder in Sachen Stärkung der EFTA uneins sind, obwohl diese Unterschiede in der bestehenden EFTA-Verhandlungsplattform kaum in Erscheinung treten.

Ohne bis zur Supranationalität gehen zu wollen, befürworten vor allem Island und Norwegen, aber auch, vorsichtiger, Finnland eine eindeutige Stärkung der Assoziation in der Form gewisser Parallelstrukturen und -verfahren zur EG.

Dies betrifft vor allem die Ueberwachung, schlägt sich aber auch in der Auffassung nieder, dass der Entscheidvorbereitungs- und Entscheidprozess im wesentlichen zwischen der EG-Kommission und einem Sprecher der EFTA-Länder stattfinden soll.

Die Schweiz hat in der Exploration stets die Auffassung vertreten, gemeinsames Recht sollte durch gemeinsame, auf EWR-Stufe geschaffene Organe, überwacht, angewendet und ausgelegt werden.

Die Durchsetzung des Rechtes, insbesondere im Wettbewerbsbereich, hätte durch die zuständigen Organe der Vertragsparteien zu erfolgen. Oesterreich teilte den schweizerischen Standpunkt weitgehend, Schweden nimmt die übliche pragmatische Mittelposition ein.

Die EWR-Verhandlungen dürften nicht nur wegen der Haltung der EG schwierig werden, sondern auch wegen der in Kernfragen grundsätzlich unterschiedlichen Verhandlungsposition der Schweiz und der anderen EFTA-Länder (Oesterreich Sonderfall). Der Konflikt bei der Ausarbeitung von gemeinsamen EFTA-Verhandlungspositionen droht unvermeidlich zu werden.

Die Schweiz läuft Gefahr, in wesentlichen Fragen innerhalb der EFTA isoliert zu werden. Die Verwirklichung von einigen wichtigen Verhandlungszielsetzungen wird daher vorerst den Test innerhalb der EFTA bestehen müssen. Die schweizerische Verhandlungsposition könnte dadurch wesentlich beeinträchtigt werden.

II. Folgen einer vollständigen Anpassung des schweizerischen Rechts an das EG-Recht

1. Freier Warenverkehr

Der in den Abkommen der Schweiz, einschliesslich Liechtensteins, mit der EWG/EGKS sowie mit den übrigen EFTA-Ländern in der EFTA-Konvention verwirklichte Liberalisierungsgrad wird nicht verringert. Obzwar in materieller Hinsicht die Uebernahme der EG-Agrarpolitik nicht zur Diskussion steht, wird der als Beitrag zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen EG-internen, regionalen Disparitäten geforderte verbesserte Marktzugang für Agrarprodukte aus südlichen Mitgliedstaaten schweizerische Konzessionen, möglichst im Rahmen der GATT Uruguay-Runde, nötig machen. Ferner dürften sich die gewünschten Vereinfachungen im Abschöpfungs-/Erstattungssystem für die Schweiz mit einem traditionellen Agrarprodukteimportüberschuss budgetmässig negativ auswirken.

Mit der nicht anvisierten Schaffung einer Zollunion wird der freie Warenverkehr unverändert auf EWR-Ursprungswaren beschränkt. Für Nicht-EWR-Ursprungswaren gelten bei der Einfuhr die normalen GATT-Prinzipien. Die physischen Grenzbarrieren zwischen der Schweiz, der EG und den EFTA-Ländern bleiben wegen des Ausschlusses der Landwirtschaft und der Steuerharmonisierung bestehen; dagegen werden die Kontrollen und Formalitäten im grenzüberschreitenden Warenverkehr erleichtert und die EWR-Ursprungsregeln verbessert.

Bei der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse sind sowohl für die EFTA-Staaten wie für die Schweiz der grösste Teil der für einen künftigen EWR-Vertrag als relevant erachteten EG-Richtlinien akzeptabel. Einzig hinsichtlich der Vorschriften zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt würden bei der Uebernahme des heute bestehenden EG-Acquis gewisse Probleme entstehen. Die Schweiz gedenkt daher, in diesem Bereich am bisher Erreichten festzuhalten bzw. auch weiterhin ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten. Aus heutiger Sicht scheint dazu bloss eine einzige zeitlich unbefristete Ausnahme erforderlich (28-Tonnen Limite für Lastwagen), während sich die übrigen Probleme alle durch qualitative Uebergangsregelungen, d.h. durch die Festlegung zeitlich und inhaltlich fixierter, gemeinsamer Zielvorgaben lösen lassen sollten.

Die anvisierte Liberalisierung des Öffentlichen Einkaufs- und Beschaffungswesens, d.h. der Lieferungen und Arbeiten, erfordert eine Aenderung der kantonalen und kommunalen Submissionsverordnungen sowie der Beschwerdeverfahren gegen Verletzungen der Ausschreib- und Vergabevorschriften. Solche Anpassungen erfordern zeitlich beschränkte Uebergangsmassnahmen. Notwendig sind ferner begleitende qualitative Liberalisierungsmassnahmen hinsichtlich der ausländischen Arbeitskräfte.

Vor dem Hintergrund der EG-Forderungen wird es unvermeidlich sein, Wettbewerbsbestimmungen auszuhandeln, welche eindeutig einschneidender sein werden als jene der Freihandelsabkommen und der EFTA-Konvention. Es ist aber möglichst zu vermeiden, dass daraus ein Zwang zur Revision des Kartellgesetzes erwächst.

Bei den staatlichen Beihilfen mit grenzüberschreitenden wettbewerbsverzerrenden Wirkungen werden Kantone und Gemeinden von zukünftigen Vorschriften nicht ausgenommen. In ihrer Wirtschafts- und Regionalpolitik dürften sie faktisch jedoch nicht eingeengt werden.

Die Uebernahme des bereits in Kraft getretenen, materiellen EG-Besitzstandes im Immaterialgüterrecht bietet der Schweiz keine grösseren Probleme, die eine ständige Ausnahme oder zeitliche beschränkte Uebergangsmassnahmen zum sekundären Gemeinschaftsrecht erfordern würden. Allerdings gilt es, in den Verhandlungen den Uebergang von der nationalen zur regionalen, EWR-weiten Erschöpfung der Immaterialgüterrechte zu lösen, und dabei einen Beitrag zu einer differenzierteren Auslegung der Art.30 und 36 des EWG-Vertrags anzustreben.

Die Uebernahme der EG-Richtlinie über eine verschuldensunabhängige Haftung kann die Schweiz unter der Voraussetzung übernehmen, dass die Haftung des Importeurs zwischen den Staaten des EWR beseitigt wird. Da aber die Verschärfung der Produktehaftpflicht innenpolitisch umstritten ist und die EG-Richtlinie dem nationalen Gesetzgeber in manchen Fragen Gestaltungsfreiheit lässt, ist eine kurze Uebergangsfrist notwendig.

Der von der EG bezeichnete Besitzstand im Bereiche der Energie betrifft im wesentlichen Massnahmen zur Bewältigung marktbedingter Mangellagen und Versorgungsengpässen machtpolitischer Natur. Die Schweiz und die EFTA-Länder bezeichneten die Uebernahme des EG-Acquis als nicht notwendig, zumal der Freihandel für Energieprodukte bereits verwirklicht ist.

2. Libre circulation des services

21 Services financiers

Outre l'adaptation des lois existantes et la création de trois nouvelles lois, la reprise de l'acquis communautaire dans le domaine des services financiers (banques, assurances, bourses et transactions en valeurs mobilières) aura deux conséquences importantes:

- premièrement, certaines dispositions du droit des sociétés devront être modifiées au-delà de la révision actuellement discutée par les Chambres aussi bien pour les banques et les assurances que pour les autres sociétés anonymes, afin de tenir compte des exigences communautaires en matière de transparence et de consolidation des comptes et du bilan (problème des réserves latentes);
- deuxièmement, le principe de l'entraide administrative entre autorités de surveillance devra être introduit. En Suisse, les autorités de surveillance ne disposent pas de compétences légales pour communiquer des informations aux autorités étrangères. Ce problème s'est déjà posé avec l'accord assurances CH/CEE et a été réglé dans ce contexte (art. 30 à 33).

Il n'est pas réaliste de penser pouvoir instaurer le libre établissement et la libre prestation des services financiers sans modifier nos dispositions juridiques dans ces deux domaines. Il faut s'attendre à une certaine opposition des milieux bancaires, en ce qui concerne l'entraide administrative et de l'USAM en ce qui concerne les dispositions du droit des sociétés.

22 Services de communication et d'information

Dans le secteur des services de télécommunication, la reprise de l'acquis communautaire aura pour effet une adaptation du projet de loi sur les télécommunications, actuellement en discussion dans les commissions des Chambres. Cette modification aurait pour but:

- de libéraliser tous les services de télécommunication sauf le téléphone, alors que le projet de loi suisse réserve aux PTT également le monopole du service de base de transmission des données et de l'image;
- de séparer les fonctions d'autorité (émission de lois, octroi de concessions, etc.) et de gestionnaire du réseau, qui en Suisse sont réunis auprès des PTT.

Dans le secteur des services audiovisuels, les pays de l'AELE insistent pour que ce soit la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière du 5.5.1989 qui soit considérée comme l'acquis pertinent, alors que la CE demande que les pays de l'AELE reprennent la directive CE sur la télévision du 3.10.1989. La reprise de cette dernière aboutirait à modifier dans des points sensibles (publicité, système de quotas pour les oeuvres européennes) le projet de loi sur la radio et la télévision actuellement en discussion au Parlement.

23 Transports

La reprise de l'acquis communautaire dans le domaine des transports maritimes et fluviaux et par avion entraînera des adaptations qui ne présentent pas de problèmes majeurs. Par contre, dans le domaine des transports par route, la reprise intégrale de l'acquis communautaire entraînerait notamment:

- la modification des prescriptions suisses sur les poids maximaux des camions;

- l'harmonisation vers le bas des prescriptions sociales pour les conducteurs de poids lourds.

3. Libre circulation des capitaux

La reprise intégrale de l'acquis communautaire demanderait:

- une abolition des restrictions imposées par la Lex Friedrich concernant les investissements dans des biens immobiliers. Une telle abolition mettrait fin à notre système de limitation à l'achat de biens immobiliers par des étrangers;
- une politique concertée, au niveau EEE, à l'égard des mouvements de capitaux en provenance et en direction des pays tiers. Une telle concertation, voire coordination, serait de nature à affecter l'autonomie de notre politique dans ce domaine.

4. Libre circulation des personnes

L'acquis communautaire, qui consacre la libre circulation des personnes, prescrit l'abolition de toutes discriminations fondées sur la nationalité. Seules les personnes exerçant une activité lucrative (salariés et indépendants) bénéficient actuellement de cette liberté. Elle pourrait être cependant étendue aux étudiants, rentiers et retraités. La reprise intégrale de l'acquis communautaire aurait d'importantes répercussions sur notre politique à l'égard des étrangers. La Suisse devrait en particulier supprimer son système de contingentement, renoncer au principe de la priorité du marché indigène, revoir son régime d'autorisations et abolir les statuts de saisonniers et de frontaliers. Pour ces raisons, la Suisse souhaite négocier avec la CE et ses partenaires de l'AELE un arrangement spécial qui lui permettrait de maintenir la composante quantitative de sa politique actuelle, étant entendu que pour les aspects qualitatifs la Suisse pourra se conformer à l'acquis communautaire. Il reste à décider (voir point 3) comment sera traité le statut de saisonnier dans ce contexte, notamment si les aspects qualitatifs signifient, à terme, la suppression du statut de saisonnier dans sa forme actuelle. S'agissant du libre accès à la

propriété immobilière, qui est aussi consacré par le droit communautaire, la Suisse pourra en partie s'adapter à l'acquis communautaire. Mais, les principales restrictions de la Lex Friedrich devraient être maintenues sous le couvert d'une exception permanente.

Une coordination des régimes nationaux de sécurité sociale fait aussi partie de l'acquis communautaire. La Suisse est d'accord pour se joindre à un régime de coordination dans le cadre de l'EEE, étant entendu qu'une période transitoire d'adaptation pourrait s'avérer nécessaire. Les conséquences sur notre régime internes sont encore difficiles à évaluer à ce stade du processus de mise en place de l'EEE.

L'acquis communautaire consacre aussi le principe de non-discrimination, ainsi que d'autres critères, pour l'exercice des professions réglementées (reconnaissance des diplômes et des expériences professionnelles). La reprise de l'acquis aura surtout une incidence sur les droits des cantons qui ont de larges compétences dans ce domaine. Ils devraient adapter leurs lois dans la mesure où elles ne répondent pas aux critères, en particulier à celui de la non-discrimination, de l'acquis. La négociation de périodes transitoires longues va s'avérer nécessaire.

S'agissant de la Confédération, la reprise de l'acquis ne devrait avoir d'effets notables que sur la législation concernant les professions de médecin, pharmacien, vétérinaire, dentiste, géomètre et chimiste en denrées alimentaires.

La simplification des contrôles à la frontière pour les personnes sera également à l'ordre du jour des négociations. Toutefois, comme il n'existe pas d'acquis communautaire dans ce domaine et qu'aucune autre base juridique n'a été discutée durant la phase exploratoire, il n'est pas possible, à ce stade, de se rendre compte du contenu du traité et de ses implications sur le droit suisse.

Dans la négociation à venir, il faudra aussi prendre en compte les intérêts des Suisses de l'étranger qui sont 253'200 (dont 74'420

ayant seulement la nationalité suisse) à vivre dans la CE. Le traité sur l'EEE devrait contribuer à améliorer leur situation par rapport à celle des ressortissants des Etats membres de la CE établis dans un autre Etat membre que celui dont ils ont la nationalité.

5. Flankierende Politiken

Wenn es gelingt, gegenüber den EFTA-Partnern den Umfang des zu übernehmenden EG-Rechts auf das Wesentliche zu konzentrieren (Relevanzfrage), werden sich die Anpassungen insgesamt in Grenzen halten. In den meisten Bereichen stellt die Anpassung an das heute geltende EG-Recht grundsätzlich keine unüberwindbaren Probleme. Es stellt sich jedoch die Frage nach der Weiterentwicklung des EWR-Rechts, das ohne Zweifel eine eigene Dynamik entwickeln wird: Werden wir bei dieser Weiterentwicklung echt mitwirken können? Welches wäre gegebenenfalls der Preis eines partiellen Ausscherens (opting out)?

Am weitreichendsten sind die Anpassungen beim Gesellschaftsrecht und bei der Sozialpolitik, beides Bereiche, die für die EG eng mit den vier Grundfreiheiten zusammenhängen und deshalb übernommen werden sollten. In Anschlussrevisionen müssten das Aktienrecht und Erlasse anderer Rechtsgebiete mit gleichem Regelungsgegenstand (wie z.B. das Eisenbahngesetz) namentlich in folgenden Punkten angepasst werden:

- Rechnungslegung und Buchführung: Gliederung, Detaillierungsgrad, Transparenz, Begrenzung der stillen Reserven;
- berufliche Anforderungen an die Rechnungsprüfer (Hochschulniveau);
- Vinkulierungsrecht, soweit nach der Revision noch eine Diskriminierung nach Nationalität vorliegt.

Je nach Abgrenzung des relevanten acquis und Weiterentwicklung könnte sich die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer stellen. Bezüglich öffentlicher Uebernahmeangebote könnte die Anpassung im Rahmen eines neuen Börsengesetzes erfolgen.

Im Bereich der Sozialpolitik wären auf der Basis eines begrenzten acquis, der in etwa den Vorstellungen der EG, keineswegs aber denen der EFTA-Partner entspricht, folgende Anpassungen vorzusehen:

- Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer im Arbeitsgesetz und im Unfallversicherungsgesetz oder die Schaffung eines Mitwirkungsgesetzes.
- Für die Verwirklichung der Gleichbehandlung und Gleichstellung von Mann und Frau einige Aenderungen im Obligationenrecht, in den Bundesgesetzen über die berufliche Vorsorge und über die Krankenversicherung, sowie im Unfallversicherungsgesetz.
- Aenderung des Obligationenrechts zum Schutze der Arbeitnehmer bei Massenentlassungen und Firmenübertragungen.

III. Die Verhandlungsdelegation hält sich an folgende Richtlinien

1. Verhandlungsziele

Die grösstmögliche Verwirklichung des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zwischen der Schweiz, den anderen EFTA-Ländern und der EG und die Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit bei den flankierenden Politiken insbesondere zur Vermeidung von Diskriminierung werden angestrebt. Ziel dieser Zusammenarbeit muss es vor allem sein, dass die tatsächliche Verwirklichung der vier Freiheiten nicht durch diskriminatorische Tatbestände im Bereich der flankierenden Massnahmen gefährdet wird. Sich mit einer Anpassung des schweizerischen an das EG-Recht stellende Probleme sollen wo immer möglich durch Uebergangsfristen Schutz- oder Ueberprüfungsklauseln gelöst werden. Die Schaffung einer Zollunion und einer auf dem EG-Recht beruhenden gemeinsamen Landwirtschaftspolitik sind nicht vorgesehen.

2. Principes généraux

21 Liens entre les aspects matériels et des aspects institutionnels

Il existe un lien indissoluble entre l'objectif matériel de la négociation (reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire identifié conjointement) et la mise en place d'une structure institutionnelle qui doit être conçue de manière à garantir une égalité des droits et obligations des parties contractantes en matière d'élaboration et d'adoption des règles communes et qui doit prévoir des modalités efficaces de contrôle de l'application et de l'interprétation uniforme du droit de l'Espace économique européen.

22 Maintien de l'acquis de libre-échange

L'Espace économique européen doit faire sien et développer l'acquis du libre-échange y compris l'acquis qui a trouvé appui sur la clause évolutive des accords de libre-échange.

Les accords de libre-échange conclus entre la CE et les Etats membres de l'AELE ainsi que les conventions et accords bilatéraux et multilatéraux conclus entre la Communauté et les Etats membres de l'AELE ou certains d'entre eux font partie du droit de l'Espace économique européen, s'ils ne sont pas modifiés de façon expresse ou implicite par le Traité EEE et s'ils ne sont pas incompatibles avec lui. La relation entre le futur traité sur l'EEE et les accords existants doit être réglée dans le traité.

23 Respect du principe de la réciprocité

L'EEE devra être fondé sur le principe de la réciprocité des droits et obligations des parties contractantes. Les parties contractantes devront reconnaître que les avantages consentis dans le Traité EEE par chacune d'elles font partie intégrante de l'établissement de l'EEE et sont, de ce fait, inséparablement liées à la création d'institutions communes et à l'octroi des mêmes avantages à toutes les parties contractantes.

24 Respect du principe de subsidiarité

Il conviendra de n'attribuer aux institutions de l'EEE que les seules compétences nécessaires pour mener à bien les tâches qui peuvent être réalisées de manière plus efficace au niveau de l'EEE que par les parties contractantes prises isolément ou conjointement par certaines d'entre elles. Le principe devrait être appliqué, dans la mesure du possible, tant en matière législative (principe de la reconnaissance mutuelle de l'équivalence de certains actes normatifs) qu'en matière de surveillance (principe de subsidiarité).

3. Vorbehalte im Bereiche der vier "Freiheiten"

Da zu zahlreiche Forderungen nach zeitlich unbefristeten Ausnahmen das Abkommensziel, ja bereits die Verhandlungen gefährden, werden zeitlich unbefristete Ausnahmebegehren auf wirtschaftlich und politisch sensible Fragen, wo ein vitales Interesse überzeugend begründet werden kann, beschränkt.

Als vitale Interessen in diesem Sinne gelten:

- die Weiterführung der bundesrätlichen Politik zur Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung im Rahmen einer Annäherung des schweizerischen an das EG-Ausländerrecht. Der Bundesrat hat zu entscheiden, ob für das Saisonierstatut eine zeitlich unbefristete Ausnahme gefordert werden soll oder die Anpassung an die EG-Regelung, welche die Familienzusammenführung kennt, nach einer gewissen Uebergangsfrist vorzusehen ist.
- die Fortführung der Bewilligungspflicht für den Erwerb von Immobilien, der nicht direkt mit einer Niederlassung und einer beruflichen Tätigkeit eines Ausländers in der Schweiz verbunden ist
- der Erhalt des erreichten Gesundheits- und Umweltschutzniveaus, namentlich was die Abgas- und Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge angeht

- das Festhalten an der 28 to-Gewichtsbeschränkung und dem Nacht- und Sonntagsfahrverbot für Lastkraftwagen. An den bestehenden Sozialvorschriften für Berufsschauffeure (Lenkzeiten) wird bis zur Aushandlung einer neuen Lösung im Rahmen des AETR-Abkommens festgehalten.

Die Uebernahme der EG-Vorschriften (siehe insbesondere Ziffer 113.3 des Antrages) hätte in mehreren Fällen einen Abbau des Umwelt- und Gesundheitsschutzes in der Schweiz zu Folge. Die Schweiz wird in den Verhandlungen darauf hinwirken, dass die Harmonisierung in diesen Bereichen auf einem hohen Schutzniveau stattfindet, d.h. sich die Vertragspartei mit dem tiefsten Niveau derjenigen mit dem höchsten Niveau annähert. Diese Fälle könnten in einer Gruppe zusammengefasst werden, die es den Vertragsparteien mit einem höheren Schutzniveau erlaubt, an diesem festzuhalten, bis eine entsprechende EWR-Regelung gefunden ist.

Diese Zielsetzung könnte allerdings in gewissen Fällen mit dem sogenannten Cassis-de-Dijon-Prinzip, das zum Rechtssprechungsacquis des EWR zu zählen sein wird, in Konflikt geraten. Das Prinzip besagt, dass in Bereichen, wo auf EG-Ebene keine Rechtsharmonisierung stattfand, Waren, die gemäss den geltenden Bestimmungen eines Mitgliedstaates hergestellt und vormarket werden, in allen übrigen Mitgliedstaaten frei zirkulieren können.

Abweichungen von diesem Grundsatz werden in der EuGH-Rechtssprechung nur akzeptiert, wenn der Schutz zwingender Erfordernisse im Sinne von Artikel 36 und 100 a 4 nachgewiesen werden kann.

In sensiblen Bereichen, wo die Schweiz ein höheres Schutzniveau kennt und die Vorschriften in der EG noch nicht harmonisiert sind, ist zu überlegen, ob nicht Harmonisierungsvorschläge eingebracht werden sollten, um einer gerichtlichen Lösung nach dem "Cassis-de-Dijon-Prinzip" vorzubeugen.

Dans le domaine des services audiovisuels, la délégation suisse adoptera la position selon laquelle c'est la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière du 5.5.1989 qui cons-

titue l'acquis pertinent et non la Directive CE sur la télévision transfrontière du 3.10.1989. Le Conseil fédéral décidera, pour le cas où cette position ne peut pas être maintenue, si une exception non limitée dans le temps ou une autre solution spéciale doit être choisie pour préserver certains aspects essentiels de la politique suisse de l'audiovisuel.

En ce qui concerne l'entraide administrative entre les organes de surveillance notamment dans le domaine des services financiers, la position suisse doit encore faire l'objet de discussions inter-départementales. Le Conseil fédéral en sera, le cas échéant, saisi dès que le résultat de ces discussions sera connu.

Il est en outre entendu qu'une politique commune à l'égard de capitaux en provenance ou en direction de pays tiers (hors de l'EEE) n'entre pas en ligne de compte pour la Suisse.

4. Flankierende Politiken

Die vertragliche Grundlage für eine vertiefte und erweiterte Zusammenarbeit im Bereich der flankierenden Politiken soll im EWR gelegt werden. Aufgrund der Exploration umfassen die flankierenden Politiken namentlich

- die Forschung und Entwicklung,
- den Umweltschutz,
- die Erziehung/Ausbildung,
- die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit,
- den Verbraucherschutz,
- das Gesellschaftsrecht,
- die Förderung der kleinen und mittleren Betriebe,
- die Statistik,
- den Tourismus,
- Bevölkerungsschutz
- Europa der Bürger und
- Wettbewerbsrecht.

Es ist im Falle jeder Politik zu prüfen, wieweit es sich rechtfertigt, im Rahmen des EWRV eine Rechtsharmonisierung auf der Grundlage des einschlägigen EG-Rechtes durchzuführen. Die EG-Kommission hält dies in vier Bereichen - Gesellschaftsrecht, Umweltschutz, Teile der Sozialpolitik und Statistik - für notwendig. Die Rechtsharmonisierung soll nur akzeptiert werden, wenn sie zur Erfüllung der Vertragsziele notwendig ist. EG-Rechtsakte, die rechtlich nicht bindend sind oder sich erst im Vorschlagsstadium befinden, sollten grundsätzlich nicht als relevant angesehen werden. Ein gewisser Spielraum ist freilich für Fälle vorzusehen, wo die Verabschiedung in den nächsten Monaten als sehr wahrscheinlich gilt oder wo alle EFTA-Länder an einer Berücksichtigung ein positives Interesse bekunden.

Die Schweiz akzeptiert die Relevanz der von der EG-Kommission vorgeschlagenen Richtlinien und Verordnungen im Gesellschaftsrecht und der Sozialpolitik, soweit sie in der EG verabschiedet und rechtsverbindlich sind und unter der Voraussetzung, dass ein institutioneller Rahmen geschaffen wird, der echte Mitentscheidung bei der Weiterentwicklung des Rechts und die Möglichkeit der Nichtübernahme von Entscheidungen vorsieht. Die anderen EFTA-Länder sind sowohl im Gesellschaftsrecht wie in der Sozialpolitik an einer umfassenderen Übernahme des EG-Rechtes in einen EWR-Vertrag interessiert und werfen der Schweiz mit der Beschränkung auf verabschiedetes, verbindliches EG-Recht eine Abweichung vom "broad, comprehensive approach" vor. Ein Einlenken auf die Haltung der anderen EFTA-Länder droht in der Schweiz aber zur Folge zu haben, dass die Arbeitgeberseite immer stärker auf Distanz zum EWR-Projekt geht.

Der Bundesrat hat zu entscheiden, ob die mit Bezug auf die 4., 7., 8. und 11. Richtlinie im Gesellschaftsrecht (siehe Ziffer 241 des Antrages) bestehenden Probleme durch eine unbefristete Ausnahme oder eine angemessene Uebergangsfrist zu lösen sind.

Die EG-Kommission hat sich im Vorschlag für ein Verhandlungsmandat sehr deutlich für die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsvorschriften im EWR ausgesprochen. Sie fordert zudem, dass die EFTA ein Organ schafft, das mit ähnlichen Befugnissen ausgestattet ist wie

die EG-Kommission im EG-System. Sie scheint zudem davon auszugehen, dass das EWR-Wettbewerbsrecht materiell dem EG-Wettbewerbsrecht entspricht. Die Haltung der EG-Kommission in der Frage einer EWR-Wettbewerbsordnung scheint trotzdem noch keineswegs gefestigt.

Die kommenden Verhandlungen verlangen daher Flexibilität. Es wird unvermeidlich sein, Wettbewerbsbestimmungen auszuhandeln, welche eindeutig einschneidender als jene der Freihandelsabkommen und der EFTA-Konvention sein werden, damit kompatible Wirkungen im gesamten EWR-Raum erzielt werden können. Ein Zwang zur Revision der materiellen Bestimmungen des Kartellgesetzes soll dabei nach Möglichkeit vermieden und die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Anwendung und Durchsetzung einer künftigen EWR-Wettbewerbsordnung (Untersuchungen und Sanktionen durch die zuständigen nationalen Behörden) sichergestellt werden.

5. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt

Vorschläge der EG über Massnahmen zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede im EWR sind dem Bundesrat mit einer Beurteilung und möglichen Alternativvorschlägen zu unterbreiten. Eine schweizerische Initiative könnte sich in einem bestimmten Stadium als wichtig erweisen, um einzelne der ins Auge gefassten Ausnahmen durchsetzen zu können. Die Verhandlungsdelegation ist beauftragt, dem Bundesrat bis spätestens Ende August den Vorschlag für eine solche Initiative zu unterbreiten.

6. Politischer Dialog

Die Schaffung einer vertraglichen Grundlage für den politischen Dialog im Rahmen eines EWR-Vertrages, der die Glaubwürdigkeit unserer Neutralitätspolitik nicht in Frage stellt, wird unter der Voraussetzung geprüft, dass es sich um einen Dialog handelt, an dem sich alle EFTA-Länder individuell beteiligen können.

7. Institutionnelle und rechtliche Aspekte

71 Nécessité d'un EEE homogène

L'acquis communautaire sera intégré dans un traité international qui sera la base juridique de l'EEE. Ce traité déploiera des effets de droit international public. Notre objectif est d'insérer dans le traité une disposition prévoyant que le droit de l'EEE soit conçu de manière à déployer les mêmes effets dans tout l'EEE, à être interprété de manière uniforme et conçu dans des formes juridiques aussi semblables que possible à celles du droit communautaire (règlements, directives).

Ce sont en effet les individus et opérateurs économiques qui doivent être les principaux acteurs et bénéficiaires des mesures de libéralisation. Ils doivent donc être en mesure d'invoquer dans tout l'EEE, dans des conditions d'égalité, les règles communes devant les autorités nationales, administratives et judiciaires (effet direct).

Il s'agira à cet égard de faire admettre l'idée que la reprise d'un acquis normatif quantitativement très important, doublé d'un acquis jurisprudentiel présumé faire partie de la substance normative, n'aurait pas de sens si l'EEE ne disposait pas, pour l'avenir, des moyens institutionnels propres à assurer que les règles communes soient pleinement respectées dans tout l'EEE.

72 Modalités d'intégration de l'acquis communautaire

La technique juridique d'intégration de l'acquis (méthode de la référence ou méthode de la reproduction) devra être choisie en fonction de son aptitude à remplir les objectifs suivants: garantie de la sécurité et de la clarté juridiques; accessibilité des textes à l'individu et à l'opérateur économique; publication des textes par chacune des parties contractantes selon des critères communs énoncés dans le Traité EEE; valeur authentique

à chacune des 13 langues officielles de l'EEE y compris pour les textes auxquels il est fait référence le cas échéant; possibilité pour l'individu et pour l'opérateur économique d'invoquer directement et dans des conditions d'égalité les textes de l'acquis - y compris les textes auxquels il est fait référence, le cas échéant - devant les juges et autorités des parties contractantes.

Si ces exigences sont remplies, la méthode de la référence pourrait - à la limite - être utilisée non seulement pour les directives, mais également pour les règlements ou pour toutes autres règles de l'acquis identifié conjointement.

73 Structures institutionnelles (exigences générales)

La structure institutionnelle de l'EEE, complément indissociable de la reprise de l'acquis normatif communautaire, devra remplir quatre objectifs complémentaires:

- l'élaboration et l'adoption en commun des règles communes, dans le respect de l'autonomie décisionnelle des parties contractantes et sans mettre les pays de l'AELE devant le fait accompli;
- une légitimation démocratique suffisante des futures règles EEE, qui pourra être assurée par plusieurs moyens complémentaires, tels que:
 - a) l'intervention d'un organe parlementaire EEE lors de la préparation des décisions du Conseil de l'EEE;
 - b) le droit des Etats membres de l'AELE de faire approuver, dans certains cas, les règles EEE par les parlements nationaux des Etats membres de l'AELE (exigence de l'autonomie décisionnelle en cas d'absence de co-décision véritable au niveau de l'EEE);

- 25 -

c) la possibilité pour les parlements nationaux de prendre une part active au processus national de préparation des décisions du Conseil de l'EEE.

- une surveillance efficace, de préférence au niveau de l'EEE, par un ou plusieurs organes indépendants afin d'assurer une application uniforme des règles communes dans tout l'EEE. L'exécution devrait se faire par les autorités nationales. La mise en place de ce système de surveillance efficace devra tabler sur le respect du principe de la subsidiarité (point n'est besoin de faire contrôler au niveau de l'AELE ou au niveau de l'EEE ce qui peut l'être efficacement au niveau des parties contractantes ou de certaines d'entre elles);

- une garantie judiciaire de l'interprétation uniforme des règles EEE par une Cour de l'EEE, juridiquement indépendante de la Cour de justice des Communautés européennes mais fonctionnellement intégrée à elle. Les voies de droit devraient comprendre une procédure préjudicielle et une procédure d'infraction (manquement), à la demande des parties contractantes et du ou des organes de surveillance.

Stellt man auf den Vorschlag der EG-Kommission für ein Verhandlungsmandat vom 8. Mai ab, muss es als zweifelhaft erscheinen, dass es im Rahmen eines EWR-Vertrages zu echten gemeinsamen Entscheidungsmechanismen kommen wird.

Etwas überspitzt bietet die EG-Kommission den EFTA-Ländern die Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und unter der Voraussetzung an, dass die EFTA für geeignete Parallelstrukturen im Bereich der Rechtsanwendung sorgt.

Der Zeitpunkt könnte sich sehr rasch nähern, wo die Schweiz zu dieser Art Angebot, das mehreren EFTA-Ländern als attraktiv genug erscheinen könnte, Stellung beziehen muss. Sollte diese Situation eintreten, wird die Verhandlungsdelegation den Bundesrat um neue Instruktionen ersuchen.

Das Einschwenken auf das Konzept der EG-Kommission hätte u.a. zur Folge:

- die Schaffung eines weisungsunabhängigen Ueberwachungsorgans in der EFTA, an das sich ein Staat oder Individuum wenden kann, wenn er oder es der Meinung ist, dass das entsprechende Land eine EWR-Regel verletzt
- die Unmöglichkeit eines einzelnen EFTA-Landes, im Entscheidungsverfahren am Dialog teilzunehmen, seine eigenen Anliegen selbst vorzubringen.

Der von der EG-Kommission in Aussicht gestellte Informationsaustausch und die Konsultation fände zwischen der EG-Kommission und einer von der EFTA zu bezeichnenden Stelle statt

- die echte Gefahr, dass der sogenannte EWR-Entscheidungsprozess zu einem Nachvollzugsprozess zuvor getroffener EG-Entscheide wird.

Die Uebernahme des Konzeptes der EG-Kommission bedeutete letztlich den Verzicht auf einen echten EWR-Mitentscheidungsmechanismus und die Schaffung gewisser EFTA-Parallelstrukturen zur EG. Eine gewisse Einengung des schweizerischen Freiraumes in der EFTA ohne wirkliche erhöhte Mitgestaltungsmöglichkeiten im für uns sehr viel wichtigeren europäischen EG-Umfeld könnte die Folge sein. Die Konsequenzen eines allfälligen Einschwenkens auf ein solches Konzept müssten logischerweise sein: Reduktion des als für den EWR-Vertrag als relevant anerkannten EG-Rechts und möglichst grosser Schutz der innerstaatlichen Institutionen.

Conséquences de l'EEE sur le droit public suisse

Les effets de la mise en place de l'EEE sur le droit constitutionnel et public suisse ont fait l'objet d'un "Aussprachepapier" du DFJP du 26 avril 1990, dont le Conseil fédéral a pris connaissance le 9 mai 1990. Cette question est particulièrement importante et nous envisageons de soumettre une note au Conseil fédéral à ce sujet lorsque ces conséquences pourront être évoluées avec plus de certitudes.

Ces effets seront fonction de la nature et de l'objet du futur Traité EEE. Il sera, dans chaque cas, indispensable d'assurer une cohérence juridique entre le droit de l'EEE et le droit suisse.

74 Conséquences de l'EEE sur les rapports entre le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale: délégations législatives

Il n'est pas possible, à ce stade, de définir précisément quelle sera l'étendue des délégations que le législateur suisse devra accorder au Conseil fédéral pour la mise en oeuvre de l'EEE.

On veillera à rechercher des formes de délégation législative qui respectent les critères juridiques habituels qui, dans l'ordre juridique suisse, doivent présider à l'octroi de telles délégation (base légale, but, précision de la délégation).

75 Stärkung der EFTA

Die Frage einer möglichen weiteren Stärkung der EFTA wird im Lichte der EWR-Verhandlungsergebnisse geprüft. Erst wenn das rechtlich-institutionelle Profil des Vertrages bekannt ist, lässt sich beurteilen, wie weit eine solche unerlässlich und sinnvoll ist. Im Sinne eines Beispiels: läuft der sogenannte EWR-Entscheidungsmechanismus auf ein blosses Informations- und Konsultationsverfahren hinaus, fehlt die Begründung einer Stärkung der EFTA im Bereich der Beschlussfassung. Allfällige Massnahmen liessen sich dann lediglich in der Ueberwachung der EWR-Regeln rechtfertigen. Anders wäre die Situation eventuell zu beurteilen, wenn ein echter gemeinsamer Entscheidungsmechanismus ausgehandelt würde, wo EG- und EWR-Revisionsverfahren zeitlich streng aufeinander abzustimmen sind.

Selbstverständlich ist die Frage einer Stärkung der EFTA auch im Blick auf eine mögliche Präjudizierung von Alternativlösungen, namentlich der Möglichkeit eines späteren

EG-Beitritts, zu prüfen. Grundsätzlich ist dabei wohl davon auszugehen, dass durch ein Eingehen auf die Vorstellungen der EG-Kommission zur Stärkung der EFTA eine spätere Neuregelung des Verhältnisses zur EG eher erschwert werden dürfte.

Schliesslich ist auch die Tatsache im Auge zu behalten, dass je nach Ausgestaltung der Stärkung der EFTA die Gefahr einer doppelten Marginalisierung der Schweiz steigt.

Würde die EFTA, neben den einzelnen EFTA-Staaten, Vertragspartei des EWR-Vertrages, könnte dies zu Unklarheiten in der Kompetenzabgrenzung zwischen EFTA und EFTA-Ländern führen, bedeutete vor allem aber den Anfang einer Entwicklung, die der Schweiz das selbständige Auftreten gegen aussen, und zwar nicht nur im Verhältnis zur EG, zusehends erschwerte. Sollte die EG darauf bestehen, dass die EFTA Vertragspartei wird, wird der Bundesrat aufgrund einer Lagebeurteilung um neue Instruktionen ersucht.

Die schweizerische Delegation wird andererseits nichts unterlassen, um ein einheitliches, wirkungsvolles Auftreten der EFTA-Länder in den EWR-Verhandlungen sicherzustellen.

8. Rapports entre l'EEE et l'adhésion

La Suisse n'envisage actuellement aucune démarche concrète en faveur de l'adhésion de la Suisse à la Communauté. Elle n'exclut cependant pas ce choix à plus long terme. En conséquence, et sans préjudice de décisions ultérieures, il convient d'engager la négociation relative à l'EEE de manière à ne rendre en aucun cas plus difficile une éventuelle procédure d'adhésion.

IV. Crédit de négociation

La négociation va entraîner notamment pour le Bureau de l'intégration du DFAE/DFEP, l'OFAEE/DFEP, la DDIP/DFAE, l'OFJ/DFJP et pour d'autres offices de l'administration ainsi que pour la Mission suisse auprès des CE et la Délégation permanente auprès de l'AELE

et du GATT des dépenses supplémentaires qui ne pourront pas être couvertes par le budget ordinaire. Ces dépenses seront occasionnées par l'augmentation du nombre des voyages de services, principalement à Genève et à Bruxelles, pour participer aux négociations, mais aussi dans les capitales des pays de l'AELE et de la CE, pour procéder à des consultations informelles. Ce surcroît de dépenses sera également occasionnés par l'organisation de réunions de négociation à l'invitation de la Suisse ainsi que par un accroissement des activités de représentation liées aux négociations.

A l'instar de ce qui a été fait pour les négociations de l'Uruguay Round du GATT, nous proposons l'ouverture d'un crédit de négociation. Au vu de l'ampleur de ces négociations (au minimum 3 réunions ministérielles par semestre, réunions fréquentes de 7 groupes de négociation pays de l'AELE/CE, d'environ 50 groupes de négociations intra-AELE), l'augmentation des dépenses sera importante. Nous proposons donc un crédit de 600'000.-- francs par an en faveur de l'OFAEE - pour le compte de la délégation de négociation nommée le 11 avril "Négociations économiques" (703.201.01) à compter du 1er juillet.

EIDG. DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

Aufgrund des Antrages des EDA und EVD vom

In Anbetracht der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens,

wird beschlossen:

1. Die im Antrag enthaltenen Verhandlungsrichtlinien werden genehmigt.
2. Die Verhandlungsdelegation erstattet dem Bundesrat regelmässig Bericht über den Verlauf der Verhandlungen.
3. Erweist sich in Anbetracht der Verhandlungssituation eine Anpassung der Richtlinien als notwendig, ersucht die Verhandlungsdelegation um neue Instruktionen.
4. Der Verhandlungsdelegation wird ein jährlicher Kredit von Fr. 600'000.- zugesprochen, beginnend ab 1.7.1990, der im BAWI unter dem Posten Wirtschaftsverhandlungen eingestellt wird.

Für getreuen Auszug:
der Protokollführer:

IV. Crédit de négociation

La négociation va entra ner notamment pour le Bureau de l'intégration du DEAE/DPEP, l'OFAR/DPEP, la DDIP/DEAE, l'OFJ/OFJ et pour d'autres offices de l'administration ainsi que pour la Mission suisse auprès des CE et la Délégation permanente auprès de l'AE

Anhang
(vertraulich)

Erläuterungen zu den Richtlinien für die EWR-Verhandlungen

- I Folgen einer Anpassung des schweizerischen Rechts an das EG-Recht
- II Warenverkehr
- III Allgemeines

Der im Rahmen unserer Vertragsbeziehungen mit der EWG und der EGKS verwirklichte **bilaterale Besitzstand** wird mit der Schaffung des EWR **nicht verringert**, d.h. es erfolgt kein Rückschritt hinter den bestehenden Liberalisierungsgrad und gefestigte Diskriminierungsverbote. Dies wurde während der Exploration weder von den übrigen EFTA-Ländern noch von der EG je in Frage gestellt. Dies gilt in materieller Hinsicht für den bereits erzielten grenzüberschreitenden industriellen Freihandel. Nicht in den Anwendungsbereich des EWR fallen weiterhin grundsätzlich die Schutzmassnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, einschliesslich alkoholische Getränke, sowie die Beträge, die dem Preisausgleich für die in den Erzeugnissen der Nahrungsmittelindustrie enthaltenen landwirtschaftlichen Ausgangsstoffe dienen (Protokoll Nr. 2). Obzwar die Uebernahme der EG-Agrarpolitik nicht zur Diskussion steht, hat die EG das Begehren nach Verhandlungen über einen **verbesserten Marktzu- gang**, namentlich für **Agrarprodukte** aus den südlichen EG-Staaten, angemeldet und mögliche Konzessionen der EFTA-Länder als Beitrag zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in verschiedenen Regionen der EG erwähnt. Während die andern EFTA-Länder gegebenenfalls zu präferentiellen Zugeständ-

nissen auf der Grundlage des Art. XXIV GATT bereit scheinen, sollten solche Verhandlungen aus schweizerischer Sicht im Rahmen der laufenden **GATT-Uruguay-Runde** stattfinden, wo in der Endphase so oder so ein traditioneller Konzessionsaustausch (Zollabbau, nichttarifarisches Massnahmen) stattfinden wird. Die von der EG ferner als wünschbar erachteten Vereinfachungen beim Erstattungs-/Abschöpfungs-system aufgrund tatsächlicher Marktpreisunterschiede möchte die Schweiz, zusammen mit einer Ausdehnung der Liste landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse, im Rahmen des Protokolls Nr. 2 behandeln; sie wird dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung aussereuropäischer Partner genügend Rechnung tragen. Inwieweit die EG diese Vereinfachungen nicht auch auf einzelne Landwirtschaftsprodukte ausdehnen möchte, ist unbekannt. Aufgrund des schweizerischen Agrarprodukteimportüberschusses und des hohen Inlandpreisniveaus dürften die budgetmässigen Auswirkungen für die Schweiz negativ ausfallen.

Mit der Errichtung des EWR wird nicht ausschliesslich der grenzüberschreitende Verkehr mit Abkommenswaren anvisiert, wie er weitestgehend bereits erreicht ist, sondern die Vermarktung und die freie Zirkulation solcher Waren innerhalb des EWR. Vor diesem Hintergrund kommt der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse und den Liberalisierungsschritten beim öffentlichen Beschaffungswesen - auch hier besteht Parallelität zur GATT-Uruguay-Runde - sowie der gemeinsamen Ueberwachung der Wettbewerbsbedingungen eine erhöhte Bedeutung zu.

112 Abbau der physischen Grenzen

112.1 Zollrecht

In den Explorationsgesprächen stand die Alternative eines freien Warenverkehrs von EWR-Ursprungswaren jener gegenüber, die auch Nicht-EWR-Ursprungswaren einschliessen würde. Die Verwirklichung eines freien Warenverkehrs von Nicht-EWR-Ursprungswaren hätte eine gemeinsame Zolltarifpolitik gegenüber Drittländern und eine

Tarifharmonisierung notwendig gemacht, was die Schaffung einer Zollunion bewirkt, aber wegen des Ausschlusses der Landwirtschaft und der Steuerharmonisierung trotzdem den Wegfall der physischen Grenzbarrieren nicht ermöglicht hätte. Schweizerischerseits hätte die Bildung einer EG/EFTA-Zollunion eine Änderung der Bundesverfassung, des Zollgesetzes vom 1. Oktober 1925 sowie verschiedener Verordnungen erfordert. Die EG-Kommission übermittelte den EFTA-Ländern das einschlägige EG-Zollrecht nicht, sondern bezeichnete die Verwirklichung einer Zollunion mit den EFTA-Staaten im jetzigen Zeitpunkt als schwierig, ohne dass die EFTA-Länder entsprechenden Einsitz in die Entscheidungsorgane der EG hätten, was nur EG-Mitgliedstaaten vorbehalten bliebe.

Vor diesem Hintergrund schien es ihr realistischer, ein entsprechend **verbessertes Freihandelssystem** anzustreben. Die Mehrheit der EFTA-Länder schloss sich dieser Meinung an, weshalb es in den Verhandlungen darum gehen wird, im Bereich der Zollverfahren die Kontrollen und Formalitäten im grenzüberschreitenden Güterverkehr zu erleichtern. Im vertraglichen Ursprungsbereich sollten **substantielle Verbesserungen** verwirklicht werden.

Für die Verwaltung wie für die Wirtschaft werden damit Vorteile erzielt, aber auch neue Verpflichtungen entstehen. Dabei ist unsicher, inwieweit die EG sich auf die EFTA-Vorschläge einlassen wird.

Neben diesen Verhandlungen wird die Eidg. Zollverwaltung während der nächsten Jahre das Zollgesetz sowie die Verordnung zum Zollgesetz unter Berücksichtigung der EG-Zollbestimmungen revidieren und dabei die erforderlichen Anpassungen vornehmen.

113 Beseitigung technischer Handelshemmnisse

113.1 Generelle Prinzipien

Auf dem Gebiet der technischen Vorschriften beruht die Gewährleistung des freien Warenverkehrs in der EG heute auf der Grundlage der drei folgenden Prinzipien:

- der Harmonisierung der Rechtsvorschriften bezüglich der grundlegenden Sicherheitsanforderungen oder sonstiger Anforderungen im öffentlichen Interesse (Gesundheits-, Konsumenten-, Umweltschutz), denen die in Verkehr gebrachten Waren genügen müssen,
- dem Cassis-de-Dijon Prinzip, das besagt, dass im nichtharmonisierten Bereich alle Waren, die gemäss den geltenden Bestimmungen eines Mitgliedstaates auf den Markt gelangten, auch in allen übrigen Mitgliedstaaten frei zirkulieren können sollten, und
- der gegenseitigen Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen.

Die EG und die EFTA-Staaten stimmen grundsätzlich darin überein, dass diese drei Prinzipien auch die Grundlage eines künftigen EWR-Vertrages auf dem Gebiet der technischen Vorschriften bzw. zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse bilden sollen. Auf Seiten einzelner EFTA-Staaten wird zur Zeit allerdings noch geprüft, ob für gewisse sensitive Bereiche, für die auf Seiten der EG keine harmonisierten Vorschriften bestehen, der Erlass einer Harmonisierungsrichtlinie angeregt werden sollte, um dadurch der Anwendung des Cassis-de-Dijon Prinzips auf diese Bereiche vorzubeugen. Bis anhin sind dazu jedoch noch von keinem EFTA-Staat konkrete Vorschläge eingereicht worden. Dies bedeutet demzufolge, dass solche Vorschriften von den EFTA-Staaten künftig im Einzelfall auf eine analog zu Artikel 36 EWGV vorzuziehende Bestimmung, die insbesondere im Interesse der öffentlichen Sicherheit sowie zum Schutz von Gesundheit und Umwelt Ausnahmen vom Verbot der mengenmässigen Beschränkungen sowie der Massnahmen gleicher Wirkungen ermöglichte, abzustützen wären.

113.2 Unproblematische Bereiche

Die Liste der für einen künftigen EWR-Vertrag relevanten EG-Harmonisierungsrichtlinien umfasst, ohne die zahlreichen Ergänzungen zu zählen, weit über dreihundert. Hinsichtlich der Rele-

vanz besteht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Einigkeit zwischen der EG und den EFTA-Staaten.

Was den Inhalt dieser Richtlinien anbelangt, sind sowohl für die EFTA-Staaten als gesamt wie auch für die Schweiz **die meisten Richtlinien akzeptabel**. Aus schweizerischer Sicht können namentlich alle gemäss der neuen Konzeption von 1985 erarbeiteten sogenannten new-approach Richtlinien (Maschinen, einfache Druckbehälter, Bauprodukte, elektromagnetische Verträglichkeit, persönliche Schutzausrüstungen, Spielzeuge), sowie die sogenannten old-style Richtlinien in den Bereichen Aufzüge und Hebezeug, Gasgeräte, Haushaltgeräte, Textilien, Messinstrumente, elektrische Apparate, Fernmeldegeräte, medizinische Geräte und Pharmazeutika ohne oder durch bloss **geringfügige Aenderungen des schweizerischen Rechts** übernommen werden.

Bei drei Produktbereichen - Pharmazeutika, medizinische Geräte und Bauprodukte - liegt die **Kompetenz** zum Erlass von Vorschriften heute allerdings zu einem grossen Teil nicht beim Bund, sondern **bei den Kantonen**. Nach heutiger Einschätzung der Lage ist davon auszugehen, dass die Schweiz aufgrund eines künftigen EWR-Vertrages auch auf diesen Gebieten den Erlass gesamtschweizerisch einheitlicher Vorschriften für das Inverkehrbringen und die Verwendung solcher Erzeugnisse zu gewährleisten haben wird.

113.3 Problematische Bereiche

Namhafte **Probleme** bei der Uebernahme des EG-Rechts würden sich dagegen für die Schweiz in folgenden Produktbereichen ergeben:

- Lebensmittel
- Motorfahrzeuge: Masse und Gewichte
- Motorfahrzeuge (Motorwagen, Motorräder, Traktoren):
Abgas- und Lärmvorschriften
- Motorfahrzeuge (Motorwagen, Traktoren): Anerkennung der Typenprüfung ganzer Fahrzeuge

- Kleinflugzeuge: Lärmvorschriften
- Chemikalien, Pestizide, Dünger und Waschmittel.

Neben wenigen Gesetzesänderungen wären dazu stets auch Anpassungen auf Verordnungsstufe erforderlich, liegt doch die Problematik auf dem Gebiet der technischen Vorschriften in der Regel bei der Festlegung von Grenzwerten und Prüfmethode oder beim Aufstellen von Positiv- und Negativlisten erlaubter bzw. verbotener Stoffe und Hilfsstoffe.

Für **Lebensmittel und Kosmetika** werden die EG-Vorschriften bezüglich der Verwendung von Zusatz- und Fremdstoffen, der erlaubten Pestizidrückstände sowie der bakteriologischen Reinheit als veraltet bzw. lückenhaft erachtet. Eine Anpassung ans bestehende EG-Recht wäre mit einem teilweisen Abbau des Gesundheitsschutzes verbunden. Ein Teil der zur Zeit bestehenden Probleme dürfte jedoch entfallen, sobald die gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen EG-Richtlinien in Kraft treten. Im Interesse eines verbesserten Gesundheitsschutzes wäre insbesondere bei den Vorschriften betreffend Fremdstoffe, Pestizidrückstände und bakteriologischer Reinheit eine aktive Mitwirkung der EFTA-Staten bei der Erarbeitung einer künftigen für den ganzen EWR-Raum geltenden, einheitlichen Regelung anzustreben.

Im Bereich des **Giftgesetzes** würde die Uebernahme der bestehenden EG-Richtlinien ebenfalls eine gewisse Verminderung des Gesundheitsschutzes bedeuten. Die auf diesem Gebiet in Vorbereitung befindlichen EG-Richtlinien dürften in dieser Hinsicht nur teilweise eine Verbesserung bringen. Es bleibt daher zu prüfen, welche ergänzenden Massnahmen auf nationaler Ebene allenfalls getroffen werden könnten, um das heutige Schutzniveau aufrechtzuerhalten.

Bei allen **übrigen** obenerwähnten **Problemfällen** handelt es sich um Vorschriften, deren **Uebernahme** eine mehr oder weniger starke **Lockerung bestehender oder geplanter künftiger Vorschriften zum Schutz der Umwelt** nach sich zögen. Angesichts der in jüngster Zeit zunehmend rascheren Gangart der EG

in der Umweltpolitik sowie in Berücksichtigung der Tatsache, dass in der einheitlichen Europäischen Akte für den Umweltbereich ausdrücklich eine Harmonisierung auf einem hohen Schutzniveau gefordert wird, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die EG den Vorsprung der EFTA-Staaten bzw. der Schweiz bald wettgemacht haben wird. Die meisten Probleme im Umweltbereich sollten sich daher durch **zeitlich befristete Uebergangsregelungen** qualitativer Art lösen lassen, wobei dies jeweils durch die Festlegung zeitlich und inhaltlich fixierter gemeinsamer Zielvorgaben zu erfolgen hätte. Dies dürfte insbesondere in jenen Bereichen Aussicht auf Erfolg haben, wo die EFTA-Staaten zur Zeit einen gemeinsamen Gegenvorschlag zum bestehenden EG-Recht ausarbeiten wie z.B. im Bereich der Abgasvorschriften für Motorwagen. **Schwieriger** dürfte es dagegen dort werden, wo die **Vorbehalte der Schweiz** betreffend Uebernahme des EG-Acquis von der Mehrheit der übrigen EFTA-Staaten nicht geteilt werden, wie z.B. im Bereich der Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge (Motorwagen, Motorräder, Traktoren) und Kleinflugzeuge. Ein weiterer Problembereich betrifft ferner die Anerkennung der Typenprüfung ganzer Fahrzeuge, d.h. von Motorwagen und Traktoren. Solange die Schweiz signifikant strengere Abgas- und Lärmvorschriften kennt, ist die Uebernahme des entsprechenden EG-Acquis jedenfalls nicht möglich. Für gewisse Probleme könnten daher - je nach Verlauf der künftigen Verhandlungen - statt der von uns angestrebten qualitativen Uebergangsregelungen schliesslich doch noch Ausnahmen erforderlich werden, zumindest was die Motorfahrzeuge anbelangt.

Die Uebernahme der EG-Richtlinien betreffend **Masse und Gewichte von Motorfahrzeugen** hätte schliesslich zur Folge, dass u.a. die "Gewichtslimite" für Lastwagen auf 40 t erhöht werden müsste. Da jedoch in erster Linie "verkehrspolitische" Gründe massgebend sind für diese aus schweizerischer Sicht vorläufig einzige Ausnahme im Bereich der technischen Vorschriften, erfolgt die Begründung dafür im Abschnitt 31 "Transports terrestres" im Kapitel "Freier Dienstleistungsverkehr".

114 Marchés publics

La reprise de l'acquis communautaire dans le cadre des marchés publics - qui représentent 15 à 20% du produit intérieur brut dans la CE - concerne actuellement les fournitures, les travaux publics et les moyens de recours permettant d'assurer une application efficace des règles prévues. Les négociations porteront également sur l'ouverture des marchés publics dans les secteurs de l'eau, de l'énergie, des transports et des télécommunications, où une directive communautaire devrait être adoptée d'ici la fin de l'année, et sur les marchés publics des services ainsi que sur les directives sur les moyens de recours s'y rapportant.

La libéralisation envisagée couvre la Confédération, les cantons et les communes. Toutefois, la reprise des règles communautaires exigera des changements substantiels, notamment l'inclusion des travaux publics. La Confédération est déjà soumise au code du GATT sur les marchés publics pour les fournitures. Les cantons et les communes appliquent à différents degrés des régimes préférentiels pour les entreprises établies sur leur territoire. Par conséquent, la reprise de l'acquis communautaire exigera des modifications importantes des règlements et politiques de soumission.

Pour assurer la non-discrimination des soumissionnaires étrangers, la Confédération ainsi que les cantons et les communes devront introduire des procédures afin que les décisions prises par les pouvoirs adjudicateurs puissent faire l'objet de recours efficaces par toute personne ayant ou ayant eu un intérêt à obtenir un marché public de fournitures et de travaux déterminé et ayant été ou risquant d'être lésée par une violation alléguée.

Un problème particulier se pose en raison de la politique suisse de stabilisation de la main-d'oeuvre étrangère. Cette politique a pour effet de restreindre considérablement les possibilités des soumissionnaires étrangers, notamment dans la construction, de participer aux soumissions en Suisse, du fait qu'ils ne dis-

posent pas de la main-d'oeuvre nécessaire pour l'exécution des contrats. Il en découle qu'une conditio sine qua non de la libéralisation des marchés publics de travaux est l'obtention par les entreprises étrangères des unités de travail dont elles auront besoin; un régime s'écartant de cette condition serait discriminatoire et ne serait pas acceptable pour la Communauté.

L'adaptation des régimes juridiques des cantons et des communes exigera une période transitaire d'environ trois ans.

115 Aides publiques

La Suisse ne pourrait que profiter d'une meilleure surveillance de l'octroi des aides publiques assurant le respect du principe selon lequel toute aide susceptible d'affecter les échanges entre les pays de l'EEE est incompatible avec le bon fonctionnement d'un accord sur l'EEE. Il en résulterait des conditions de concurrence égales, dans l'intérêt en particulier de la Suisse qui, par rapport aux autres pays membres de la CE et des pays de l'AELE, connaît des aides publiques minimales.

Si les principes généraux applicables aux aides publiques sont ancrés dans le Traité de Rome (art. 92 à 94), les formes d'aides admises, les critères généraux d'appréciation et les règles de procédure sont quant à eux principalement définis dans une série de communications, lettres aux Etats membres, programmes d'encadrement de la CCE ainsi que dans une série d'arrêts de la Cour de justice. Ces textes n'ont jamais fait l'objet de discussions substantielles avec la CE, de sorte que l'acquis communautaire à considérer comme pertinent n'a pas été défini de manière conjointe avec la CE. Les experts des pays de l'AELE se sont basés sur une première liste indicative que leur avait envoyée la CCE.

Un lien étroit existe entre les dispositions matérielles et les questions institutionnelles (institution d'une procédure de surveillance efficace et d'un organe commun) ainsi qu'entre les dispositions spécifiques aux aides publiques et les politiques communautaires (transports, recherche et développement, etc.); toute réponse définitive à la reprise de l'acquis communautaire en matière d'aides publiques dépendra donc de la solution qui sera trouvée au cours des négociations dans ces deux domaines (institutionnel et politiques communautaires en général).

Si l'acquis communautaire devait être repris tel quel, il y aurait, au stade actuel des discussions entre pays de l'AELE, principalement des implications dans les deux domaines suivants:

Les **règles** seraient applicables dans toute la Suisse, incluant ainsi la **Confédération** et les **Cantons**. Elles ne nécessiteraient vraisemblablement aucune adaptation matérielle des politiques actuelles en Suisse. Pour ce qui est des règles de **politique régionale**, les critères utilisés par la CCE (le chômage structurel et le revenu) pour la délimitation des régions nous poseraient des problèmes, car ils limiteraient l'espace pouvant être mis au bénéfice de la politique régionale en Suisse. C'est pourquoi les pays de l'AELE insisteront dans les négociations afin qu'il leur soit attribué un degré d'autonomie suffisant quant à la délimitation des régions.

116 Wettbewerbsrecht

Die EG verfügt bekanntlich über ein supranationales Wettbewerbsrecht, das direkt an die Unternehmen gerichtetes Verhaltensrecht beinhaltet; es wird nach einheitlichen Kriterien angewandt und durchgesetzt. Demgegenüber sind die Wettbewerbsbestimmungen der EFTA-Konvention und der Freihandelsabkommen zwischen der EG und den EFTA-Staaten von anderer Qualität. Letztere stellen im Grunde weder objektiv verwirklichtbares noch unbedingt durchsetzbares Wettbewerbsrecht dar, sondern umschreiben die Voraussetzungen, unter denen die Vertragsparteien im Hinblick

auf die Beseitigung privat verursachter Handelsbeeinträchtigungen ein Konsultations- und Schutzverfahren einleiten können.

Um im EWR die vier Freiheiten, die sich nicht nur auf die Grenzüberschreitung, sondern auch ihre Ausübung beziehen, im grösstmöglichen Mass verwirklichen zu können und dabei die Chancengleichheit zwischen den EWR-Marktteilnehmern zu gewährleisten, kommt der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für den ganzen EWR-Raum ein grosses Gewicht zu. Der Forderung der EG, für Unternehmen, staatliche Monopole und Dienstleistungen im zwischenstaatlichen Handel griffigere wettbewerbsrechtliche Bestimmungen im EWR als in den Freihandelsabkommen vorzusehen, so dass sie jenen des Römer Vertrages im Ergebnis einigermaßen äquivalent sind, kann die Berechtigung nicht abgesprochen werden, sollen sie doch verhindern, dass abgebaute staatliche Wirtschaftsschranken durch Private wieder errichtet werden.

Die **EFTA-Position** anerkennt denn auch die Notwendigkeit, einen für den ganzen EWR anwendbaren Wettbewerbskodex zu entwickeln. Dies setzt indessen voraus, dass den EWR-Wettbewerbsregeln, wo sie anwendbar sind, Vorrang vor denjenigen der Vertragsparteien zukommt. Nach den Vorstellungen der EFTA-Staaten wäre anhand vertraglich festgelegter, einheitlicher Kriterien zu entscheiden, ob eine bestimmte Wettbewerbspraktik EWR-konform ist oder nicht, wobei geeignete Organe auf internationaler Ebene über die Einhaltung des Wettbewerbsrechts wachen würden. Die Kompetenzabgrenzung zwischen den internationalen und den nationalen Behörden würde so geregelt, dass die Sachverhaltsermittlungen und die Durchsetzung der Entscheide in der Verantwortung der nationalen Behörden verbleiben würden. Die EGK hat sich bisher zur Frage des Vorrangs nicht äussern wollen. Dem jüngsten Verhandlungsmandat ist immerhin zu entnehmen, dass die EG das Zweisäulenmodell favorisiert. Gerade im Wettbewerbsrecht ist aber das Zweisäulenmodell von der Sache her überaus problematisch, müsste doch beispielsweise die EFTA Massnahmen gegen Verhaltensweisen Privater beschliessen, die sich gar nicht innerhalb der EFTA auswirken. Das zu schaffende materielle Wettbewerbsrecht wird denn auch nicht zuletzt von der Lösung institutioneller Fragen abhängen.

Die kommenden Verhandlungen verlangen daher Flexibilität. Es wird unvermeidlich sein, Wettbewerbsbestimmungen auszuhandeln, welche eindeutig einschneidender sein werden als jene der Freihandelsabkommen und der EFTA-Konvention. Es ist aber möglichst zu vermeiden, dass daraus ein Zwang zur Revision des Kartellgesetzes erwächst; da im EWR wettbewerbsrechtliche Verhaltensweisen zu regeln sein werden, welche sich auf den zwischenstaatlichen Handel auswirken, sollte dies keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Die Verhandlungen haben im engen Einvernehmen mit den interessierten Stellen von Verwaltung und Privatwirtschaft zu erfolgen.

117 Geistiges Eigentum

Die Angleichung des Immaterialgüterrechts stellt eine zentrale Voraussetzung eines EWR mit angeglichenen Wettbewerbsbedingungen dar. Sie bringen den in Europa tätigen Unternehmen die grossen Vorteile einer einheitlichen und damit gesamthaft auch einfacheren Ordnung, verbunden mit einer Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen.

Der eigentliche anerkannte Acquis Communautaire im Immaterialgüterrecht ist von noch recht geringem Bestand: Er beschränkt sich auf das Markenrecht sowie auf den Rechtsschutz von Topographien von Halbleitererzeugnissen. Demgegenüber basiert das Gemeinschaftspatentübereinkommen auf Formen des völkerrechtlichen Vertrages und sieht selbständige Beitrittsmöglichkeiten für EFTA-Staaten vor, die zugleich Vertragspartei des Europäischen Patentübereinkommens sind.

Eine Vielzahl von Instrumenten befindet sich noch im Entwurfsstadium, womit zugleich die Bedeutung der Mitbestimmung in der künftigen Entwicklung hervorgehoben ist. Es handelt sich dabei um Projekte betreffend die Gemeinschaftsmarke sowie den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen und von Computerprogrammen. Noch für dieses Jahr sind zwei Vorschläge betreffend die sogenannte "Patent Term Restoration" für pharmazeutische Produkte und die Vermietungs- und Verleihrechte im Bereich des Urheberrechts vorgesehen.

Die gegenwärtige Revision des Patentgesetzes (Teilrevision), und die Totalrevisionen des Markenrechts wie auch des Urheberrechts erlauben es, weitgehendst auf das bestehende und sich abzeichnende EG-Recht Rücksicht zu nehmen.

Die **Uebernahme** des bereits in Kraft getretenen, materiellen **Acquis Communautaire** (sekundäres Recht) bietet der Schweiz **keine grösseren Probleme**, die eine ständige Ausnahme oder zeitlich beschränkte Uebergangsbestimmungen erfordern würden. Allerdings gilt es, zwei eigentliche Probleme, die auf zwei Ebenen bestehen, in den Verhandlungen zu lösen:

- Die Kommission will die Drittlandbeziehungen im Rahmen des Topographischenschutzes in den Acquis einbeziehen und ihre Reziprozitätserklärung auch für die EFTA-Staaten Anwendung finden lassen, um Handelsverzerrungen zu vermeiden. Das konfliktiert mit unserer Politik, für Drittlandbeziehungen autonom zu bleiben, weshalb diese EG-Ratsentscheidungen von den Verhandlungen ausgeschlossen werden sollten;
- Die Uebernahme von Art. 30 und 36 EWG-Vertrag und der dazu gehörenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes führt zur regionalen, EWR-weiten Erschöpfung der Immaterialgüterrechte. Daher sollten auslegende Erklärungen zur EG-Praxis von Art. 30 und 36 EWG-Vertrag, insofern weitere Abklärungen ein wirtschaftliches Bedürfnis hierzu aufdecken, ausgehandelt werden.

In den Verhandlungen könnten ferner eigentliche Beitrittsrechte zum Gemeinschaftspatentübereinkommen sowie zur Gemeinschaftsmarke für EFTA-Staaten, die dies wünschen, angestrebt werden. Darüber hinaus wäre die Sicherstellung von Partizipationsrechten bei der Aus- und Weiterbearbeitung gegenwärtiger und künftiger Projekte der EG in allen Bereichen des Immaterialgüterrechts anzustreben.

118 Produktehaftpflicht

Die EG-Richtlinie von 1985 sieht eine verschuldensunabhängige Haftung für den durch den Fehler eines Produkts verursachten Schaden vor. Der Haftung unterstehen der Hersteller sowie der Importeur, der Produkte aus Nicht-EG-Staaten importiert. In Expertengesprächen im Rahmen der Folgearbeiten von "Luxemburg" zwischen der EG-Kommission und den EFTA-Ländern wurde angeregt, die Haftung des Importeurs im Verhältnis zwischen EG- und EFTA-Staaten zu beseitigen, da sie den Handel beeinträchtigen könnte. Die EG-Vertreter zeigten sich dazu bereit, sofern die EFTA-Staaten das Lugano-Übereinkommen von 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ratifizieren sowie der EG-Richtlinie vergleichbare Produktehaftpflicht-Gesetze erlassen.

Die Übernahme der EG-Richtlinie im Rahmen des EWR bringt für schweizerische Hersteller und Importeure eine gewisse Verschärfung der Haftung. Nach heutigem Recht (Art. 55 OR) gilt für den Geschäftsherrn eine verschuldensunabhängige Haftung mit Entlastungsmöglichkeit. Doch die Rechtsprechung des Bundesgerichts hat an den Entlastungsbeweis so strenge Anforderungen gestellt, dass die Haftungsverschärfung nicht stark ins Gewicht fällt. Wenn andererseits erreicht werden kann, dass die Haftung des Importeurs im Handel zwischen den Staaten des EWR beseitigt wird, so bringt die Übernahme der EG-Richtlinie für die schweizerische Exportindustrie Vorteile. Eine Besserstellung ergibt sich auch für die Geschädigten in der Schweiz, für die Konsumenten.

Die Schweiz sollte daher **die EG-Richtlinie übernehmen, unter der Voraussetzung, dass die Haftung des Importeurs zwischen den Staaten des EWR beseitigt wird.** Da aber die Verschärfung der Produktehaftpflicht innenpolitisch umstritten ist und die EG-Richtlinie dem nationalen Gesetzgeber in manchen Fragen Gestaltungsfreiheit lässt, sollte eine Anpassungsfrist von 4-5 Jahren

Urheberrechte vorbehalten.

vorgesehen werden, damit genügend Zeit für die Konsensfindung bleibt.

119 Energie

Malgré l'absence de dispositions dans le traité de Rome révisé par l'Acte unique transférant de façon claire la totalité des compétences des Etats membres à la Commission en matière de politique de l'énergie, la Commission des CE a communiqué aux pays de l'AELE une liste de **l'acquis communautaire existant** comprenant des dispositions sur l'obligation de stockage de combustibles liquides, la réduction de la consommation de pétrole ainsi que les procédures d'information et de consultation en matière de définition des prix des produits pétroliers notamment. Cet acquis n'a pas été identifié conjointement et, du point de vue de la Suisse, comme de celui des autres pays de l'AELE, **la reprise de cet acquis n'est pas nécessaire**. D'une part, elle nécessiterait une certaine harmonisation des politiques énergétiques nationales, voire même une politique commune de l'énergie qui irait à l'encontre de la volonté suisse de maintenir un haut degré d'autonomie dans le domaine de l'énergie. D'autre part, l'Accord de libre-échange de 1972 créé une zone de libre échange pour ces produits, par laquelle la libre circulation de ces biens est réalisée. Enfin, des conventions et organismes internationaux existants ont déjà pour but de renforcer la coopération dans les domaines de la politique de l'énergie, de la sécurité, de la protection de l'environnement, de la recherche et de l'approvisionnement notamment (Conventions sur le traitement et le transport de déchets dangereux, Agence internationale de l'énergie, organes spécialisés de l'OCDE, UCPTE, UNIPEDE etc.).

Quant aux **propositions de directives et de règlements que la Commission élabore actuellement** afin de réaliser un marché intérieur de l'énergie (transparence des prix, transit par réseaux, informations sur les investissements pour des projets concernant le gaz et l'électricité), elles pourraient avoir des effets sur les relations entre les Etats membres de la CE et les

pays de l'AELE, en particulier pour la Suisse qui se situe au centre du réseau électrique interconnecté. La question de l'intérêt d'une participation de la Suisse à l'élaboration des règles permettant de réaliser un marché intérieur de l'énergie (limité, non plus à la CE mais à l'EEE) ainsi qu'à certains programmes de recherche dans le domaine de l'énergie (THERMIE par exemple) reste ouverte jusqu'à ce que la situation dans la CE soit clarifiée.

12 Libre circulation des services

121 Services financiers

121.1 Deux problèmes d'ordre général se posent dans le domaine de la libre circulation des services financiers (banques, assurances, bourses et transactions en valeurs mobilières):

Premièrement, certaines dispositions du droit des sociétés devront être modifiées d'une manière générale dans le Code des obligations pour toutes les sociétés anonymes, pour tenir compte des exigences de l'acquis communautaire en matière de transparence et de comptes consolidés.

Il s'agit des dispositions concernant:

- la présentation du bilan et des comptes pertes et profits, en particulier de celles qui prévoient la possibilité de constituer des réserves latentes et l'obligation de présenter comptes et bilans consolidés;
- la composition du Conseil d'administration: abolition de l'exigence d'une majorité de citoyens suisses.

La révision du droit des sociétés en cours ne prévoit pas actuellement, sur ces points, des solutions conformes au droit européen. Or, il est clair qu'une telle adaptation sera une condition indispensable à la libre circulation des services finan-

ciers. Il n'est en particulier pas réaliste de penser qu'il soit possible de demander une solution spéciale pour la Suisse en ce qui concerne les règles comptables. En effet, d'une part les intérêts fondamentaux de notre pays et de notre économie ne sont pas en jeux. D'autre part, les filiales et les succursales des banques et assurances suisses établies dans la Communauté ont déjà dû s'adapter aux directives de la CE ou devront le faire.

Enfin, une adaptation aux dispositions communautaires aurait l'avantage de créer une plus grande transparence et donc une meilleure protection des investisseurs, des déposants et des assurés. On doit cependant s'attendre à une certaine opposition de la part des banquiers et, dans une moindre mesure, des assureurs et surtout de la part des PME qui seront appelées à s'adapter aux nouvelles règles lors de l'émission publique de valeurs mobilières.

Deuxièmement, les directives communautaires introduisent le principe de l'entraide administrative entre autorités de surveillance en matière bancaire, boursière, d'assurance et pour les affaires d'initiés. En Suisse, les autorités de surveillance ne disposent pas de compétences légales pour communiquer des informations aux autorités étrangères. Nous connaissons essentiellement le système de l'entraide juridique en matière pénale. Une nouvelle base légale devrait probablement être créée. Il est impensable de pouvoir négocier une exception dans ce domaine.

121.2 Banques

La loi fédérale sur les banques devra être modifiée en ce qui concerne:

- l'abolition, pour les banques de l'EEE, de l'obligation d'obtenir une autorisation pour l'établissement de succursales et la prestation transfrontière de services;
- la procédure d'admission pour des banques de pays tiers;

- la prise de participation dans une banque en mains étrangères (non-discrimination);
- la prise de participation dans des entreprises hors du secteur bancaire;
- l'introduction d'un système de garantie des dépôts;
- l'obligation de publier bilan et compte pertes et profits consolidés;
- l'appréciation et l'annonce des gros risques sur une base consolidée;
- l'autorisation d'accorder l'entraide administrative à d'autres autorités de surveillance.

Ces modifications ne devraient pas causer de problèmes insurmontables. A l'exception de l'entraide administrative, elles peuvent être effectuées en bonne partie par la modification de l'ordonnance sur les banques ou de la pratique de la Commission fédérale des banques.

En outre, les règles de syndication pour les obligations libellées en francs suisses, qui excluent les banques étrangères, devraient être abolies. Cette abolition est envisageable, même si elle comporte le risque que les émissions ne soient plus soumises au droit de timbre.

121.3 Assurances

Une partie de l'adaptation du droit suisse au droit européen est déjà prévue dans le projet de nouvelle loi sur l'assurance autre que vie, dont les travaux sont en cours et qui est destinée à transposer dans le droit suisse l'accord Suisse-CE du 10 octobre 1989 concernant l'assurance directe autre que l'assurance vie.

L'accord Suisse-CE vise le libre établissement des succursales et des agences de compagnies d'assurance non-vie. L'acquis communautaire à reprendre dans un traité sur l'EEE vise également la libre prestation des services transfrontière pour les grands risques. L'introduction de cette dernière exigera les modifications suivantes:

- le projet de loi sur l'assurance autre que vie devra être modifié afin qu'également les étrangers (et pas seulement les Suisses comme cela est actuellement le cas) soient protégés en cas de faillite. Il s'agit là d'une adaptation qui ne présente pas de difficultés;
- la modification de la loi sur la surveillance des assurances (LSA), du 23.6.1978. Le tarif uniforme prévu pour l'assurance responsabilité civile pour les véhicules à moteur sera en effet remis en question, du fait que les assureurs communautaires pourront fournir une couverture d'assurance pour les grands risques sans être soumis à la surveillance tarifaire en Suisse (principe de la surveillance par le pays d'origine). La remise en question du tarif uniforme représente une question politiquement sensible. Les milieux des consommateurs pourraient s'y opposer. Toutefois, elle n'affectera que les tarifs pour les grands risques (entreprises de transport), par opposition aux risques de masse (automobilistes individuels).

L'acquis communautaire à reprendre comprend également le libre établissement et la libre prestation de services dans le domaine de l'assurance vie. Cela exigera:

- soit la création d'une nouvelle loi sur l'assurance vie,
- soit de compléter la nouvelle loi sur l'assurance autre que vie pour y inclure l'assurance-vie.

La reprise de l'acquis communautaire demandera enfin les autres modifications supplémentaires suivantes:

- soumettre les agents et les courtiers à une surveillance qui devra être prévue soit dans une nouvelle loi, soit dans la LSA;
- modification de la loi fédérale sur le contrat d'assurance, du 2.4.1908, afin d'y introduire la possibilité d'une annulation du contrat pendant une courte période après signature (vieille demande des consommateurs);
- modification de la loi sur la prévoyance professionnelle. Un assureur communautaire aura en effet la possibilité de couvrir des risques de prévoyance professionnelle, ce qui soulève la question de sa solvabilité. La loi devrait être modifiée, afin de garantir cette solvabilité dans tous les cas.

Toutes ces modifications ne devraient pas donner lieu à des difficultés majeures.

121.4 Bourses et transactions en valeurs mobilières

La reprise de l'acquis communautaire pertinent nécessaire à la création d'un marché européen de valeurs mobilières exigera notamment:

- l'adaptation des dispositions suisses concernant les conditions d'admission à la bourse, les informations qui doivent être fournies dans le prospectus, périodiquement et lors de l'acquisition et de la cession d'une participation importante pour les titres cotés en bourse, et les informations à fournir lors de l'émission de titres cotés et non cotés en bourse. Les conditions d'admission aux bourses suisses sont contenues dans le règlement de cotation de l'Association des bourses suisses du 1.1.1987, établi sur la base du droit de deux cantons "boursiers", Zurich et Bâle. L'information à fournir dans le prospectus d'émission est également régie par le Code des obligations. Les dispositions suisses en matière d'informations à fournir aux investisseurs sont loin d'atteindre le niveau de transparence des directives communautaires et devront être sensiblement modifiées;

- l'abolition de la discrimination dont font l'objet actuellement les titres étrangers du fait que leur admission à la Bourse est soumise à l'approbation de l'Instance suisse d'admission, alors que cela n'est pas le cas pour les titres suisses.
- l'assujettissement des intermédiaires financiers non bancaires - qui échappent actuellement à toute surveillance, sauf dans les cantons de Zürich et Bâle - à des règles de surveillance analogues à celles des banques.

Pour tenir compte de ces exigences le droit suisse devra être adapté de la manière suivante:

- adoption d'une loi fédérale sur les bourses. Il n'existe en effet pas de droit boursier au niveau fédéral;
- adoption d'une loi fédérale sur les services financiers qui soumettrait à la surveillance les intermédiaires non bancaires;
- une modification des dispositions du CO concernant la présentation des comptes et du bilan des sociétés émettant des titres qu'elles soient cotées ou pas (Cf. chiffre 121.1 ci-dessus);
- une révision de la loi suisse sur les fonds de placement pour l'adapter aux directives communautaires correspondantes.

Les travaux concernant la création d'une loi sur les bourses et d'une loi sur les services financiers ont déjà commencé. Les milieux concernés se sont prononcés en faveur de ces deux nouvelles lois. Les cantons de Zurich et de Bâle s'opposent à une loi fédérale sur les bourses.

Les travaux concernant la révision de la loi suisse sur les fonds de placement sont également en cours et ne devraient pas donner lieu à des difficultés.

Par contre, il faut s'attendre à une opposition aux modifications des dispositions du CO concernant les réserves latentes, les règles de consolidation, l'information sur la répartition des actionnaires, la fréquence de l'information (Cf. chiffre 121.1 ci-dessus).

122 Services de communication et d'information

122.1 Services de télécommunication

Der Entwurf für ein neues Fernmeldegesetz, der sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindet entspricht dem geltenden EG-Recht. Seit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs durch den Bundesrat wurden jedoch neue Rechtsakte der EG im Entwurf bekannt, bei denen neben weitgehender Uebereinstimmung in wenigen Punkten Abweichungen des Schweizerrechts festzustellen sind.

Soweit absehbar, sind zwei gewichtige Abweichungen der schweizerischen Rechtsordnung gegenüber den EG-Entwürfen zu verzeichnen:

- Das Fernmeldegesetz sieht ein Monopol der PTT-Betriebe für den Grunddienst (Uebertragung und Vermittlung von Nachrichten auf einem Fernmeldenetz zugunsten Dritter) zur Sicherung der Grundversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft in allen Landesteilen vor, während ein EG-Richtlinienentwurf die Liberalisierung aller Fernmeldedienste ausser der Telefonie verlangt. Die Uebernahme der EG-Regelung hätte die Einschränkung des Monopols auf die Sprachübermittlung zur Folge, während Bild- und Datentransport zu liberalisieren wären. Das könnte mit Konsequenzen für die Erfüllung des Auftrages der PTT-Betriebe zur Sicherung der Grundversorgung im ganzen Lande verbunden sein. Eine entsprechende Aenderung des Fernmeldegesetzes müsste unter Beachtung der verschiedenen Interessen begleitet von den nötigen Massnahmen, z.B. tariflicher Art, vorgenommen werden.

- Die EG-Richtlinienentwürfe verlangen die Trennung von hoheitlichen und betrieblichen Funktionen, was z.B. bedeutet, dass eine Stelle ausserhalb der PTT-Betriebe für die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen, die Zulassung von Teilnehmeranlagen, die Strafverfolgung im Fernmeldeübertretungsstrafrecht, die Konzessionserteilung für Fernmeldenetze, die Frequenzverwaltung und ähnliches zuständig wäre. Das Fernmeldegesetz berücksichtigt dies erst teilweise und müsste angepasst werden. Eine Stelle im EVED (z.B. ein Bundesamt für Kommunikation) könnte mit diesen Aufgaben betraut werden.

Die erwähnten Aenderungen könnten im Rahmen der Behandlung des Fernmeldegesetzes in der vorberatenden Kommission des Ständerats als Zweitrat ab August 1990 diskutiert werden. Eine Uebergangsperiode für die Anpassungen ist ins Auge zu fassen. Allerdings sind für eine definitive Stellungnahme gesicherte Texte der EG abzuwarten, wenn auch die Grundzüge mit den vorliegenden Entwürfen bekannt sind.

122.2 Services audiovisuels

Dans ce domaine, il y a des divergences entre l'AELE et la CE en ce qui concerne ce qui doit être considéré comme l'acquis communautaire. Le fait qu'il existe deux instruments européens dans ce domaine en est la cause: la Directive CE sur la télévision du 3.10.1989 et la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière du 5.5.1989 qui lui est antérieure. Les deux instruments sont semblables quant à leur contenu mais ils diffèrent dans leur philosophie. La directive TV est axée sur l'aspect économique alors que la Convention TV entend garantir la liberté d'expression, le pluralisme de l'information et la diversité culturelle. Les deux approches aboutissent à quelques différences qui ont cependant toute leur importance, en particulier pour les petits pays.

Jusqu'à maintenant, les pays de l'AELE ont soutenu que, pour eux, c'est la Convention TV qui était l'instrument de référence pour l'EEE. Dans ce cas, pour la Suisse, il n'y aurait pas de

problèmes. Par contre si la directive TV des CE devait être reprise dans le traité EEE, nous devrions modifier le projet de loi sur la radio et la télévision actuellement en discussion au Parlement afin de:

- permettre la retransmission de programmes contraires aux dispositions de la législation suisse en matière de publicité. Ceci entraînerait une distorsion de concurrence pour les radiodiffuseurs suisses. La pression pour un alignement du droit des médias suisses sur les législations les plus libérales en Europe serait très forte. Ceci concernerait en particulier des dispositions relatives à la publicité, y compris la publicité pour l'alcool. Le Conseil fédéral n'aurait par ailleurs plus de marge de manoeuvre pour limiter la publicité pour l'alcool dans les programmes étrangers repris dans le câble;
- permettre la retransmission en Suisse d'un programme étranger qui aurait empêché par des contrats d'exclusivités la SSR de diffuser des images d'un événement d'une importance majeure;
- introduire un système de quotas pour les oeuvres audiovisuelles d'origine européenne. Un tel système va à l'encontre de la politique suisse des médias et serait incompatible avec le Code des transactions invisibles de l'OCDE.

123 Transports

123.1 Transports terrestres

La reprise de l'acquis communautaire concernant les poids et les mesures des véhicules pour le transport de marchandises entraînerait notamment la modification des prescriptions suisses sur le poids maximum des camions (28 tonnes), ce qui constitue, comme on le sait, un problème politiquement très sensible. Une telle reprise aurait pour effet une forte augmentation du trafic, qui poserait des problèmes du point de vue de l'environnement et de la sécurité routière. Elle représenterait d'autre

part une perte considérable de crédibilité sur le plan interne et à l'étranger. Aus diesen Gründen kommt eine Uebernahme des acquis communautaire nicht in Frage. Als Ersatz dafür unternimmt die Schweiz Anstrengungen im Huckepack- und im Kombinierten Verkehr. Gleichzeitig sind intensive Bestrebungen im Gange, zusätzliche Eisenbahnverbindungen durch die Alpen zu erstellen (NEAT).

La reprise de l'acquis pertinent dans le domaine du transport routier exigera en outre la modification de la Loi sur la circulation routière et de ses ordonnances en ce qui concerne:

- les prescriptions sociales pour les conducteurs de poids lourds (durée du temps de conduite maximale) qui sont contraires aux dispositions légales suisses concernant la sécurité routière, la protection des salariés et des temps de travail. Cette adaptation vers le bas ne sera guère possible;
- la fréquence des examens obligatoires pour certaines catégories de véhicules à moteur. Il faut s'attendre à une résistance des cantons face à l'augmentation exigée de la fréquence de ces examens;
- l'introduction d'un permis de conduire valable pour l'ensemble de l'EEE. Ici aussi il faut s'attendre à une opposition des cantons, car leurs compétences d'accorder des permis de conduire seraient sérieusement limitées voire abolies;
- l'équipement de contrôle pour la sécurité routière;
- l'âge et le niveau de formation requis pour les conducteurs de minibus.

La reprise des dispositions communautaires en matière d'accès à la profession de transporteur routier exerçant des activités nationales et internationales, pour les marchandises et pour les personnes, demandera la création d'une nouvelle loi basée sur l'article 31 bis, para 2 de la Constitution fédérale. Etant

donné que cette profession n'a à ce jour pas été réglementée en Suisse, cette nouvelle loi constituerait une certaine limite à la liberté de commerce et d'industrie garantie par l'article 31 de la Constitution. Elle aurait pour but de garantir un niveau professionnel aux agents de la branche, qui serait harmonisé par rapport au niveau requis dans la CE. En ce qui concerne le transport des personnes, la reprise de l'acquis communautaire pertinent nécessitera une refonte de la législation en matière de régale suisse des Postes. La reprise des règles communautaires sur le cabotage routier exigera une modification des prescriptions suisses qui interdisent pour l'heure le cabotage. Il faut s'attendre à une certaine opposition à cet égard de la part des transporteurs routiers.

Les lois suivantes devront en outre être sensiblement modifiées:

- LF sur les Chemins de fer fédéraux;
- LF sur les Chemins de fer;
- LF sur le service des Postes;
- AF fixant les principes du mandat 1987 des Chemins de fer fédéraux et l'indemnisation de leurs prestations de service public;
- LF sur le transport public.

123.2 Aviation civile

Les règles de concurrence applicables aux transports aériens qui devront être reprises visent à créer un système de concurrence beaucoup plus ouvert que ce n'est le cas actuellement pour nos compagnies aériennes. la Loi sur la navigation aérienne devra être modifiée en conséquence. Malgré les coûts élevés existant en Suisse, qui pourraient créer certaines difficultés à nos compagnies, une telle modification allant dans le sens d'une libéralisation, ne devrait pas susciter d'oppositions. Elle fait

d'ailleurs déjà l'objet de discussions entre la Suisse, ses partenaires de l'AELE et la CE.

123.3 Navigation maritime et fluviale

La reprise de l'acquis communautaire pertinent exigera:

- la création d'une nouvelle base légale ou la modification de la loi fédérale sur la navigation intérieure pour régler l'accès à la profession de transporteurs de marchandises par voie fluviale et la reconnaissance mutuelle des diplômes dans ce domaine, ce qui, comme pour la profession de transporteur routier, pourrait constituer une certaine limite à la liberté du commerce et de l'industrie garantie par la Constitution (art. 31);
- une éventuelle modification de la loi suisse sur la navigation maritime. Celle-ci prévoit en effet que seulement des sociétés à 100% suisses peuvent faire enregistrer leurs navires sous pavillon suisse. En outre, au moins 50% du capital investi dans un navire doit être en mains suisses. Ces dispositions sont contraires à une proposition de règlement communautaire qui part de l'idée du libre établissement dans ce domaine. Il est cependant encore incertain si ce règlement, contesté dans la CE, sera adopté dans sa teneur actuelle.

13 Libre circulation des capitaux

La Suisse a un régime libéral d'importation et d'exportation de capitaux à l'exception de la Lex Friedrich. La reprise intégrale de l'acquis communautaire dans ce domaine demanderait une abolition des restrictions imposées par cette loi, notamment en ce qui concerne:

- les investissements dans des biens immobiliers qui ne sont pas directement liés à l'établissement et à une activité professionnelle d'un ressortissant communautaire en Suisse;

- les investissements directs dans les secteurs de l'agriculture, de l'immobilier ("Immobilien-gewerbe") et de la para-hôtellerie (location de camping et de maisons de vacances).

Une abolition de ces dispositions de la Lex Friedrich mettrait fin à notre système de limitation à l'achat de biens immobiliers suisses par des étrangers.

La reprise intégrale de l'acquis communautaire supposerait également une politique concertée, au niveau EEE, à l'égard des mouvements de capitaux en provenance et en direction de pays tiers. Une telle politique affecterait dans une certaine mesure l'autonomie de la politique de la Banque nationale suisse. Dans la mesure où elle aboutirait à une restriction des mouvements de capitaux avec les pays tiers, la Confédération et la Banque nationale suisse ne pourraient pas participer à une telle coordination des politiques.

14 Libre circulation des personnes

141 Dans la CE, la libre circulation des personnes est aujourd'hui limitée aux personnes exerçant une activité lucrative (travailleurs et indépendants). Des propositions d'étendre ce droit aux inactifs (étudiants, rentiers et retraités) sont actuellement à l'examen. Les principales répercussions du traité sur l'EEE vont toucher la Loi sur le séjour et l'établissement des étrangers, son Règlement d'exécution et l'Ordonnance limitant le nombre des étrangers. Les accords avec l'Italie, l'Espagne, et les arrangements administratifs avec le Portugal devraient être également révisés. Il faudrait aussi revoir la compétence territoriale des cantons à statuer sur le séjour des étrangers (art. 69 ter. de la Constitution).

Le droit communautaire (l'acquis) prescrit l'abolition de toute discrimination fondée sur la nationalité. Il en résulte que les travailleurs des Etats membres sont sur pied d'égalité avec les nationaux, en ce qui concerne l'emploi, la rémunération et les autres conditions de travail ainsi que l'accès au logement et à

la propriété. Il prévoit aussi le droit de fournir librement des prestations de services, de répondre à des emplois effectivement offerts, de se déplacer librement à cet effet sur le territoire des Etats Membre, de séjourner dans un Etat membre afin d'y occuper un emploi et de se faire rejoindre par sa famille. Ces règles valent aussi pour l'exercice des activités indépendantes.

La reprise de l'acquis pertinent obligerait donc la Suisse à supprimer son système de contingentement, à renoncer au principe de la priorité du marché indigène, à revoir son régime d'autorisation et à abolir les statuts de saisonnier et de frontalier. Elle devrait en outre renoncer aux restrictions concernant les séjours de courte durée et permettre le regroupement familial de ces personnes. De plus, la pleine mobilité géographique et professionnelle la priverait de la possibilité de poursuivre un recrutement sélectif. La Suisse, enfin, devrait étendre la notion de regroupement familial aux ascendants et descendants à charge et, selon les propositions de révision incluses dans l'acquis communautaire, l'élargir encore à tous les ascendants et descendants non à charge ainsi qu'aux autres membres de la famille à charge ou vivant sous le même toit que les conjoints.

En conséquence, l'objectif de stabilisation de la population étrangère ne pourrait plus être maintenu. Il en résulterait probablement un afflux de main-d'oeuvre étrangère, avec ses conséquences négatives sur la structure du marché de l'emploi et sur les relations sociales entre Suisses et étrangers.

142 En ce qui concerne la sécurité sociale, le droit communautaire (règlements CEE 1408/71 et 574/72) prévoit une coordination - et non une harmonisation - des régimes de sécurité sociale des Etats de la CE.

Toutefois, nous ne pouvons qu'esquisser les conséquences que pourrait avoir, dans ce domaine, la reprise de l'acquis communautaire car la CE n'a pas encore indiqué selon quelles modalités les pays de l'AELE devraient la réaliser. La solution

extrême serait que les pays de l'AELE deviennent "membres" des règlements 1408/71 et 574/72 au même titre que les pays de la CE, ce qui paraît au stade actuel une solution difficilement acceptable par la CE car elle impliquerait la suppression des règlements CEE et leur remplacement par des règlements EEE analogues mais comprenant 19 membres et non plus 12, avec les mêmes droits que ces derniers.

Dans ces circonstances, il est extrêmement difficile à l'heure actuelle d'envisager les répercussions sur nos assurances sociales de la présence de ces 2 règlements dans la liste de l'acquis, car même dans l'hypothèse où la Suisse devrait "adhérer" à ces règlements, elle aurait elle aussi, à l'instar des Etats de la CE, la possibilité de demander l'introduction de dispositions particulières et de réserves pour tenir compte des caractéristiques de ses assurances sociales et ce n'est que dans la mesure où ces dispositions et réserves seraient inacceptables pour les autres membres que nous devrions envisager des modifications notables de notre législation interne.

Faute de contacts exploratoires avec la Commission CE à ce sujet, la nature exacte et l'ampleur des adaptations que la reprise de l'acquis communautaire imposera au droit interne et/ou international de sécurité sociale suisse n'apparaîtront qu'au cours des négociations avec la CE, raison pour laquelle il nous paraît d'ores et déjà nécessaire que nous vous présentions le moment venu, une proposition à ce sujet.

En détail et sous réserve des remarques précédentes, la situation se présente comme suit:

- a) Dans le domaine de l'assurance-pensions (AVS/AI) et de l'assurance-accidents, les règlements 1408/71 et 574/72 s'apparentent aux conventions que la Suisse a conclues avec tous les Etats membres de la CE et de l'AELE, sauf l'Irlande et l'Islande. En outre, nos conventions reposent sur les mêmes principes que le droit communautaire, à savoir, l'égalité de traitement, l'affiliation au lieu de travail, la

totalisation des périodes d'assurance (avec, dans certains cas, un calcul des prestations au pro rata des périodes accomplies dans chacun des Etats) et l'exportation des prestations.

Toutefois, pour tenir compte des spécificités de la législation suisse et pour des motifs d'ordre financier, nos conventions ne vont pas aussi loin que le droit communautaire dans la mise en oeuvre de tous les principes mentionnés ci-dessus (par exemple, pas d'égalité de traitement en ce qui concerne l'AVS/AI facultative, ouverte aux seuls ressortissants suisses; pas d'égalité de traitement en ce qui concerne l'octroi des rentes extraordinaires de l'AVS/AI et des prestations complémentaires AVS/AI).

- b) En matière d'assurance-maladie, seul l'accord avec la RFA prévoit une certaine coordination similaire à celle prévue dans les règlements cités.
- c) Nos conventions bilatérales ne contiennent aucune coordination générale ni des régimes cantonaux d'allocations familiales (exception faite du Liechtenstein) ni du régime des prestations complémentaires.
- d) En matière d'assurance-chômage, le droit interne suisse ne reconnaît pas les principes de la totalisation des périodes d'assurance et de l'exportation des prestations prévues par le droit communautaire.

La Suisse a cependant admis le principe de la totalisation par le biais d'accords (bateliers rhénans, frontaliers). N'étant pas étrangère à notre système, la totalisation - que le droit communautaire soumet à la condition de la réalisation en dernier lieu de périodes d'assurance dans l'Etat compétent (Suisse) - pourrait donc être reprise.

L'exportation de prestations - limitée à 3 mois et soumise à des conditions précises par le droit communautaire - est également compatible avec notre système qui aujourd'hui déjà

prévoit d'indemniser (durant un mois au maximum) un chômeur cherchant un emploi à l'étranger. Sur le plan politique: les différences de niveaux de vie entre les Etats pourraient inciter un certain nombre de chômeurs à bénéficier de cette institution sans que le but premier soit la recherche d'un emploi.

La reprise des dispositions communautaires obligerait la Suisse à examiner l'adaptation ou la dénonciation des accords bilatéraux conclus avec les Etats voisins partiellement incompatibles avec l'acquis communautaire.

La totalisation et l'exportation engendreront l'ouverture et la prolongation de l'indemnisation, ce qui entraînerait des charges financières supplémentaires. A l'inverse, la suppression des rétrocessions financières convenues entre Etats frontaliers permettra de faire une économie de plusieurs dizaines de millions de francs par an.

Les conséquences financières d'une reprise complète de l'acquis communautaire pertinent ne peuvent guère être chiffrées. Toutefois une telle reprise impliquerait certainement des charges financières supplémentaires importantes dues notamment à l'obligation d'exporter des prestations qui ne le sont pas actuellement et à la suppression des délais de carence. En outre, l'on toucherait aux compétences des cantons, ce qui rendrait éventuellement nécessaire des modifications législatives.

143 Le droit communautaire dispose que les obligations de libéralisation ne s'appliquent pas aux emplois dans l'administration publique. Toutefois la Cour de justice de la CE a donné une définition restrictive de l'expression "emplois dans l'administration publique". Si cette définition devait être incluse dans l'acquis communautaire à reprendre - aucune décision n'a été prise jusqu'ici - , nous serions alors amenés à devoir modifier notre législation (par exemple la loi sur les chemins de fer) pour ouvrir l'accès de certains emplois de la fonction publique aux ressortissants de la CE et de l'AELE.

144 Dans la négociation à venir avec la CE, il faudra prendre en compte les intérêts des Suisses de l'étranger. A fin 1989, bien plus de la moitié de la 5e Suisse vit dans les pays de la Communauté - en tout 253'200 personnes. Ceux qui ne possèdent que la seule nationalité suisse sont moins nombreux - 74'420 - mais ils représentent néanmoins un tiers de nos compatriotes uniquement suisses dans le monde.

La situation des Suisses de l'étranger, par rapport au marché intérieur européen, touche des aspects qui relèvent de nombreux domaines: séjour et établissement, accès à l'emploi et à la formation, reconnaissance des titres et diplômes professionnels et universitaires, domaine de la sécurité sociale, de la fiscalité, possibilités d'investir et d'accéder à la propriété immobilière, contrôles aux frontières, etc.

De manière générale, il ressort des enquêtes faites en 1989 par le DFAE auprès des Ambassades dans l'Europe des Douze et du Secrétariat des Suisses de l'étranger auprès des représentants de sociétés suisses en Europe, que l'on n'a pour ainsi dire pas pu dénoter, de la part des pays de la CE, de véritables discriminations à l'égard de nos citoyens basées sur leur "nationalité non-communautaire". La lumière est toutefois jetée sur d'autres pratiques, de discriminations "passives" - détérioration progressive du statut des citoyens non-membres comparée à l'amélioration de celle des ressortissants des pays de la CE - et d'effets dérivés de la CE, où les autorités du pays, en l'absence encore d'une directive de la Communauté, n'accordent déjà plus le même traitement privilégié à nos concitoyens.

Des difficultés sont indiquées dans différents secteurs d'activité professionnelle pour obtenir un permis de travail: de surcroît, l'obtention du permis de séjour est fortement liée à l'existence préalable d'un permis de travail. Les démarches et les taxes à payer pour renouveler les permis de séjour dans la plupart des cas relevés montrent que ces autorisations ne sont que de durée limitée et ne sont pas transférables dans un autre pays de la CE, comme aussi c'est le cas pour les prestations des assurances sociales.

Il est constaté enfin que les traités d'établissement et les accords bilatéraux ne sont plus garants d'être véritablement mis en pratique par les autorités administratives.

En conclusion il deviendra de plus en plus difficile pour les Suisses d'émigrer - même temporairement - vers la CE.

145 L'acquis consacre aussi le principe de non discrimination entre ressortissants communautaire pour l'accès à l'exercice des professions réglementées (reconnaissance des diplômes et des expériences professionnelles), qu'elles soient libérales ou autres, qu'elles nécessitent ou non une formation scientifique, que ce soit comme salarié ou indépendant.

Ce domaine étant principalement réglé par les cantons, la reprise de l'acquis va nécessiter une adaptation de leurs lois dans la mesure où elles opèrent une discrimination entre les ressortissants suisses (voir les indigènes) et les étrangers, et où elles posent des exigences différentes de l'acquis. Il n'existe pas d'études d'ensemble qui permettent de se faire une idée précise de l'ampleur de modifications que les cantons devront apporter à leurs législations. Mais, on peut compter qu'elles seront importantes. Pour le savoir plus exactement il faudrait entreprendre une étude systématique de l'ensemble des droits cantonaux concernant l'accès aux professions réglementées.

S'agissant du droit fédéral, la reprise de l'acquis n'aurait d'effets notables que sur la législation concernant les diplômes des professions de médecin, de pharmacien et de vétérinaire, de dentiste, de géomètre et de chimiste en denrées alimentaires. Elle devrait être modifiée pour éliminer les discriminations qui existent entre ressortissants suisses et étrangers, et entre diplômes suisses et étrangers. S'agissant des médecins, leur nombre par rapport à celui de la population a une influence sur les coûts de la santé. Dans ce contexte, du moment que quelques Etats membres de la CE connaissent un régime d'accès aux caisses d'assurance plus restrictif que la Suisse, se pose la question

de savoir si, à côté de la reconnaissance des diplômes, des mesures d'accompagnement ne devraient pas être prises.

Pour les autres professions, réglementées par les droits cantonaux, la question se pose de savoir s'il convient de laisser aux cantons la possibilité d'adapter leur droit ou si la Confédération devrait légiférer (par exemple, au moyen d'une loi-cadre). Elle pourrait le faire, comme elle l'a déjà fait pour les médecins, les pharmaciens etc, en faisant usage de la compétence que lui confèrent les articles 31 bis et 34 ter. de la Constitution, et en appliquant plus systématiquement son article 33, alinéa 2. La Confédération pourrait ainsi légiférer sur la plupart des professions réglementées. Principales exceptions: les professions paramédicales et sociales, et la profession d'instituteur. La Confédération ne dispose pas de compétences constitutionnelles dans ces derniers domaines. A noter qu'elle n'en a pas non plus pour élever le statut des écoles techniques supérieures et autres établissements du même type, qui sont dans une situation désavantageuse par rapport à leurs homologues dans la CE qui elles se voient reconnaître un statut universitaire. De même, font aussi défaut des compétences constitutionnelles qui permettraient de prescrire aux cantons des exigences minimales conformes au droit communautaire pour l'accès aux professions.

146 L'acquis communautaire prescrit, dans le domaine de la libre circulation des personnes, le libre accès à la propriété immobilière pour les personnes physiques d'un Etat membre qui résident dans un autre Etat membre. Or, la Lex Friedrich limite l'accès à la propriété immobilière, non seulement pour les personnes domiciliées à l'étranger, mais aussi pour les étrangers résidant en Suisse, lorsqu'ils ne sont pas titulaires d'un permis d'établissement (permis C). Pour ces personnes-là, le régime est le suivant:

- obligation d'une autorisation pour acquérir une résidence principale ou un immeuble servant à l'exploitation d'un établissement stable (l'autorisation est accordée en règle générale)

- obligation d'une autorisation pour acquérir une résidence secondaire. L'autorisation est accordée dans les 13 cantons qui ont introduit ce motif d'autorisation.
- obligation d'une autorisation pour acquérir une résidence de vacances. L'autorisation est accordée dans le cadre d'un contingent fédéral et sous réserve de restrictions cantonales ou communales plus sévères.
- interdiction d'investir dans l'immobilier, y compris la parahôtellerie, et d'acheter et de vendre des immeubles à titre professionnel
- interdiction d'acquérir des immeubles agricoles

La reprise de l'acquis nécessiterait une modification de la loi pour abolir ces restrictions. Seule la levée des régimes mentionnés aux trois derniers tirets aurait des conséquences importantes. Elle aurait pour effet d'accoître l'emprise étrangère sur le sol, de favoriser la hausse des prix des biens immobiliers et d'entraîner un gonflement des infrastructures.

147 La simplification des contrôles à la frontière pour les personnes sera également à l'ordre du jour des négociations. Toutefois comme il n'existe pas d'acquis communautaire dans ce domaine et qu'aucune autre base juridique n'a été discutée durant la phase exploratoire, il n'est pas possible, à ce stade, de se rendre compte du contenu du traité et de ses implications sur le droit suisse. On peut penser que le traité pourrait contenir une clause donnant le droit ou la possibilité aux pays de l'AELE de participer aux pourparlers en cours dans la CE en cette matière.

15 Flankierende Politiken

Im Mandatsvorschlag der EG-Kommission werden vier Bereiche der Flankierenden Politiken hervorgehoben, die in engem Zusammenhang mit den vier Freiheiten stehen und deshalb als relevanter acquis

übernommen werden sollen: die Sozialpolitik, der Umweltschutz, das Gesellschaftsrecht und die Statistik. Für die übrigen Bereiche fasst die EG-Kommission eine verstärkte Zusammenarbeit lediglich auf einer ad hoc Basis ins Auge, gestützt auf eine gegenseitige allgemeine Bereitschaft, die im EWR-Vertrag festzuschreiben wäre.

Bei den flankierenden Politiken stellen sich die grössten Schwierigkeiten zunächst gegenüber unseren EFTA-Partnern. Die nordischen EFTA-Länder sowie der Beitrittskandidat Österreich streben eine umfassende Übernahme allen EG-Rechts an, während die Schweiz etwas selektiver vorgehen will. Wenn sich die Perspektiven für echte Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der Weiterentwicklung des EWR-Rechts verdüstern, scheint es angezeigt, den Umfang des relevanten *acquis* einzugrenzen. Die nordischen EFTA-Länder gelangen zum genau umgekehrten Schluss: je weniger Mitentscheidung, desto mehr EG-Recht. Dass die EG einen Teil ihres Angebots vom Januar 1989, die gemeinsamen Entscheidungsorgane im EWR, in der Zwischenzeit zurückgenommen hat, scheinen die nordischen EFTA-Partner zu übersehen. Die eigentliche Ausmarchung ist deshalb zunächst nicht bei unseren Ausnahmebegehren, sondern bei der Relevanz des *acquis*, d.h. beim Umfang des zu übernehmenden EG-Rechts, zu erwarten. Hier stehen wir in schroffem Gegensatz zu unseren Partnern in der EFTA, die teilweise sogar weiter gehen wollen, als es die EG verlangt, z.B. in der Sozialpolitik.

151 Gesellschaftsrecht

Ist das Gesellschaftsrecht grundsätzlich als relevant für den EWR zu betrachten?

Der Vorort und der Gewerbeverband bestreiten die Relevanz des Gesellschaftsrechts oder Teilen davon. Für sie ist die volle Übernahme des relevanten *acquis* im Gesellschaftsrecht für die Verwirklichung der vier Freiheiten nicht notwendig. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass im EWR lediglich grenzüberschreitende Vorgänge zu regeln sind. Demgegenüber bejahen die Vertre-

ter der Arbeitnehmer, der Wissenschaft und die Verwaltung die Relevanz mit dem Hinweis auf die Schaffung von binnenmarktähnlichen Verhältnissen, welche eine gewisse Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig macht. Damit soll die erforderliche Rechtssicherheit geschaffen und die Abwanderung von Unternehmen in Staaten mit tieferen Anforderungen vermieden werden.

Der interdepartementale Ausschuss für die europäische Integration ist mehrheitlich der Auffassung, dass die verabschiedeten gesellschaftsrechtlichen Richtlinien zum relevanten *acquis* gehören. In Vorbereitung befindliches EG-Gesellschaftsrecht soll dagegen nicht zum relevanten *acquis* gezählt werden. Es handelt sich um folgende Vorschläge:

- Vorschlag für eine 5. Richtlinie: Ihr Gegenstand ist die Struktur der AG (besonderes Aufsichtsorgan) und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. In der EG umstritten.
- Vorschlag für eine 10. Richtlinie: Grenzüberschreitende Fusionen, Zusammenhang mit der 5. Richtlinie (Mitbestimmung). In der EG umstritten.
Für das EFD sind die 5. und 10. Richtlinie wegen der unausweichlichen Mitbestimmungsfrage relevant.
- Vorschlag für eine 13. Richtlinie: Öffentliche Übernahmeangebote. Sie bezweckt die Transparenz im Übernahmewesen. Baldige Verabschiedung wahrscheinlich.
- Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der europäischen Aktiengesellschaft (SE): Schaffung einer einheitlichen Rechtsform, um grenzüberschreitende Neuorganisationen zu erleichtern. Die SE als AG europäischen Rechts ist ein zusätzliches, frei wählbares Instrument, eine Option.
- Vorschlag für eine Richtlinie zur Ergänzung des SE-Statuts. Es werden drei Mitbestimmungsmodelle vorgesehen.
 1. Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichts- bzw. Verwaltungsorgan selber (analog BRD);

2. Arbeitnehmer bilden besonderes Kontrollorgan;
3. Gesamtarbeitsvertragliche Lösung, die bestimmte Mindestanforderungen erfüllt.

In der EG konzentriert sich die Mitbestimmungsdiskussion zurzeit auf das Statut der europäischen Gesellschaft. Für uns scheint ein Spielraum wahrscheinlich, da die Mitbestimmung als Strukturelement - stark umstritten in der EG selbst - zumindest vorerst kaum zum harten Kern der EWR-Regeln gehören dürfte. Auch hier stellt sich die Grundsatzfrage, ob und wie unser Land an der Weiterentwicklung des EWR-Rechts mitwirken kann und welches der Preis eines künftigen, partiellen Nichtnachziehens wäre.

Für die öffentlichen Übernahmeangebote kennt die Schweiz noch keine Regelung. Die Vereinigung der Schweizer Börsen hat einen Uebernahmekodex erlassen. Er geht wesentlich weniger weit als der Vorschlag der EGK für die 13. Richtlinie. Die Anpassung könnte im Rahmen eines neuen Börsengesetzes erfolgen.

Die seit langem laufende schweizerische Aktienrechtsrevision (Obligationenrecht) lässt keine Konformität mit dem geltenden EG-Recht (9 Richtlinien, 1 Verordnung) erzielen. Eine Anschlussrevision erscheint daher unumgänglich.

Das strukturelle Hauptproblem bei der Übernahme des EG-Gesellschaftsrechts liegt darin, dass das schweizerische Recht die Rechtsform der AG auch Klein- und Kleinstgesellschaften zur Verfügung stellt. Die EG-Normen sind demgegenüber hauptsächlich auf Grossgesellschaften zugeschnitten. EG-Vorschläge für zusätzliche Erleichterungen zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen könnten dieses strukturelle Problem, auf das vor allem der Gewerbeverband hinweist, entschärfen.

In einer Anschlussrevision müsste das Aktienrecht namentlich in folgenden Punkten angepasst werden:

- Rechnungslegung und Buchführung: Gliederung, Detaillierungsgrad, Transparenz, stille Reserven nur in begrenztem Umfang möglich (1., 4., 7., und 11. Richtlinie);

- berufliche Anforderungen (Hochschulniveau) an die Rechnungsprüfer (8. Richtlinie);
- Vinkulierungsrecht, soweit nach der Revision des Aktienrechts noch eine Diskriminierung nach Nationalität vorliegen wird.

Durch die Übernahme des modernen EG-Gesellschaftsrechts entsteht erhöhte Transparenz mit Vorteilen für Aktionäre, Gläubiger und Arbeitnehmer. Unternehmen können korrekter bewertet werden, was die Gefahr unfreundlicher Übernahmen verringert. Von publizitätsscheuen Unternehmern wird eine erhöhte Transparenz abgelehnt. Für kleine und mittelgrosse Gesellschaften können gewisse zusätzliche Kosten entstehen. International tätige Firmen haben sich bereits weitgehend angepasst.

152 Sozialpolitische Aspekte

Im sozialpolitischen "acquis" fordert die Schweiz - ähnlich wie die EG-Kommission - eine Konzentration auf das Wesentliche. Damit steht sie in scharfem Gegensatz zu ihren EFTA-Partnern, die mit Ausnahme Liechtensteins eine umfassende Übernahme der EG-Akte anstreben (einschliesslich in Vorbereitung befindlicher und rechtlich nicht bindender Instrumente).

Das Wesentliche (12 Richtlinien) besteht für uns aus den Gebieten

- Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
- Gleichstellung von Mann und Frau;
- Arbeitsrecht.

Pendente Vorschläge und rechtlich nicht verbindliche Akte zählen wir nicht zum relevanten acquis.

Nachstehend die wichtigsten Anpassungen, die sich aus der Übernahme des relevanten acquis ergeben:

- Im Gegensatz zum EG-Recht kennt unser Recht hinsichtlich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz noch keine institutionelle Konsultation und Mitwirkung der Arbeitnehmer. Es wäre

allenfalls ein Mitwirkungsgesetz ins Auge zu fassen. Andernfalls wären die Mitwirkungsmöglichkeiten im Arbeitsgesetz und im Unfallversicherungsgesetz zu verstärken. Auch verschiedene Verordnungen im Bereich der Unfallversicherung werden Anpassungen benötigen.

- Der Grundsatz der Gleichbehandlung und Gleichstellung von Mann und Frau ist in der Verfassung festgeschrieben. Einige Anpassungen sind insbesondere im Obligationenrecht, in den Bundesgesetzen über die berufliche Vorsorge und über die Krankenversicherung sowie im Unfallversicherungsgesetz erforderlich. Die derzeit noch im Bereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung bestehenden Ungleichheiten, die nicht EG-konform sind, werden mit Inkrafttreten der 10. Revision beseitigt.
- Im Arbeitsrecht muss das Obligationenrecht angepasst werden, um den Tatbestand der Massenentlassungen einzuführen und den Arbeitnehmer-Vertretern gewisse Mitwirkungsrechte zu sichern. Auch die Wahrung der Arbeitnehmerrechte bei Firmenübertragungen bedingt Anpassungen im Obligationenrecht (Art. 333).

Die Arbeitgeber und das Gewerbe lehnen den Einbezug von sozialpolitischen Elementen in den EWR rundweg ab. Umgekehrt will der Gewerkschaftsbund den EWR zugunsten des EG-Beitritts fallenlassen, wenn der EWR sozialpolitisch nichts bringt. Mit der mittleren Lösung eines eingeschränkten *acquis* sollten die heutigen Probleme überwindbar sein.

Erneut stehen wir jedoch vor der Frage, ob und wie unser Land an der Weiterentwicklung des EWR-Rechts mitwirken kann und welches der Preis eines künftigen, partiellen Nichtnachziehens wäre.

153 Umwelt

Im allgemeinen sind die Umweltvorschriften der EFTA-Länder strenger als diejenigen der EG. Die EFTA-Länder sind sich einig, dass eine Harmonisierung nach unten nicht in Frage kommt.

Im Bereich der horizontalen, nicht produktbezogenen Umweltbestimmungen sind keine wesentlichen Anpassungen erforderlich.

Schwierigkeiten bestehen bei den produktbezogenen Umweltbestimmungen. Sie werden im Abschnitt 113 Beseitigung Technischer Handelshemmnisse unter dem Titel "Freier Güterverkehr" dargelegt (S. 3 ff.). Unser Ziel ist ein hohes Schutzniveau. Deshalb werden wir Übergangslösungen fordern, die nicht zeitlich, sondern qualitativ definiert sind. Hier könnte allerdings das Problem einer Stillstandsverpflichtung auftreten.

Das Kernproblem ist das potentielle Spannungsverhältnis zwischen freiem Güterverkehr und dem Umweltschutz. In der EG kommt der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg (EuGH) entscheidende Bedeutung zu. Bisherige Entscheide lassen berechnigte Hoffnungen aufkommen, dass der EuGH dem Umweltschutz eine wichtige Stellung einräumt. Es wird zu prüfen sein, ob auch im EWR dieser potentielle Zielkonflikt kasuistisch anzugehen ist.

Ein aktuelles Beispiel dieser Problematik ist der schweizerische Verordnungsentwurf für Getränkeverpackungen.

154 Konsumentenschutz

Die Übernahme des relevanten acquis erfordert vorerst keine grösseren Anpassungen in der Schweiz. Ausnahmen bilden die beiden Fragen Produktesicherheit (STEG) und Produktheftung (OR). Bei ersterer könnte man durch eine Verallgemeinerung des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten die notwendige Anpassung herbeiführen. In der EWR-Systematik gehört erstere teilweise und letztere ganz in das Kapitel freier Warenverkehr.

155 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Der relevante acquis ist nicht rechtsverbindlicher Natur, sondern besteht hauptsächlich aus Programmen und Empfehlungen. Es

ist noch nicht geklärt, wie die künftige Zusammenarbeit im EWR-Vertrag zu regeln ist.

156 **Forschung und Entwicklung**

Der relevante acquis ist im wesentlichen nicht rechtsverbindlicher Natur. Das Hauptziel der EFTA-Länder ist die volle und gleichberechtigte Teilnahme am mehrjährigen EG-Rahmenprogramm. Sie fordern die Verankerung dieses Ziels und der Modalitäten im EWR-Vertrag.

Die Vollbeteiligung am Rahmenprogramm bedeutet für die Schweiz eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die Forschung.

157 **Bildung**

Mit Ausnahme der Berufsbildung ist die rechtliche Basis für die EG-Kompetenz umstritten. Dementsprechend besteht der relevante acquis zum grossen Teil aus nicht rechtsverbindlichen Akten und Beschlüssen für Förderungsprogramme. Wie die künftige Zusammenarbeit im EWR festzulegen ist, bedarf der Klärung. Es wird wie in der Forschung eine gleichberechtigte Teilnahme an den Förderungsprogrammen gefordert. Im Bereich des relevanten acquis stellen sich keine nennenswerten rechtlichen Probleme. Indessen ist der Kompetenz der Kantone Rechnung zu tragen.

158 **Tourismus**

Der relevante acquis ist beschränkt und nicht rechtsverbindlicher Natur. Die verstärkte Zusammenarbeit wird beidseits bejaht. Es stellen sich keine Anpassungsprobleme.

159 **Bevölkerungsschutz**

Der kleine relevante acquis ist nicht rechtsverbindlich. Die Übernahme stellt keine Probleme.

1510 **Europa der Bürgerinnen und Bürger**

Hier wurde der relevante acquis noch nicht festgelegt. Probleme sind kaum zu erwarten.

1511 Nukleare Sicherheit

Möglicherweise kommt bei den Flankierenden Politiken noch ein Bereich hinzu: die nukleare Sicherheit. Die Liste der relevanten Texte liegt noch nicht vor; es werden voraussichtlich keine Ausnahmen beantragt werden müssen. Mais, il ne devra pas y avoir d'harmonisation vers le bas.

1512 Statistische Zusammenarbeit

Die Statistik in der Schweiz entspricht in wichtigen Bereichen den Anforderungen der EG nicht. Doch ist dies nicht eine Frage fehlender rechtlicher Grundlagen, sondern weitgehend ein Problem von Ressourcen.

Die Übernahme des gesamten relevanten acquis wäre nicht unmöglich, hätte aber beträchtliche finanzielle und personelle Konsequenzen.

2 Zeitlich nicht befristete Ausnahmen

21 Warenverkehr

211 Beseitigung technischer Handelshemmnisse

211.1 Masse und Gewichte gewisser

Motorfahrzeuge 85/3/EWG (inkl. Erg.) L 2/85

22 Libre circulation des services

221 Services audiovisuels

Nous n'avons pas de problèmes si l'acquis à intégrer dans le traité est la Convention européenne sur la télévision transfrontière du Conseil de l'Europe du 5.5.1990, comme le demandent les pays de l'AELE. Par contre, si l'acquis définitivement repris sera la directive sur la télévision du 3.10.1989, ce que veut la CE, la Suisse demande une exception non limitée dans le temps sur les points les plus délicats on cherche une solution spéciale qui permet d'éviter:

- la retransmission de programmes dont la publicité s'adresse spécifiquement à la Suisse et met en péril notre système audiovisuel;
- l'obligation d'avoir un quota de 50% d'oeuvres d'origine européenne dans les programmes de la télévision suisse;
- ou de limiter la retransmission de programmes contenant de la publicité pour l'alcool.

Enfin, une solution qui aboutirait à exclure du traité EEE les services audiovisuels ne poserait pas de problèmes étant donné que la libre circulation des programmes existe déjà en Europe grâce à la Convention TV du Conseil de l'Europe.

222 Transports terrestres

La Suisse demande une exception permanente afin de permettre le maintien pour les camions de la limite maximale de poids à 28 tonnes et de la défense de circuler la nuit et le dimanche.

23 Libre circulation des capitaux

Nous partons de l'idée que la Suisse pourra maintenir son autonomie dans sa politique à l'égard des mouvements de capitaux en provenance et en direction des pays tiers.

Le maintien des dispositions essentielles de la Lex Friedrich demande une exception à la directive sur la libéralisation des mouvements de capitaux (88/361/CEE) en ce qui concerne:

- a) les investissements dans des biens immobiliers qui ne sont pas directement liés à l'établissement ou à une activité professionnelle d'un étranger en Suisse;
- b) les investissements directs dans les secteurs de l'agriculture, de l'immobilier (Immobilien-gewerbe) et de la para-hôtellerie (terrains de camping; location de maisons de vacances).

24 Libre circulation des personnes

La Suisse a demandé deux exceptions permanentes:

- l'une, pour pouvoir maintenir son système de limitation du nombre des étrangers, c'est-à-dire l'aspect quantitatif de sa politique à l'égard des étrangers. Cette exception est justifiée par le nombre élevé de ressortissants étrangers, et particulièrement communautaires, travaillant et/ou résidant en Suisse. Pour pouvoir assurer une telle limitation, il sera nécessaire de maintenir des réserves quant au travail saisonnier tel qu'il est prévu dans le droit communautaire et également quant à la durée des prestations de services. Pour ces deux catégories, il s'agit de pouvoir maintenir un régime d'autorisation et de limitation de la durée du séjour. Il reste, en ce qui concerne le statut de saisonnier, à décider entre une exception non limitée dans le temps ou, à terme, une harmonisation avec le droit communautaire qui permet notamment le groupement familial.
- l'autre, pour pouvoir maintenir les restrictions de la Lex Friedrich envers les étrangers non titulaires d'un permis d'établissement (permis C) en ce qui concerne l'acquisition d'une résidence de vacances, les investissements dans l'immobilier, y compris la para-hôtellerie, la vente et l'achat d'immeubles à titre professionnel et l'acquisition d'immeubles agricoles.

25 Flankierende Politiken

251 Gesellschaftsrecht

Es ist ein Entscheid zwischen zeitlich unbefristeten Ausnahmen bei der 4., 7., 8., und 11. Richtlinie (stille Reserven/Ausbildung der Rechnungsprüfer) oder einer angemessenen Uebergangslösung zu fällen.

252 Sozialpolitische Aspekte

Bei einer Beschränkung auf das Wesentliche braucht es keine ständigen Ausnahmen.

253 Umweltschutz

keine ständigen Ausnahmen, vorbehältlich derjenigen im freien Güterverkehr. (voir chiffres 211.1 et 222).

254 Konsumentenschutz

keine

255 Kleine und mittlere Unternehmen

keine

256 Forschung und Entwicklung

keine

257 Bildung

keine

258 Tourismus

keine

259 Bevölkerungsschutz

keine

2510 Europa der Bürgerinnen und Bürger

keine

2511 Statistik

Es sind einige dauernde Ausnahmen vorgesehen. Es darf damit gerechnet werden, dass diese von Seiten der EG akzeptiert werden.

3 Begehren für längere Uebergangsfristen**31 Warenverkehr****311 Beseitigung technischer Handelshemmnisse**

Vorbemerkung: Bei den unter dieser Ziffer aufgeführten Begehren handelt es sich nicht um eigentliche Übergangsfristen, sondern um Übergangslösungen qualitativer Natur, wobei jeweils zeitlich und inhaltlich fixierte Zielvorgaben festgelegt werden, die künftige für den ganzen EWR-Raum geltende Regelungen erfüllen sollen.

311.1 Lebensmittel

- | | | |
|---|-------------------------|----------|
| a) Farbstoffe | 65/469/EWG (inkl. Erg.) | P 178/65 |
| b) Konservierungsmittel | 64/54/EWG (inkl. Erg.) | 12/64 |
| c) Antioxidants | 70/357/EWG (inkl. Erg.) | L 157/70 |
| d) Emulgatoren,
Stabilisatoren | 74/329/EWG (inkl. Erg.) | L 189/74 |
| e) Zusatzstoffe | 89/107/EWG | L 40/89 |
| f) Pestizidrückstände
in Früchten und
Gemüsen | 76/895/EWG (inkl. Erg.) | L 340/76 |

g) Pestizidrückstände
in Cerealien 86/362/EWG (inkl. Erg.) L 221/86

h) Keramikgeschirr
(Schwermetallgehalt) 84/500/EWG L 277/84

311.2 Typenprüfung (Betriebserlaubnis) für

a) Motorwagen 70/156/EWG (inkl. Erg.) L 42/70

b) Traktoren 74/150/EWG (inkl. Erg.) L 84/74

311.3 Abgasvorschriften für

a) Motorwagen mit
Benzinmotoren 70/220/EWG (inkl. Erg.) L 76/70

b) Motorwagen mit
Dieselmotoren 88/77/EWG und L 36/88

72/306/EWG (inkl. Erg.) L 190/72

e) Traktoren 77/537/EWG (inkl. Erg.) L 220/77
(Rauchemissionen)

311.4 Lärmvorschriften für

a) Motorwagen 70/157/EWG (inkl. Erg.) L 42/70

b) Traktoren 74/151/EWG (inkl. Erg.) L 84/74

c) Motorräder 78/1015/EWG (inkl. Erg.) L 349/78

311.5 Lärmvorschriften für

Kleinflugzeuge 80/51/EWG (inkl. Erg.) L 18/80

311.6 Handelsdünger 76/116/EWG (inkl. Erg.) L 24/76

(Schwermetallgehalt)

311.7 Chemikalien

a) Gefährliche
Substanzen 67/548/EWG (inkl. Erg.) L 196/67

b) Gefährliche
Zubereitungen 88/379/EWG (inkl. Erg.) L 187/88

c) Einschränkung betr.

Inverkehrbringen und
Gebrauch gewisser

Chemikalien, namentlich f. PCB, PCT, Pentachlorphenal, Benzol, Asbest und Cadmium. 76/769/EWG (inkl. Erg.) L 262/76

311.8 Waschmittel

(CH-Phosphatverbot) 73/404/EWG (inkl. Erg.) L 347/73

311.9 Pestizide

78/631/EWG (inkl. Erg.) L 206/78

311.10 Lärmvorschriften für

a) Baumaschinen 86/662/EWG (inkl. Erg.) L 384/86

86/537/EWG (inkl. Erg.) L 300/84

84/533/EWG L 300/84

b) Rasenmäher

84/538/EWG (inkl. Erg.) L 300/84

Für die unter Ziffer 311.10 aufgeführten EG-Richtlinien bestehen zur Zeit noch keine schweizerischen Vorschriften. Ein praktisch verabschiedungsreifer Verordnungsentwurf des EDI sieht jedoch die Einführung diesbezüglicher Mindestanforderungen in zwei Etappen für 1991 und 1996 vor, wobei insbesondere die zweite Etappe über die heutige EG-Regelung hinausginge. Da während den Verhandlungen grundsätzlich keine neuen Divergenzen geschaffen werden sollten, ist vorzusehen, dass die Schweiz in einem ersten Schritt einstweilen die heute geltenden EG-Richtlinien übernehme und die für Mitte der neunziger Jahre geplante Verschärfung vorerst im Rahmen der Verhandlungen als künftige gemeinsame EWG-Regelung durchzusetzen versucht.

312 Öffentliches Beschaffungswesen

Die Anpassung der Rechtsvorschriften in den Kantonen und Gemeinden erfordert eine Frist von drei Jahren.

Die Anpassung der Rechtsvorschriften auf Bundesebene erfordert (mindestens) eine Frist von 1 1/2 Jahren. Un effort devrait néanmoins être entrepris pour adapter la législation fédérale au 1er janvier 1993, donc à deux ans et demi d'ici.

313 Produktehaftpflicht

Die Einführung eines neuen Haftungsgesetzes erfordert eine Anpassungsfrist von vier bis fünf Jahren.

32 Libre circulation des services**321 Services financiers**

De longues périodes transitoires (5 ans ou plus) devront être demandées pour:

- la modification des dispositions du Code des obligations sur la présentation des comptes et sur les règles de consolidation;
- d'éventuelles adaptations de notre réglementation sur certains aspects de l'entraide administrative;

En outre, dans les différents secteurs, de longues périodes transitoires seront nécessaires pour:

- la modification de la loi fédérale sur les banques;
- la modification de la loi fédérale sur les fonds de placement;
- la mise en oeuvre d'une nouvelle législation dans le domaine de l'assurance vie;
- la modification de la loi sur la prévoyance professionnelle;
- l'adoption d'une nouvelle législation sur les bourses et d'une nouvelle législation sur les marchés financiers.

322 Services de communication et d'information

Une période transitoire de cinq ans doit être demandée pour transposer dans le droit suisse (loi sur les télécommunications) les modifications nécessaires dans le domaine des télécommunications.

Dans le domaine des services audiovisuels, au cas où la directive TV du 3.10.1989 serait incluse dans le traité sur l'EEE, une période transitoire serait nécessaire pour l'application de l'art. 7 sur les quotas réservés aux producteurs indépendants.

323 Transports

La Suisse demandera une période transitoire afin de pouvoir maintenir les dispositions concernant les prescriptions sociales pour les conducteurs de poids lourds, jusqu'au moment où un nouvel accord AETR aura été négocié dans le cadre de la Commission Economique pour l'Europe. Il est en effet possible que les règles communautaires doivent être modifiées en fonction des résultats de cette négociation et qu'elles se rapprochent ainsi des dispositions suisses qui sont plus "sociales".

De longues périodes transitoires seront nécessaires pour:

- la modification de la loi sur la circulation routière et de ses ordonnances;
- la création d'une nouvelle législation réglant l'accès à la profession de transporteur routier;
- la modification de la régle suisse des Postes;
- la levée de l'interdiction du cabotage routier;
- la modification de la loi fédérale sur les chemins de fer fédéraux et de la loi fédérale sur les chemins de fer;
- la modification de la loi sur le service des Postes;

- la modification de la loi fédérale sur le transport public;
- la modification de la loi sur la navigation aérienne;
- la création d'une nouvelle base légale pour régler l'accès à la profession de transporteurs de marchandises par voie maritime et fluviale et la reconnaissance mutuelle des diplômes dans ces domaines;
- la modification de la loi sur la navigation maritime.

33 Libre circulation des capitaux

Aucune longue période transitoire nécessaire.

34 Libre circulation des personnes

La Suisse a demandé de pouvoir disposer de longues périodes transitoires (au minimum 5 ans) dans deux cas:

- pour pouvoir, le cas échéant, adapter son régime de sécurité sociale, cela en raison de la complexité des problèmes législatifs à résoudre.
- concernant l'exercice des professions réglementées par le droit cantonal, en raison de la longueur des procédures législatives de la plupart des cantons. Dans ce domaine, l'acquis communautaire comprend environ 80 textes communautaires.

Une longue période transitoire est à prévoir pour adapter le statut de saisonnier suisse à celui de la CE.

35 Flankierende Politiken

351 Gesellschaftsrecht

Bei der Übernahme ist generell eine längere Übergangsfrist vorzusehen.

352 Sozialpolitik

Längere Übergangsfristen sind für die Anpassung des Unfallversicherungsgesetzes, des OR, des Krankenversicherungsgesetzes und des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge nötig. Zudem ist ein Mitwirkungsgesetz ins Auge zu fassen.

353 Umweltschutz

Längere Übergangsfristen sind nicht notwendig.

354 Konsumentenschutz

Übergangsfristen bei folgenden Punkten:

- Produkthaftung; Vertragsrecht (OR)
- Produktesicherheit; Verallgemeinerung des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG).

355 Kleine und mittlere Unternehmen

keine

356 Forschung und Entwicklung

keine

357 Bildung

keine

358 Tourismus

keine

359 Bevölkerungsschutz

keine

3510 Europa der Bürger

keine

3511 Nukleare Sicherheit

Dans ce domaine comme dans celui des prescriptions techniques en matière d'environnement, pas d'harmonisation vers le bas (voir point 311 ci-dessus).

3512 Statistische Zusammenarbeit

Generelle Übergangsfrist bis 1995

4 Dialogue politique

41 Lors de leur réunion du 19 décembre à Bruxelles les Ministres des pays membres de l'AELE et de la CE ainsi que la Commission des CE se sont déclarés d'accord pour envisager un EEE comprenant une formule de dialogue politique, y compris au niveau ministériel (ch. 9 de la déclaration commune). L'initiative venait de la Commission qui, depuis lors, a réitéré son intérêt pour inclure un tel dialogue. Bien que cette question n'ait jamais été vraiment discutée durant la phase d'exploration, il faut s'attendre à ce qu'elle soit abordée lors des négociations.

42 Dans cette perspective, il faut donc nous fixer une position de négociation. Elle devrait être déterminée en prenant en compte les considérations suivantes:

- notre intérêt à ce que l'EEE comporte un volet politique. Il contribuerait à rehausser le profil de l'EEE et à montrer sa capacité d'évoluer, à développer sa vitalité et à le rendre attractif aux pays d'Europe centrale et orientale. Un dialogue dont la perspective serait un élargissement de l'EEE à ces

pays ajouterait à la crédibilité et à la raison d'être de l'EEE;

- les exigences liées au maintien d'une politique de neutralité crédible;
- l'existence d'autres forums européens de dialogue politique tels que la CSCE et le Conseil de l'Europe.

43 Pour répondre à ces exigences, le dialogue politique devrait avoir un contenu limité:

- le dialogue pourrait comprendre les questions de politique étrangère actuellement traitées dans le cadre de la Coopération politique européenne (CPE);
- il pourrait englober des échanges de vues dans la perspective de réunions qui ont lieu dans d'autres enceintes internationales;
- il pourrait comprendre également les questions liées à l'orientation de l'EEE à moyen terme et aux relations avec les pays tiers;
- les questions de politique de sécurité prises au sens étroit devraient être exclues du dialogue.

44 Pour répondre à ces exigences, le dialogue politique devrait en outre se cantonner à des modalités précises:

- pour les questions de politique étrangère (CPE) le dialogue pourrait aller au-delà de la pratique actuelle (échange de vues bilatéral du Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères avec son homologue du pays à la présidence de la CE), et inclure également un échange de vues bilatéral au niveau des ministres des affaires étrangères;

- pour les questions liées à l'orientation de l'EEE à moyen terme et les relations avec les pays tiers, une coopération multilatérale peut entrer en ligne de compte, mais à condition, s'agissant des relations avec les pays tiers, que la coopération n'aille pas jusqu'à mettre en cause l'autonomie des pays de l'AELE;
- pour toutes ces questions où une coopération multilatérale peut entrer en ligne de compte, chaque pays de l'AELE doit pouvoir s'exprimer individuellement avec la CE. Les pays de l'AELE n'auraient pas à s'exprimer d'une seule voix.

5 Questions juridiques et institutionnelles essentielles

51 Liens entre les aspects matériels et les aspects institutionnels

Il existe un lien indissoluble entre l'objectif matériel de la négociation (reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire identifié conjointement) et la mise en place d'une structure institutionnelle qui doit être conçue de manière à garantir une égalité des droits et obligations des parties contractantes en matière d'élaboration et d'adoption des règles communes et qui doit prévoir des modalités efficaces de contrôle de l'application et de l'interprétation uniforme du droit de l'Espace économique européen.

52 Procédures d'élaboration et d'adoption des futures règles EEE

521 Mécanisme de décision commun

Pour les pays de l'AELE, l'exigence d'un véritable mécanisme de prise de décision commun statuant par consensus constitue - aujourd'hui encore - un préalable fondamental pour que le Traité instituant l'EEE (ci-après: TEEE) puisse être accepté politiquement. Un tel mécanisme est indispensable si l'on veut établir un

droit de l'EEE (droit international public) indépendant du droit communautaire: le droit communautaire continuerait de s'appliquer aux relations juridiques à l'intérieur de la CE alors que les règles EEE s'appliqueraient aux relations entre la CE et les Etats membres de l'AELE ainsi qu'entre ces derniers.

Pour la Suisse, la distinction entre règles de l'EEE (droit international public) et droit communautaire est essentielle. L'idée d'une extension de l'application de ce droit (en tant que droit communautaire) sur notre territoire est inacceptable aussi bien juridiquement que politiquement. D'autre part, le développement ultérieur des règles de l'EEE ne pourra résulter que de décisions communes de toutes les parties contractantes de l'EEE. Il s'agit là d'exigences minimales absolues pour notre pays.

Dans les conclusions communes du HLSG du 20 mars 1990, il a été convenu que le mécanisme de décision EEE devrait assurer que les points de vue respectifs des parties contractantes soient pris en compte par les autres parties contractantes avant que celles-ci prennent une décision finale concernant des règles pertinentes pour l'EEE. Il s'agit en particulier d'éviter que les pays de l'AELE soient placés par la CE dans une situation de fait accompli.

La Commission des CE, dans sa proposition de directives de négociations, estime que: "La structure de prise de décision au niveau l'Espace Economique Européen devrait permettre à la Communauté de préserver la pleine autonomie de tous les aspects de son processus de décision interne. Dans cet esprit, l'accord devra prévoir dans les domaines couverts par l'accord des dispositions appropriées pour faciliter, par une information et consultation réciproques, la formation, tout à la fin du processus, d'un accord entre les Parties Contractantes, étant entendu que ce processus ne devra pas retarder la prise de décision de la Communauté. Du côté communautaire, il appartiendra à la Commission d'organiser ce processus; un mécanisme analogue devrait être mis en place par l'AELE." Sur cette base, les chances d'obtenir un véritable mécanisme de prise de décision commun

sont relativement faibles. En effet, si la CE entend préserver sa pleine autonomie de décision, quel type de procédure de décision commune pourra-t-elle accepter?

Le niveau des exigences des pays de l'AELE dans ce domaine dépendra de la qualité des procédures d'information et de consultation réciproques qui précéderont les décisions communes. C'est seulement à la condition que la CE garantisse la prise en compte des intérêts des pays de l'AELE, que ces derniers pourront éventuellement accepter un mécanisme de décision qui ne respecte pas tout-à-fait l'égalité des parties contractantes (par exemple: procédure selon laquelle la CE prendrait systématiquement des décisions affectant l'EEE avant que l'organe décisionnel EEE ait statué dans le domaine en question).

522 Elaboration des futures règles EEE

Lors de l'élaboration des règles de l'EEE, les pays de l'AELE et de la CE devraient être placés sur pied d'égalité, de sorte que ces règles ne soient pas prédéterminées par la CE. Cela implique que des experts et représentants des pays de l'AELE puissent participer le plus rapidement possible à l'élaboration de toutes les futures règles EEE. Lorsque la CE préparera des règles communautaires ayant une incidence sur l'EEE, elle devra être prête à négocier avec les pays de l'AELE l'adoption des règles EEE correspondantes. Si un accord ne peut être réalisé pendant le délai convenu les parties contractantes recouvrent leur pleine autonomie de décision.

Après l'entrée en vigueur du TEEE, des adaptations des règles de l'EEE devraient certainement intervenir fréquemment. Là aussi, les pays de l'AELE devraient être placés sur pied d'égalité avec la CE pour éviter que cette dernière impose (de facto mais non de jure, bien sûr) de telles adaptations unilatéralement. En conséquence, les pays de l'AELE devront obtenir une pleine participation dans les comités chargés de l'application, de la gestion et de la révision des règles EEE. Dans ce domaine dit de la "comitologie", la Commission refuse la constitution de comités à l'encontre de leurs assujettis.

tés EEE, elle envisage une concertation entre présidents des comités institués par la CE et des comités que les pays de l'AELE devraient constituer pour faire le pendant aux premiers. Cette solution est inacceptable à moins qu'elle soit complémentaire à l'institution de véritables comités EEE. Un comité d'experts ou représentants des pays de l'AELE n'a de sens que s'il vise à définir la position commune de ces pays dans le cadre des discussions au niveau EEE. En effet, il ne saurait être question de règles AELE parallèles aux règles communautaires, il s'agit d'élaborer, adopter puis adapter des règles EEE.

523 Délégation de compétence

Pour la CE, le fonctionnement de l'EEE ne devra en aucun cas ralentir le processus d'achèvement de son marché intérieur. Cela signifie que le mécanisme de décision EEE doit être rapide de manière à ce que l'adoption des règles EEE soit antérieure ou simultanée à l'adoption des règles communautaires pour éviter toute situation de fait accompli (sous réserve de la position de repli décrite à la fin du ch. 521). Une large délégation de compétence devrait être donnée aux gouvernements des parties contractantes ou à l'organe décisionnel EEE pour assurer le fonctionnement de l'EEE en exécution des engagements souscrits dans le TEEE. Une telle délégation de compétence pourrait être octroyée d'autant plus facilement si les mécanismes de décision au niveau EEE étaient véritablement communs et équilibrés et si les mécanismes d'élaboration des règles EEE réservaient une place importante à la consultation des législatifs des parties contractantes. Si ces conditions n'étaient pas réunies, les droits des pouvoirs législatifs suisses devraient être réservés, empêchant ainsi toute délégation de compétence significative.

53 Théorie des deux piliers (CE-AELE)

La Commission exclut toute procédure et tout organe qui pourrait compromettre la pleine autonomie de décision de la CE. Par conséquent, elle envisage une structure basée sur deux piliers (les pays de l'AELE devant constituer un pilier équivalent au pilier

CE) qui pratiqueraient une certaine osmose (information et consultation réciproques) lors de l'élaboration de leurs règles respectives.

L'exigence d'un pilier AELE - formulée avec constance par la Commission depuis le 17 janvier 1989 - est parfaitement acceptable pour la Norvège et l'Islande de même que pour la Finlande mais avec moins d'enthousiasme. Pour l'Autriche et la Suisse (le Liechtenstein ne prend pas position), la constitution d'un pilier AELE en tant que pendant du pilier communautaire n'est pas nécessaire pour assurer le fonctionnement de l'EEE. Il est bien clair cependant que les pays de l'AELE continueront - dans toute la mesure du possible - de parler d'une seule voix lorsque la CE fera de même par la voix de la Commission ou de la Présidence. Le pilier AELE - dans le sens précité - aurait alors seulement pour but de faciliter le fonctionnement des organes EEE. Il ne s'agit pas d'adopter des règles AELE parallèles aux règles communautaires parce qu'un EEE homogène ne peut être réalisé que par l'adoption de règles communes.

54 Surveillance de la mise en oeuvre et de la bonne application des règles EEE

Compte tenu de la nature particulière de l'EEE qui doit d'une part atteindre un haut niveau d'"homogénéité" et d'autre part permettre dans une large mesure aux individus et aux opérateurs économiques d'invoquer les droits que leur confère le TEEE, la nécessité d'instituer des organes de surveillance indépendants est reconnue par tous.

La Commission propose aux pays de l'AELE d'instaurer un organe AELE qui serait doté de compétences équivalentes aux siennes en matière de surveillance (système des deux piliers que la Norvège et l'Islande seraient prêts à accepter). Quant aux autres pays de l'AELE, ils préféreraient un seul organe de surveillance EEE qui collaborerait avec les autorités nationales des Parties contractantes. Seules les autorités nationales seraient compétentes pour procéder à des enquêtes ou à des mesures de contrainte à l'encontre de leurs assujettis.

55 Organe judiciaire de l'EEE

L'EEE ne pourrait pas être homogène à défaut d'un organe assurant l'interprétation uniforme des règles de l'EEE. Seul un organe judiciaire permettrait d'atteindre efficacement ce but ainsi que d'assurer le règlement des différends.

La Commission a proposé de constituer la juridiction de l'EEE (CJEEE) sur la base de la Cour de justice des CE (CJCE) et à laquelle un nombre approprié de juges des pays de l'AELE serait adjoint.

56 Techniques juridiques d'intégration de l'acquis pertinent dans le TEEE

Les pays de l'AELE ont proposé les méthodes suivantes qui sont susceptibles d'être combinées: intégration textuelle dans le TEEE (y compris annexes et protocoles); intégration par référence à des règles communautaires publiées au Journal officiel des CE; limitation de l'acquis par l'établissement de listes des législations reconnues équivalentes (méthode de la reconnaissance mutuelle). La position de la Commission est encore très floue sauf en ce qui concerne la méthode de la reconnaissance mutuelle qui est jugée très difficilement acceptable du point de vue politique.

La technique juridique d'intégration de l'acquis devra être choisie en fonction de son aptitude à remplir les objectifs suivants:

- garantie de la sécurité et de la clarté juridiques, accessibilité des textes pour l'individu et l'opérateur économique; publication des textes par chacune des parties contractantes selon des critères communs énoncés dans le Traité EEE; octroi de la valeur authentique à chacune des 13 langues officielles de l'EEE (y compris les textes auxquels il est fait référence, le cas échéant); possibilité pour l'individu et l'opérateur économique d'invoquer les textes de l'acquis devant les

juges et autorités des parties contractantes. (y compris les textes auxquels il est fait référence, le cas échéant).

Procédure de consultation des cantons dans le cadre

Si ces critères sont observés, la méthode de la référence pourra être utilisée non seulement pour des directives, mais également pour les règlements et toutes autres règles de l'acquis identifié conjointement. DFAE, du DFJP et du DFEP du 12 juin 1990

Les résultats de la procédure de co-rapport, () est

décidé:

1. La lettre de consultation des cantons dans le cadre des négociations sur l'Espace économique européen est approuvée avec les modifications suivantes:
 - a) Texte allemand: remplacer "Kontaktgruppe" par "Kontaktgremium"
 - b) page 1, 2ème alinéa et page 2, 1er alinéa: selon co-rapport DFI du 15 juin 1990.
2. Mandat est donné à DFAE/DFJP/DFEP d'ajouter des annexes (documents) à la lettre de consultation.
3. Communication: aux cantons par la Chancellerie fédérale.

Pour extrait conforme,
Le secrétaire:
[Signature]

Objet	Intéressés	Actes
104	10	-
101	5	-
100	10	-
106	5	-
103	3	-
105	10	-
107	5	-
102	6	-
108		
109		